

E i n l a d u n g

Gremium: Rat - öffentlich

Sitzungstermin: Dienstag, 14.12.2004, 17:00 Uhr

Ort, Raum: Lindenhof Neusüdende, Metjendorfer Str. 345, 26180 Rastede

Rastede, den 02.12.2004

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

- | | | |
|---------------|---|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.09.2004 | |
| TOP 4 | Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss gem. § 110 Nds. Schulgesetz (Schüler- und Elternvertreterin im Schulausschuss) | |
| | Vorlage: 2004/341 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 5 | Ganztagsschulen - Vorstellung des Raum- und Ausstattungskonzeptes und Fortschreibung des Konzeptentwurfes der KGS | |
| | Vorlage: 2004/321 | Berichterstatter: Herr Kramer |
| TOP 6 | Heranziehungsvereinbarungen SGB II und SGB XII | |
| | Vorlage: 2004/359 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 7 | 26. Flächennutzungsplanänderung - Businessresort am See | |
| | Vorlage: 2004/221 | Berichterstatter: Herr Duddeck |
| TOP 8 | Bebauungsplan Nr. 77 - Businessresort am See | |
| | Vorlage: 2004/315 | Berichterstatter: Herr Duddeck |
| TOP 9 | 1. Änderung des Bebauungsplanes 2 - Rastede-Kleinenfelde | |
| | Vorlage: 2004/309 | Berichterstatter: Herr Duddeck |
| TOP 10 | Straßenbenennung BBPL. Nr. 75 B "Im Göhlen III" | |
| | Vorlage: 2004/288A | Berichterstatter: Herr Duddeck |
| TOP 11 | Straßennamen für die Bauleitplanung Nr. 63 E-Hohe Brink | |
| | Vorlage: 2004/289A | Berichterstatter: Herr Duddeck |
-

- Anmerkung:** Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der die Einwohner allgemeine Anfragen an den Ratsvorsitzenden stellen können.

gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/341

freigegeben am 18.11.2004

GB 2

Sachbearbeiter/in: Menze

Datum: 18.11.2004

Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss gem. § 110 Nds. Schulgesetz (Schüler- und Elternvertreterin im Schulausschuss)

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

14.12.2004

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

1. – **Schülervertreterin** – Frau Hoa Nguyen, wohnhaft Lessingstr. 24 in 26180 Rastede wird als stimmberechtigtes Mitglied in den Schulausschuss berufen. Ein Vertreter wird nicht berufen.
2. – **Elternvertreterin** – Frau Margaret Rechtien wohnhaft Auf der Raade 24 in 26180 Rastede wird als stimmberechtigtes Mitglied im Schulausschuss bestätigt. Frau Gerdi Schäfer wohnhaft Dwoweg 70 in 26180 Rastede wird als stellvertretende Elternvertreterin in den Schulausschuss berufen.

Sach- und Rechtslage:

1. Die Schülervertretung der Kooperativen Gesamtschule hat Frau Hoa Nguyen als neue Vertreterin für den Schulausschuss der Gemeinde Rastede benannt.
2. In seiner Sitzung am 15.11.2004 hat sich der neugewählte Gemeindeelternrat konstituiert. Als Vertreterin der Elternschaft im Schulausschuss wurde die Vorsitzende des Gemeindeelternrates Margaret Rechtien für eine weitere Legislaturperiode (zwei Schuljahre) bestätigt. Als ihre Stellvertreterin Frau Gerdi Schäfer gewählt.

Dem Schulausschuss muss mindestens je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Lehrkräfte, der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler angehören. Die Vorschläge der Schülervertretung und des Gemeindeelternrates sind für den Schulträger bindend.

Die Zusammensetzung des Schulausschusses wird wie folgt festgestellt:

Rüdiger Kramer	Ausschussvorsitzender
Marie-Luise Weber	stv. Ausschussvorsitzende
Dieter Ahlers	Ausschussmitglied
Hans-Hermann Denker	Ausschussmitglied
Egon Düser	Grundmandat
Evelyn Fisbeck	Ausschussmitglied
Sabine Koopmann	Ausschussmitglied
Lars Krause	Ausschussmitglied
Alfons Langfermann	Ausschussmitglied
Gerd Langhorst	Ausschussmitglied
Walter Steinhausen	Ausschussmitglied
Wilfried Wefer	Ausschussmitglied
<u>Lehrervertreter</u> : Horst Kowalski	
<u>Vertreter</u> : Wolfgang Wittig	
<u>Elternvertreterin</u> : Margaret Rechten	
<u>Vertreterin</u> : Gerdi Schäfer	
<u>Schülervertreterin</u> : Hoa Nguyen	

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/321

freigegeben am 01.11.2004

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 01.11.2004

Ganztagschulen - Vorstellung des Raum- und Ausstattungskonzeptes und Fortschreibung des Konzeptentwurfes der KGS

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	16.11.2004	Schulausschuss
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung eines Ganztagsschulangebotes an der KGS voranzutreiben und die hierfür erforderlichen Anträge zu stellen.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, die im Rahmen der Sitzung vorgestellten Raum- und Ausstattungskonzepte (einschließlich Kostenschätzungen) für die Standorte Wilhelmstraße und Feldbreite als Grundlage für das weitere Antragsverfahren zu verwenden.

Sach- und Rechtslage:

Mit Vorlagen 2004/035, 2004/058 und 2004/258 ist die Verwaltung bereits ausführlich auf die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer offenen Ganztagschule „KGS“ eingegangen und hat die weiteren Zeitplanungen vorgestellt.

Das für die Umsetzung erforderliche Raum- und Ausstattungskonzept wurde detailliert mit der Schulleitung der KGS und dem mit den Vorplanungen beauftragen Architekturbüro Gruppe OMP abgestimmt. Wegen des erheblichen Planungsaufwandes können die Entwürfe und Kostenschätzungen nicht bis zur Landungsfrist der Sitzung fertig gestellt werden, die Vorstellung der Konzepte erfolgt deshalb im Rahmen der Sitzung.

Hierbei ist wichtig nochmals darauf hinzuweisen, dass es sich nicht um abschließende Planungen sondern um Vorentwürfe mit ersten Kostenschätzungen handelt, die für die Beantragung der Fördermittel benötigt werden.

Die konkreten Detailplanungen werden unter Beteiligung der Fachausschüsse erst aufgenommen, wenn seitens des Kultusministeriums der Antragstellung zugestimmt und die erforderlichen Finanzmittel in Aussicht gestellt werden.

Seitens der Schulleitung der KGS wurde das Konzept der offenen Ganztagschule fortgeschrieben (Stand 05.10.2004) und ist als Anlage beigefügt. Die Vorbereitungen zur Elternbefragung konnten ebenfalls abgeschlossen werden. Die Befragung ist für die zweite und dritte Novemberwoche vorgesehen.

Nach Abschluss und Auswertung der Elternbefragung werden seitens der Verwaltung die erforderlichen Anträge gestellt.

Im Rahmen der Sitzung stehen das Architekturbüro OMP und die Schulleitung der KGS für Detailfragen zum Raum- und Ausstattungskonzept sowie dem Konzeptentwurf zur offenen Ganztagschule zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Rahmen der Sitzung werden die finanziellen Auswirkungen tendenziell dargestellt, die sich für den Fall einer positiven Entscheidung des Kultusministeriums ergeben könnten. Konkrete Auswirkungen lassen sich allerdings zum jetzigen Zeitpunkt nicht prognostizieren.

Anlagen:

1. Konzept „KGS Rastede – Eine offene Ganztagschule – (Stand 05.10.2004)

5

KGS Rastede
Eine offene Ganztagschule Schuljahr 2005/2006

Struktur- und Organisationsmerkmale

10 Schule: Kooperative Gesamtschule Rastede
Wilhelmstr. 5
26 180 Rastede

Träger:
15 Gemeinde Rastede
Sophienstr. 27
26 180 Rastede

Schulform:
20 Eine nach Schulzweigen gegliederte Kooperative Gesamtschule mit den Jahrgängen 5-13
(zukünftig 12), die ersetzende Schule in Rastede für den allgemein bildenden Bereich ist.

Schulgröße:
25 Die KGS Rastede besuchen gegenwärtig 1784 Schülerinnen und Schüler. Den Hauptschul-
zweig besuchen 305, den Realschulzweig 537 und den Gymnasialzweig 942 Schülerinnen
und Schüler. Die KGS ist von 5-10 in der Regel 10zünftig. An der Zügigkeit wird sich in den
nächsten Jahren aufgrund der Schülerzahlen nichts ändern. Im 11. Jahrgang schwankt die
Zügigkeit zwischen 4 und 5 Klassen. An der KGS unterrichten 130 Lehrerinnen und Lehrer, 2
Schulassistenten, 4 Sekretärinnen und 2 Hausmeister ergänzen das pädagogische Personal.
30 Die Schule besteht aus zwei räumlich getrennten Standorten. Die Jahrgänge 5-6 sind im
Gebäude Feldbreite, die Jahrgänge 7-13 im Gebäude Wilhelmstraße untergebracht. Der
Fußweg zwischen beiden Gebäuden dauert ca. 5 Minuten.

Zeitkonzept:
35 Der Unterricht für die Jahrgänge 5-6 findet zur Zeit vormittags statt in der Zeit von 8.00 Uhr
bis 13.30 Uhr. Für die Jahrgänge 7-10 des Gymnasialzweiges findet gegenwärtig an einem
Nachmittag in der Woche Pflichtnachmittagsunterricht statt, der um 14.30 Uhr beginnt und
um 16.00 Uhr endet. Zwischen dem Ende des Vormittagsunterrichts und dem Beginn des
Nachmittagsunterrichts liegt eine Mittagspause von einer Stunde Dauer. Der Unterricht für
40 die Jahrgänge 11-13 findet an 4 Nachmittagen statt. Am Donnerstagnachmittag findet zurzeit
in der Regel das Angebot im wahlfreien Bereich statt. Im Rahmen der offenen Ganztags-
schule soll es von Montag bis einschließlich Donnerstag in der Regel wahlfreie Angebote
am Nachmittag in der Zeit von 14.30 bis 16. 00 Uhr geben. Bei Kooperationsveranstaltungen
können darüber hinaus andere Zeiten gewählt werden.

45

Raumorganisation:
Die Schule verfügt über 2 Gebäudekomplexe, einen für die Jahrgänge 5 und 6 und einen für
die Jahrgänge 7-13.. Für den Ganztagsschulbetrieb können neben den Fach- und Klassen-
räumen vor allen Dingen das Forum im Hauptgebäude für Versammlungen, Vorführungen
50 und Feste, die schuleigene Cafeteria/Mensa mit Sitzplätzen für 85 Personen und Stehplät-
zen für 12 Personen, ein Innenhof mit Garten, eine Aula für 400 Personen, drei Computer-
räume, ein offener Schulhof mit verschiedenen Sportanlagen und Ruhezonen sowie die Kü-
chen-, Werkräume, Kunst und Musikräume genutzt werden. Die Cafeteria, die von 8.30 Uhr
bis 14.30 Uhr geöffnet hat wird vom Förderverein der Schule über ehrenamtliche Tätigkeit
55 von Eltern der Schule betrieben. Weitere nutzbare Räumlichkeiten liegen in den Sportanla-
gen. Im Bereich der Jahrgänge 5 und 6 können nur wenige freie Bereiche für den Ganztags

betrieb genutzt werden. Darüber hinaus müssen bauliche Veränderungen vollzogen werden, um mehr Schülerinnen und Schülern als bisher die Möglichkeit zu geben, Freizeitangebote in der Mittagspause nutzen zu können. Offene Lernangebote in den Bereiche Feldbreite und Wilhelmstraße sind durch bauliche Veränderungen zu erschaffen. Die bereits vorhandenen Speisemöglichkeiten müssen um weitere Sitzmöglichkeiten erweitert werden.

Personalorganisation:

Die Lehrerinnen und Lehrer der Schule können in dem offenen Ganztagesangebot arbeiten. Zurzeit sind bereits 25 Lehrerinnen und Lehrer in den Angeboten des wahlfreien Bereiches eingesetzt. In Kooperation mit Vereinen können außerschulische Kräfte in die Arbeit eingebunden werden. Schließlich wird auch zu prüfen sein, in welchem Umfang Arbeitszeiten für sozialpädagogische Begleitung geschaffen werden können, wenn der Vertrag mit der über das Projekt ‚Stärkung der Hauptschule‘ finanzierten Sozialarbeiterin ausläuft.

Verkehrsverbund:

Die Schule ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur 1. und 2. Stunde und zur 7. Stunde zu erreichen. Nach der 4., 5., 6. und 8. Stunde fahren die Busse wieder von der Schule zurück. Die Möglichkeiten einer intensiven Nutzung des Angebotes am Nachmittag sind daher bereits gegeben. Hier entstehen keine neuen Kosten für den Schulträger.

Pädagogische Gestaltungsformen

Zielprogrammatik

Die KGS Rastede strebt die Einrichtung ganztagspezifischer Angebote an, die für Schülerinnen und Schüler freiwillig sind. Dieses Modell der offenen Ganztagschule nach Ziffer 2.4. des Erlasses soll die bereits vorhandenen Profile der Schule erweitern.

Die KGS Rastede ist bereits jetzt eine Schule mit vielen Profilen. Dafür sprechen die Mitarbeit in verschiedenen Netzwerken. So ist die KGS Rastede eine ‚Schule ohne Rassismus‘, ‚Medienkonzeptschule-N 21‘, ‚Schule für nachhaltige Entwicklung im BLK-Programm‘, ‚Comeniuschule‘, Mitglied in der Initiative ‚Wirtschaft und Gymnasium‘, ‚Globologschule‘. Im Rahmen dieser Vielfältigkeit zeigt das Modell einer offenen Ganztagschule der KGS Rastede die Vorstellung, dass der Pflichtunterricht des Vormittags um ein erweitertes Bildungsangebot am Nachmittag ergänzt werden soll. Es geht von einem erweiterten, ganzheitlich ausgerichteten Bildungsbegriff aus und hat das Ziel, die Persönlichkeitsentwicklung und insbesondere die sozialen Fähigkeiten und das aktive Freizeitverhalten zu fördern.

Das Modell der KGS Rastede im offenen Ganztagesbetrieb strebt nicht an, die Erziehung der Kinder und Jugendlichen den Familien zu entziehen. Das Angebot am Nachmittag bleibt immer subsidiär, auch wenn es die Dispositionsmöglichkeiten von Erziehungsberechtigten im Erwerbsleben erhöhen kann. Das Ganztagesangebot an der KGS Rastede ist daher immer familienergänzend gedacht und auf die Entwicklung des Wohles des Kindes abgestimmt. Schließlich ist das Modell der offenen Ganztagschule kein Allheilmittel, um die Mängel im deutschen Bildungssystem, die durch die internationalen Vergleichsstudien aufgedeckt worden sind, zu beseitigen. Ursachenforschung und Mängelbeseitigung müssen ohne Zweifel im bestehenden Halbtagesystem ansetzen. Dennoch kann die im Ganztagsmodell enthaltende unterrichtsergänzende Förderung die Qualität schulischer Arbeit verbessern helfen.

Förderung und Lernchancen

Die Motive für die Einrichtung einer offenen Ganztagschule können vielfältig sein. In der Zielprogrammatik wurde bereits auf den wesentlichen Aspekt verwiesen, der für das Modell der KGS Rastede ausschlaggebend ist. Das Modell der KGS Rastede erweitert den Pflichtunterricht, der in der Regel am Vormittag endet, um ein zusätzliches Bildungsangebot auf

freiwilliger Ebene für alle Schülerinnen und Schüler Dieses erweiterte Bildungsangebot schafft die Chance, dass Möglichkeiten der Vertiefung der individuellen Persönlichkeits-, Lern- und Leistungsentwicklung geschaffen werden. Das ist ein Beitrag zur Qualitätssteigerung schulischer Arbeit an der KGS Rastede durch erweiterte Bildungs- und Fördermöglichkeiten für hochbegabte und leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler.

Unterricht und Lernkultur

Die Angebote im Ganztagesbereich reichen von der Arbeit in der Gruppe bis zur Einzel- und Partnerarbeit, in der verschiedene Lernformen zum Einsatz kommen. Der Weg zum selbstständigen Lernen und Arbeiten soll über die Ganztagsangebote erleichtert und vertieft werden. Im Vordergrund stehen daher projektartige Angebote, die Lernen über Fächer hinaus ermöglichen. Angebote im Bereich der Lernförderung und Hausaufgabenhilfe haben zudem positive Auswirkungen auf den Vormittag, da die Stärkung der Lernvoraussetzungen und das individuelle Eingehen auf den Einzelnen Konflikte im Vormittagsbereich abbauen helfen.

Gemeinschaft und soziales Lernen

An der KGS Rastede wird soziales Lernen am Vormittag durch den schulzweigübergreifenden Unterricht und durch die Unterbringung in einem ‚Haus-Modell‘ (In der Regel befindet sich eine Klasse aus dem Hauptschulzweig neben einer Klasse aus dem Realschulzweig und dem Gymnasialzweig) angestrebt. Die Angebote im Ganztagesbereich sind für alle Schülerinnen und Schüler aller Schulzweige offen, so dass die Zielsetzungen der Vormittagsangebote eine vertiefte Ergänzung am Nachmittag erfahren. Zudem bildet die Verknüpfung von Freizeit und Nachmittag eine Brücke zur Alltagswelt vieler Jugendlicher, die dann identifikationsfördernde Angebote weitgehend kostenlos in der Schule wahrnehmen können. Durch Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern in die Betreuung, die Ausweitung der Angebote auf Vereine oder Einrichtungen in der Region können die Schülerinnen und Schüler zudem andere Kontaktpersonen kennen lernen.

Partizipation und Öffnung der Schule zum Umfeld

Außerhalb der Schule soll die bereits vorhandene und durch Kooperationsverträge gesicherte Zusammenarbeit mit dem VFL Rastede und dem FC Rastede, dem Leuchtenburger Bogenverein, dem Golfclub Hahn-Lehmden, der Tanzschule Bokelmann, dem Fachbereich Sport der Universität Oldenburg, Einzelbetrieben, der VHS und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung (Delf, Cambridge) der Jugendfeuerwehr und dem Roten Kreuz erweitert werden. Zu denken ist auch an die Einbeziehung von Angeboten, die von Eltern der Schule angeboten werden können. Das könnten auch besondere berufsqualifizierende Maßnahmen innerhalb und außerhalb der Schule sein. Partizipation bedeutet auch die Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler und der Erziehungsberechtigten in Entwicklung des Ganztagesangebotes, um es auf ihre Bedürfnisse abzustimmen. Besondere Mitwirkung der Eltern findet bereits jetzt im Cafeteriabetrieb statt, eine Ausweitung der Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler ist im Bereich der offenen Freizeitangebote angestrebt.

Pädagogische Schwerpunkte im Hauptschulbereich

Die Schülerinnen und Schüler des Hauptschulbereiches können wie alle anderen auch die verschiedenen Angebote wählen. Dennoch sollen die allgemeinen Ganztagsangebote auch um hauptschulspezifische Angebote erweitert werden, die zusätzlich zu einer Verbesserung der Lernbedingungen in der Hauptschule führen können. Gedacht ist dabei in erster Linie an die Arbeit in Schülerfirmen, die kaufmännische und technische Schwerpunkte besitzen. Zudem können die schuleigenen Werkstätten für den Bau ökologischer Nisthilfen (Insektenhotels) genutzt werden, die es im freien Handel nicht zu beziehen gibt. Im sozialen Bereich können Patenschaften (Revierförsterei, Altenheim) entwickelt werden. Eine Zusammenarbeit mit der Jugendfeuerwehr und dem Deutschen Roten Kreuz (Ersthelferausbildung) ist möglich. Zielsetzungen solcher Art lassen sich kontinuierlicher im freiwilligen Angebot am Nachmittag entwickeln.

Mittagessen und offene Freizeitangebote

Damit ein Ganztagsangebot auch familienergänzend und familienentlastend wirken kann, ist ein Mittagessensangebot ein wichtiger Bestandteil einer Ganztagschule. Größere Investitionsvorhaben sind dafür in Rastede nicht notwendig, denn es besteht bereits eine schuleigene Cafeteria/Mensa mit Sitzplätzen für 85 Personen und Stehplätzen für 12 Personen, die von 8.30 Uhr bis 14.30 Uhr geöffnet hat. Diese Cafeteria wird vom Förderverein der Schule über eine ehrenamtliche Tätigkeit von Eltern der Schule betrieben und bietet ein vollständiges, ausgewogenes und abwechslungsreiches Essensangebot zu günstigen Preisen den Schülerinnen und Schülern. Die Schule muss lediglich im Rahmen der Schulorganisation und durch Erweiterungen im Forum dafür sorgen, dass ‚Stoßzeiten‘ vermieden werden und weitere Sitz- und Essmöglichkeiten geschaffen werden. Darüber hinaus ist das Schulgelände durch die Aktion ‚Rauchfreie Schule‘ (im Schulgebäude und auf dem Schulhof besteht ein allgemeines Rauchverbot für Schülerinnen und Schüler und für Lehrkräfte) um einige Freizeitangebote in der Mittagspause bereits erweitert worden. Hier gilt es weitere Freizeitangebote zu schaffen, damit in der Mittagspause Spielmöglichkeiten vorhanden sind. Ein Plan für die Zeit zwischen der 6. Stunde (13.30) und der 7. Stunde (14.30) könnte wie folgt aussehen.

Montag 13.30 -14.30 Mittagspause Mittagessen in der Cafeteria	Dienstag 13.30 -14.30 Mittagspause Mittagessen in der Cafeteria	Mittwoch 13.30 -14.30 Mittagspause Mittagessen in der Cafeteria	Donnerstag 13.30 -14.30 Mittagspause Mittagessen in der Cafeteria
Offene Freizeit- angebot Schach, Karten Tischtennis, Volleyball, Streetball , Bü- cherei, Chatroom, Ru- heraum	Offene Freizeit- angebot Schach, Karten Tischtennis, Volleyball, Streetball , Bü- cherei, Chatroom, Ru- heraum	Offene Freizeit- angebot Schach, Karten Tischtennis Volleyball, Streetball,. Bü- cherei, Chatroom, Ru- heraum	Offene Freizeit- angebot Schach, Karten Tischtennis Volleyball, Streetball, Bü- cherei, Chatroom, Ru- heraum

Offene Ganztagsangebote am Nachmittag

Das Modell einer offenen Ganztagschule an der KGS Rastede ergänzt den Pflichtunterricht des Vormittags um ein erweitertes, freiwilliges Bildungsangebot am Nachmittag. Es geht von einem ganzheitlich ausgerichteten Bildungsbegriff aus und hat das Ziel, die Persönlichkeitsentwicklung und insbesondere die sozialen Fähigkeiten und das aktive Freizeitverhalten zu fördern. Folgende Angebote, die nach Ziffer 3 des Erlasses ‚Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule‘ zu den charakteristischen Angeboten einer Ganztagschule zählen (Arbeits- und Übungsstunden, Fördermaßnahmen, Projekte an außerschulischen Lernorten, die Mittagspause und außerunterrichtliche Angebote), sollen an der KGS Rastede umgesetzt werden. Die Verfügungsstunde ist bereits im 5. Jahrgang (in den Grundsatzverträgen so vorgesehen) und im 6. Jahrgang (Beschluss der Schule) vorgesehen, da hier aufgrund der neuen schulischen Strukturen dem Klassenlehrer eine besondere erzieherische Aufgabe zukommt.

Montag 14.30 – 16.00	Dienstag 14.30 – 16.00	Mittwoch 14.30 – 16.00	Donnerstag 14.30 – 16.00
7. Stunde	7. und 8. Stunde	7. Stunde	7. und 8. Stunde
Förderunterricht in Mathematik, Deutsch, Englisch, Französisch, Latein für die Jahr- gänge 5-10	AG-Angebote KGO (Rock und Pop- orchester) KO-OPCharts Jazzband Mofaführerschein Bühnenbau Trampolin (Kooperati- on mit VFL Rastede) Golf (Kooperation mit Rasteder Golfclub) AG für den Frieden Schülerbücherei Modellbau Patch-Wort Tafelfreuden Blue Lions Feuerwehr DRK BBS Rostrup Schülerfirmen Patenschaften Werkstätten	Förderunterricht in Mathematik, Deutsch, Englisch, Französisch, Latein für die Jahr- gänge 5-10	AG Angebote Basketball Zirkus Schulfußball Bogenschießen (Ko- operationsvertrag mit Leuchtenburg) Abenteuersport Bewerbungstraining (Kooperation mit Sparkassen) Internet Kabarett Improvisationstheater Spanisch Schülerzeitung Zertifikatsprüfungen Delf und Cambridge (Kooperation mit VHS) Bilder am Computer Schulgeländegestal- tung Schülerfirmen Patenschaften Werkstätten
8. Stunde		8. Stunde	
Hausaufgabenhilfe für die Jg. 5.-10		Hausaufgabenhilfe für die Jg. 5.-10	

Bauliche Veränderungen

- 5 Für die Umwandlung der KGS in eine offene Ganztagschule sind bauliche Veränderungen notwendig. Vier Bauvorhaben sind zur Realisierung des pädagogischen Konzeptes unabdingbar.

- 10 Im Gebäude Wilhelmstraße werden sich in der Mittagspause deutlich mehr Schülerinnen und Schüler aufhalten als bisher. Dafür reichen die gegenwärtig vorhandenen Sitz- und Speisemöglichkeiten in der Cafeteria und im Forum nicht aus. Daher sind im Forum zusätzliche Sitz- und Speisemöglichkeiten zu schaffen, die optisch und funktional vom übrigen Teil des Forums zu trennen sind. Darüber hinaus sollten weitere Sitzmöglichkeiten im Forum geschaffen werden, damit Schülerinnen und Schüler, die mit ihrem Essen zu Ende sind, Möglichkeiten erhalten, Brett- und andere Tischspiele im Forum nutzen zu können. Geprüft werden muss auch, ob die Lichtverhältnisse im Forum dieser veränderten Nutzung noch ange-
15 messen sind.

- 20 Zweitens kann die bei der Gründung der KGS 1975 eingerichtete Lehrerbibliothek aufgelöst werden, da die dort vorhandene Literatur durch den Verzicht auf Neuanschaffungen inzwischen weitestgehend veraltet ist. Noch aktuelle Literatur kann in den jeweiligen Fachstationen aufgenommen werden. An die Stelle der Lehrerbibliothek sollen Schülerarbeitsplätze in Kombination mit einer Schülerbücherei in der alten Mediothek entstehen. So kann Lernen und Lesen miteinander verbunden. Bereits vorhandene Internetarbeitsplätze in der Mediothek (6 Plätze) können hier zusätzlich als weitere Bereicherung der Arbeitsmöglichkeiten genutzt werden. Diese Schülerarbeitsplätze sind notwendig, damit Schülerinnen und Schüler in
25 der Mittagspause arbeiten können. Zudem können diese Arbeitsplätze für den Förderunter

richt im Ganztagsbetrieb durch die Kombination mit der Bücherei und den Internetarbeitsplätzen sinnvoll genutzt werden.

5 Drittens haben Schülerinnen und Schüler im Gebäude Feldbreite keine Möglichkeit, sich nach Unterrichtsende außerhalb der Klassenräume in einem überdachten Bereich aufzuhalten. Da wir insbesondere für die Jahrgänge 5 und 6 von einer großen Nachfrage nach Förderunterricht und Hausaufgabenbetreuung ausgehen, benötigt die Feldbreite ein Forum, das verschiedenen Ansprüchen gerecht werden soll. Für Mittagsaktivitäten sollte es einen kleineren Bühntenteil, Platz für Bewegungsspiele, flexible Stellwände, Schließfächer sowie Sitz- und Schreibmöglichkeiten aufweisen.

10 Viertens fehlt auch im Gebäude Feldbreite ein für Förderunterricht und Hausaufgabenbetreuung ausgestatteter Raum. Ein Klassenraum scheidet dafür aus, weil die Klassenräume von den Stammklassen selbst gestaltet werden. Zusätzliche Lernmaterialien in größerem Umfang können dort nicht untergebracht werden. Hier bietet es sich an, die vorhandene Lernwerkstatt (Sammlungsraum mit unterschiedlichsten Lernangeboten) in einen neu zu schaffenden Raum zu integrieren und durch Funkvernetzung zusätzliche Möglichkeiten des Lernen mit schuleigenen Laptops zu schaffen. Ein solcher Raum sollte zweckmäßig mit dem neu zu schaffenden Forum verbunden sein.

Stellungnahmen und Beteiligungen

25 Die Gesamtkonferenz der KGS Rastede hat am 25. Mai 2004 dem Begehren zugestimmt, die KGS Rastede in eine offene Ganztagsschule umzuwandeln.

Der Schulelternrat der KGS Rastede hat am 16.06.2004 dem Begehren zugestimmt, die KGS Rastede in eine offene Ganztagsschule umzuwandeln.

Die Schülervertretung der KGS Rastede hat am 20.09.2004 dem Begehren zugestimmt, die KGS Rastede in eine offene Ganztagsschule umzuwandeln.

30 Der Schulausschuss der Gemeinde Rastede hat am dem Begehren zugestimmt, die KGS Rastede in eine offene Ganztagsschule umzuwandeln.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/359

freigegeben am 01.12.2004

GB 2

Sachbearbeiter/in: Fritz Sundermann

Datum: 01.12.2004

Heranziehungsvereinbarungen SGB II und SGB XII

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	14.12.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Den Heranziehungsvereinbarungen (öffentlich-rechtlichen Verträgen) mit dem Landkreis Ammerland über die Heranziehung der kreisangehörigen Gemeinden zur Durchführung der dem Landkreis Ammerland obliegenden Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) und dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) wird zugestimmt.

Sach- und Rechtslage:

Zum 1.1.2005 erfolgt die Zusammenführung der bisherigen Arbeitslosenhilfe mit der bisherigen Sozialhilfe für Erwerbsfähige zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Der Landkreis Ammerland hat in diesem Zusammenhang auf seinen Antrag gem. § 6 a SGB II die Zulassung als Träger der Grundsicherung im Rahmen der Experimentierklausel erhalten. Dem Antrag ist eine enge und einvernehmliche Abstimmung mit den kreisangehörigen Gemeinden vorausgegangen. Von der Möglichkeit der Heranziehung der kreisangehörigen Gemeinden nach § 6 Abs. 2 SGB II in Verbindung mit dem Niedersächsischen Gesetz zur Ausführung des SGB II soll nunmehr ab dem 1.1.2005 Gebrauch gemacht werden.

Zudem werden das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und das Gesetz über die bedarfsorientierte Grundsicherung in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) überführt. Aufgrund dieser rechtlichen Änderung ist auch die Heranziehung der kreisangehörigen Gemeinden für diesen Aufgabenbereich neu zu regeln.

Die Gemeinde Rastede ist bereits jetzt durch öffentlich-rechtliche Verträge zur Durchführung der dem Landkreis Ammerland obliegenden Sozialhilfearbeiten und Aufgaben der bedarfsorientierten Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen herangezogen worden. Für Hilfeempfänger in Einrichtungen nimmt bereits zur Zeit und soll auch künftig der Landkreis Ammerland die Aufgabenerledigung selbst wahrnehmen. Die bewährte wohnortnahe Leistungs-

gewährung im Kreisgebiet soll ab dem 1.1.2005 mit den beiliegenden Heranziehungsvereinbarungen fortgesetzt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Sowohl für den Bereich des SGB II als auch für den Bereich des SGB XII werden die im Rahmen der Leistungserbringung an die Hilfeempfänger erbrachten Aufwendungen der Gemeinde in voller Höhe erstattet.

Eine Erstattung von Verwaltungs- und Personalkosten erfolgt nur für den Bereich des SGB XII und soweit Bundesaufgaben im Rahmen der Experimentierklausel wahrgenommen werden und tatsächlich ein Personaleinsatz erfolgt und erforderlich ist.

Anlagen:

1. Heranziehungsvereinbarung SGB II
2. Kostenerstattung SGB II
3. Heranziehungsvereinbarung SGB XII

Heranziehungsvereinbarung (öffentlich-rechtlicher Vertrag)

zwischen dem Landkreis Ammerland

und

der Stadt Westerstede sowie den Gemeinden Apen, Bad Zwischenahn, Edewecht,

Rastede und Wiefelstede

– nachfolgend: Gemeinden –

über die Heranziehung zur Durchführung der dem Landkreis Ammerland obliegenden
Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II)

- Grundsicherung für Arbeitssuchende -

Vorbemerkung

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) wurde das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) geschaffen und am 29.12.2003 veröffentlicht.

Der Landkreis Ammerland hat in diesem Zusammenhang auf seinen Antrag gem. § 6 a SGB II die Zulassung als Träger der Grundsicherung im Rahmen der Experimentierklausel durch Verordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom 24.09.2004 erhalten. Danach ist der Landkreis Ammerland nicht nur Träger für die originären kommunalen Aufgaben nach dem SGB II, sondern auch für die Aufgaben, die der Bundesagentur für Arbeit zugeordnet worden sind.

Nach § 6 Abs. 2 SGB II können die Länder bestimmen, dass und inwieweit die Kreise ihnen zugehörige Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Durchführung der originären kommunalen Aufgaben und der im Wege der Zulassung übertragenen Aufgaben heranziehen können. Das Land Niedersachsen hat mit dem Niedersächsischen Gesetz

zur Ausführung des SGB II (Nds. AG SGB II) vom 16.09.2004 geregelt, dass die kommunalen und die zugelassenen Träger zur Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben durch öffentlich-rechtlichen Vertrag kreisangehörige Gemeinden heranziehen können. Dabei wurde bestimmt, dass es sich bei den Aufgaben nach dem SGB II um Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises handelt.

Von der Möglichkeit der Heranziehung der kreisangehörigen Gemeinden wird durch diesen öffentlich-rechtlichen Vertrag Gebrauch gemacht, um eine wohnortnahe Leistungsgewährung im Kreisgebiet zu erreichen.

§ 1 Umfang der Heranziehung

Die Gemeinden nehmen folgende dem Landkreis obliegenden Aufgaben nach dem SGB II wahr:

1. Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II einschl. der Auszahlung der Mehraufwandsentschädigung
2. Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 3 Abs. 2 SGB II) einschl. der Auszahlung der Mehraufwandsentschädigung
3. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach Kapitel 3 Abschnitt 2 SGB II
4. gerichtliche und aussergerichtliche Geltendmachung von Ersatz- und Erstattungsansprüchen nach Kapitel 3 Abschnitt 2 SGB II und Beantragung von Sozialleistungen nach § 5 SGB II
5. Geltendmachung von Ersatz- und Erstattungsansprüchen nach §§ 102 bis 105, 115, 116 SGB X

§ 2 Ausnahmen

1. Die Entscheidung über die Absenkung oder den Wegfall des Arbeitslosengeldes II bzw. des Sozialgeldes (Sanktion) trifft die Gemeinde in Abstimmung mit dem Landkreis Ammerland.

2. Die Entscheidung über die Zahlung eines Einstiegsgeldes nach § 29 SGB II trifft der Landkreis Ammerland.

§ 3 Weisungsrecht

1. Die Gemeinden entscheiden im Namen und im Auftrage des Landkreises Ammerland.
2. Der Landkreis Ammerland kann für die Durchführung der Aufgaben allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, ihm obliegt die Fachaufsicht.
3. Der Landkreis Ammerland ist Widerspruchsbehörde und im Falle von Rechtsstreitigkeiten prozessführende Partei. Die Prozessvertretung obliegt dem Landkreis Ammerland, er ist Beteiligter in sozialgerichtlichen Verfahren.

§ 3 Kostenerstattung

1. Der Landkreis Ammerland erstattet den Gemeinden die Aufwendungen der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach Kapitel 3 Abschnitt 2 des Gesetzes über die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II).
2. Die den Gemeinden entstehenden Personal- und Verwaltungskosten werden erstattet, soweit Aufgaben nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 SGB II (im Rahmen der Option übertragende Aufgaben) wahrgenommen werden. Grundlage für die Kostenerstattung sind die dem Landkreis Ammerland vom Bund zur Verfügung gestellten Pauschalen nach § 6 b Abs. 2 Satz 1 SGB II sowie die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften. Mit der Erstattung der Personal- und Verwaltungskosten sind sämtliche Aufwendungen und Leistungen, die die Gemeinde erbringt, abgegolten.
3. Personal- und Verwaltungskosten werden erstattet, soweit tatsächlich ein Personaleinsatz erfolgt und erforderlich ist.
4. Eine Änderung der Vereinbarung wird bei einer wesentlichen Änderung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, bei einer Änderung der Personalschlüssel oder bei einer Änderung der dem Landkreis zur Verfügung stehenden Mittel nach § 6 b Abs. 2 Satz 1 SGB II erforderlich.
5. Die anliegende Aufstellung über die Verteilung der Personal- und Verwaltungskosten ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

§ 4 Inkrafttreten – Außerkrafttreten

1. Der Vertrag tritt am 01.01.2005 in Kraft und endet am 31.12.2010.
2. Die Vertragsparteien können diese Vereinbarung vor Ablauf nur aus wichtigem Grund mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn Grundlagen dieser Vereinbarung nachträglich entfallen, sich grundlegend verändert haben oder die Vertragsparteien ihren vereinbarten Verpflichtungen nicht nachkommen.

für den Landkreis Ammerland
Westerstede, den

Bensberg
Landrat

für die Gemeinde Apen
Apen, den

Ulken
Bürgermeister

für die Gemeinde Bad Zwischenahn
Bad Zwischenahn, den

Osmer
Bürgermeister

für die Gemeinde Edewecht
Edewecht, den

Lausch
Bürgermeisterin

für die Gemeinde Rastede
Rastede, den

Decker
Bürgermeister

für die Stadt Westerstede
Westerstede, den

Tapken
Stadtdirektor

Groß
Bürgermeister

für die Gemeinde Wiefelstede
Wiefelstede, den

Völkers
Bürgermeister

Anlage zum öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Landkreis Ammerland und den kreisangehörigen Gemeinden über die Durchführung der Aufgaben nach dem SGB II (§ 3 Abs. 5 der Vereinbarung)

	Anzahl Bedarfs- gemeinschaften	Leistungen zum Lebensunterhalt								Eingliederung in Arbeit				
		Sachbearbeitung				Führung				Sachbearbeitung				
		Stellen		je Stelle	Summe	Stellen		je Stelle	Summe	Stellen		je Stelle	Summe	Gesamt
Apen	281	1,5	Vc	66.120,00	99.180,00	0,3	A10	70.920,00	21.276,00	1	IVb	76.440,00	76.440,00	196.896,00
Bad Zwischenahn	689	3,7	Vc	66.120,00	244.644,00	0,8	A10	70.920,00	56.736,00	2	IVb	76.440,00	152.880,00	454.260,00
Edeweicht	419	2,3	Vc	66.120,00	152.076,00	0,4	A10	70.920,00	28.368,00	1	IVb	76.440,00	76.440,00	256.884,00
Rastede	553	3	Vc	66.120,00	198.360,00	0,6	A10	70.920,00	42.552,00	2	IVb	76.440,00	152.880,00	393.792,00
Westerstede	575	3,1	Vc	66.120,00	204.972,00	0,6	A10	70.920,00	42.552,00	2	IVb	76.440,00	152.880,00	400.404,00
Wiefelstede	307	1,7	Vc	66.120,00	112.404,00	0,3	A10	70.920,00	21.276,00	1	IVb	76.440,00	76.440,00	210.120,00
	2824	15,3			1.011.636,00	3			212.760,00	9			687.960,00	1.912.356,00
														1.912.356,00

Grundlagen der Kostenerstattung:

Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (Schätzung)

Kostenerstattung des Bundes nach § 6 b Abs. 2 Nr. 1 SGB II; in 2005 voraussichtlich 3,1 Mio. €

Personalschlüssel von 1:140 für die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts einschl. Unterkunftskosten

Heranziehungsvereinbarung (öffentlich-rechtlicher Vertrag)

zwischen dem Landkreis Ammerland

und

**der Stadt Westerstede sowie den Gemeinden Apen, Bad Zwischenahn, Edewecht,
Rastede und Wiefelstede**

– nachfolgend: Gemeinden –

über die Heranziehung zur Durchführung der dem Landkreis Ammerland obliegenden
Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII)
- Sozialhilfe -

Vorbemerkung

Durch das Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 wird das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) mit Wirkung vom 01.01.2005 aufgehoben und durch das SGB XII ersetzt. Aufgrund dieser rechtlichen Änderung ist auch die Heranziehung der kreisangehörigen Gemeinden für den Bereich des Landkreises Ammerland neu zu regeln.

Diese Vereinbarung wird auf Grundlage der §§ 3 und 99 Abs. 1 SGB XII in Verbindung mit § 7 Abs. 1 des Nds. Ausführungsgesetzes zum SGB XII geschlossen.

§ 1 Umfang der Heranziehung

Die Gemeinden nehmen folgende dem Landkreis obliegenden Aufgaben nach dem SGB XII wahr:

1. Hilfe zum Lebensunterhalt nach §§ 27 – 40 SGB XII ausserhalb von stationären Einrichtungen einschl. Leistungen nach § 35 SGB XII, sofern nicht vom Landkreis Ammerland die Hauptmassnahmekosten erbracht werden
2. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach §§ 41 bis 46 SGB XII ausserhalb von stationären Einrichtungen
3. Hilfe zur Gesundheit nach §§ 47 bis 52 SGB XII mit Ausnahme von Mutter-Kind-Kuren
4. Hilfe zur Pflege nach §§ 61 bis 66 SGB XII ausserhalb von stationären Einrichtungen
5. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts nach § 70 SGB XII
6. Altenhilfe nach § 71 SGB XII
7. Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach § 73 SGB XII (nur nach vorheriger Zustimmung durch den Landkreis Ammerland)
8. Bestattungskosten nach § 74 SGB XII für Personen ausserhalb von Einrichtungen

§ 2 Zusammenhangsaufgaben

Im Rahmen von § 1 umfasst die Heranziehung auch folgende Aufgaben:

1. Heranziehung des Hilfeempfängers und der Drittverpflichteten zu den Aufwendungen und Kosten der Hilfe nach § 19 Abs. 5 und § 27 Abs. 3 SGB XII
2. Überleitung von Ansprüchen nach §§ 93 und 94 SGB XII sowie deren gerichtliche und aussergerichtliche Geltendmachung
3. Antrag auf Feststellung von Sozialleistungen nach § 95 SGB XII
4. Ermittlung und Geltendmachung von Kostenersatz nach §§ 102 bis 105 SGB XII
5. Geltendmachung und Durchsetzung von Kostenerstattungsansprüchen zwischen Trägern der Sozialhilfe nach §§ 106 Abs. 3, 107 bis 110 SGB XII
6. Regelung von Kostenersatzansprüchen nach §§ 102 bis 105 SGB X
7. Regelung von Kostenerstattungsansprüchen nach §§ 115 und 116 SGB X sowie deren gerichtliche und aussergerichtliche Geltendmachung

§ 3 Weisungsrecht

1. Die Gemeinden entscheiden im Namen und im Auftrage des Landkreises Ammerland.
2. Der Landkreis Ammerland kann für die Durchführung der Aufgaben allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, ihm obliegt die Fachaufsicht.
3. Der Landkreis Ammerland ist Widerspruchsbehörde und im Falle von Rechtsstreitigkeiten prozessführende Partei. Die Prozessvertretung obliegt dem Landkreis Ammerland, er ist Beteiligter in sozialgerichtlichen Verfahren.

§ 5 Kostenerstattung

Der Landkreis erstattet den Gemeinden die Kosten, die sie im Rahmen der Erfüllung der Heranziehung für Leistungen an die Hilfeempfänger aufgewandt haben. Verwaltungs- und Personalkosten werden nicht erstattet.

§ 4 Inkrafttreten – Außerkrafttreten

1. Der Vertrag tritt am 01.01.2005 in Kraft.
2. Die Vereinbarung über die Heranziehung der kreisangehörigen Gemeinden zur Durchführung von Sozialhilfaufgaben (nach dem BSHG) vom 08.12.1986 tritt am 31.12.2004 ausser Kraft. Die Abwicklung der sich noch ergebenden Aufgaben nach dem BSHG verbleibt bei den Gemeinden.
3. Der öffentlich-rechtliche Vertrag über die Heranziehung der kreisangehörigen Gemeinden zur Durchführung der Aufgaben nach dem Gesetz über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) vom 19.12.2002 tritt am 31.12.2004 ausser Kraft. Die Abwicklung der sich noch ergebenden Aufgaben nach dem GSiG verbleibt bei den Gemeinden.

für den Landkreis Ammerland
Westerstede, den

Bensberg
Landrat

für die Gemeinde Apen
Apen, den

Ulken
Bürgermeister

für die Gemeinde Bad Zwischenahn
Bad Zwischenahn, den

Osmer
Bürgermeister

für die Gemeinde Edewecht
Edewecht, den

Lausch
Bürgermeisterin

für die Gemeinde Rastede
Rastede, den

Decker
Bürgermeister

für die Stadt Westerstede
Westerstede, den

Tapken
Stadtdirektor

Groß
Bürgermeister

für die Gemeinde Wiefelstede
Wiefelstede, den

Völkers
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/221

freigegeben am 05.08.2004

GB 3

Sachbearbeiter/in: Zech, Guido

Datum: 09.09.2004

26. Flächennutzungsplanänderung - Businessresort am See

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.09.2004	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.10.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	26.10.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage, sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 06.09.2004 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung war nicht durchzuführen.
4. Die 26 Flächennutzungsplanänderung – Businessresort am See nebst Erläuterungsbericht wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsausschusses vom 29.06.2004 (Vorlage 2004/144) wurde in der Zeit vom 13.07.2004 bis 13.08.2004 die öffentliche Auslegung der 26. Änderung des Flächennutzungsplanes – Businessresort am See durchgeführt. Die Abwägungsvorschläge sind der Vorlage als Anlage beigelegt.

Der Landkreis Ammerland hatte gegen die Planungen grundsätzliche, insbesondere naturschutzfachliche Bedenken, die im Rahmen der Abwägung jedoch weitestgehend berücksichtigt werden konnten.

Weitere Ausführungen hierzu wird das mit der Planung beauftragte Büro NWP in der Sitzung machen.

Die Flächennutzungsplanänderung kann nunmehr beschlossen und der Bezirksregierung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Bürger-/ Trägerbeteiligung	Öffentliche Ausle- gung/ Trägerbeteili- gung	Feststellungsbe- schluss
X	X	X	Rat 26.10.2004

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
1	Straßenbauamt Oldenburg Postfach 2443 26014 Oldenburg	09.07.2004	Gegen die 26. Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen seitens des Straßenbauamtes Oldenburg weiterhin keine Bedenken.		Nein
2	Deutsche Telekom T-Com 26119 Oldenburg	16.07.2004	Gegen die o. a. Planung haben wir keine Bedenken und Anregungen.		Nein
3	ExxonMobil Production Riethorst 30633 Hannover	14.07.2004	Wir schreiben Ihnen im Auftrag der BEB Erdgas und Erdöl GmbH, der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH und der Norddeutsche Erdgas-Aufbereitungs-Gesellschaft mbH und danken für die Beteiligung in der o. g. Angelegenheit. Wir möchten Ihnen mitteilen, dass der BEB, der MEEG und der NEAG von dem Planungsvorhaben nicht betroffen werden.		Nein
4	Oldenburgische Industrie- und Handelskammer 26015 Oldenburg	10.08.2004	Nach Durchsicht der uns zugesandten Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass aus Sicht der gewerblichen Wirtschaft gegen das Planungsvorhaben keine Bedenken bestehen.		Nein
5	Entwässerungsverband Jade Postfach 1461 26914 Brake	13.07.2004	Gegen die o.a. Bauleitplanung bestehen keine Bedenken, da der Verband mit Schreiben vom 13.05.2004 bereits die Forderung nach einem prüf-fähigen Oberflächenentwässerungskonzept gestellt hat. Diese Forderung wird aufrecht erhalten.	Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wird ein Oberflächenentwässerungskonzept erstellt und dem Entwässerungsverband zur Prüfung vorgelegt. Zur Zeit liegt ein Grobkonzept zur Oberflächenentwässerung vor, das im weiteren Verfahren noch genauer ausgearbeitet wird. Für die Oberflächenentwässerung werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: <u>Umlegung des vorhandenen Grabens an der Nordseite</u>	Nein

26. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Rastede

Abwägungstabelle zu den eingegangenen Bedenken während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
				<p>An der Nordseite des Plangebietes verläuft ein Graben in Richtung Westen durch die vorgesehenen Bauflächen. Der Graben soll im nördlichen Bereich aufgenommen / verfüllt werden. Es kann ein Anschluß in Verlängerung der östlichen Plangebietsgrenze an die Regenwasserkanalisation des Schafjückenweg erfolgen. Höhenmäßig ist der Anschluß möglich. Aufgrund der knappen Gefälleverhältnisse wird ein Anschluß als Graben vorgesehen. Ein genauer Nachweis des Grabenanschlusses ist im Rahmen einer Genehmigungsplanung zu führen</p> <p><u>Oberflächenentwässerung der Gewerbeflächen</u></p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass die oberflächennah anstehenden Sandschichten im Plangebiet Versickerungsmöglichkeiten bieten. Ein kf – Wert kann aus der vorliegenden Baugrundbeurteilung nicht direkt abgeleitet werden. In der Stellungnahme vom 17.08.04 (Krauss & Partner) wird ein Wert von kf = rd. 10-5 m/s angegeben.</p> <p>Aufgrund der stellenweise tiefer liegenden Lage des Plangebietes zu den angrenzenden Flächen ist eine Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers in die umliegenden Vorfluter im freien Gefälle nicht immer möglich.</p> <p>Im Plangebiet wird daher zur Entwässerung eine Versickerung vorgeschlagen, die aufgrund der unterschiedlich anstehenden Bodenschichtungen z.B. als Mulden – Rigolen – System (ausgeführt werden könnte.</p> <p>In Absprache mit dem Investor wird hierbei der Forderung nach einer dezentralen Lösung für einzelne Grundstücke Rechnung getragen. Weiterhin ist eine</p>	

26. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Rastede

Abwägungstabelle zu den eingegangenen Bedenken während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
				<p>direkte ungefilterte Einleitung in den See nicht erwünscht.</p> <p>Vor Bebauung der einzelnen Grundstücke sind vom jeweiligen Bauherren genaue Bodenkennwerte des jeweiligen Grundstückes zu ermitteln und eine entsprechende Dimensionierung der Versickerungsanlagen gem. ATV-Arbeitsblatt A 138 vorzunehmen.</p> <p>Durch Einsatz von Dachbegrünung oder wasserdurchlässigen Oberflächenbefestigungen (Flächen, auf denen kein schädlich verunreinigtes Oberflächenwasser zu erwarten ist) kann der Abflußbeiwert und damit die Versickerungsanlage geringer dimensioniert werden bzw. bei schlechteren Untergrundverhältnissen ausgeglichen werden.</p> <p>Auf der westlichen und südlichen Gewerbefläche wird eine Versickerung z.B. mit dem Mulden – Rigolen – System vorgesehen.</p> <p>Für die nördliche Gewerbefläche ist eine Vermarktung zusammen mit dem nördlich liegenden Grundstück am Schafjückenweg vorgesehen. Hier kann ein Anschluß an den Regenwasserkanal des Schafjückenweges erfolgen. Das Gelände ist dann jedoch auf rd. 16,00 mNN aufzuheben, um nicht unter dem Stauziel des Regenrückhaltebeckens zu liegen. Alternativ kann für diesen Bereich ebenfalls eine Versickerung z.B. mit dem Mulden – Rigolen – System erfolgen.</p>	
6	NLWK - Betriebsstelle Brake Postfach 1463 26914 Brake	19.07.2004	Aus Sicht des Nds. Landesbetriebes für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (NLWK) - Betriebsstelle Brake - bestehen keine Bedenken, da landeseigene Objekte bzw. durch Land zu unterhaltende Gewässer und Anlagen nicht betroffen sind.		Nein

26. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Rastede

Abwägungstabelle zu den eingegangenen Bedenken während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
	Fortsetzung NLWK		Diese Stellungnahme ersetzt nicht eine Stellungnahme des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) gem. RdErl. des MU 22-62018-VORIS 28200 vom 01.08.2002. Falls Sie eine Beteiligung des GLD für erforderlich halten, wenden Sie sich bitte direkt an den Geschäftsbereich III in unserem Hause. Eine ausführliche Begründung der aus Ihrer Sicht zu erwartenden „wesentlichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt“ ist beizufügen.	Der Hinweis wird berücksichtigt. Zur Zeit ist es jedoch noch nicht abschätzbar, ob wesentliche Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zu erwarten sind. Eine Beteiligung des Gewässerkundlichen Landesdienstes wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.	
7	OOWV Postfach 1363 26913 Brake	19.07.2004	Wir haben von der oben genannten Flächennutzungsplanänderung Kenntnis genommen. Sofern sichergestellt ist, dass durch die geplante Änderung die Versorgungsanlagen des OOWV weder freigelegt, überbaut, bepflanzt noch sonst in ihrer Funktion gestört werden, haben wir keine Bedenken. Inwieweit das vorhandene Versorgungsnetz einer Erweiterung bedarf, bleibt vorbehalten. Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsleitungen in dem anliegenden Planausschnitt ist unmaßstäblich. Die genaue Lage der Leitungen gibt Ihnen Dienststellenleiter Kaper, Tel. 04488/845211, von unserer Betriebsstelle in Westerstede in der Örtlichkeit an.	Soweit erkennbar, werden keine Leitungen überplant. Die weiteren Hinweise werden im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung bzw. der Erschließungsplanung berücksichtigt.	Nein
8	Landkreis Ammerland – Amt für Kreisentwicklung – Ammerlandallee 26655 Westerstede	16.08.2004	Gegen die Planungen bestehen weiterhin grundsätzliche, insbesondere naturschutzfachliche Bedenken. Eine objektive Ermittlung der Eingriffstatbestände hat bisher nicht stattgefunden. Der Erläuterungsbericht geht von nicht zutreffenden Aspekten aus, womit die Abwägung bzw. die Planung fehlerbehaftet wäre. Schon in unserer Stellungnahme vom 18.05.2004	Gemäß der Anregung des Landkreises werden die Eingriffstatbestände neu ermittelt.	Ja

26. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Rastede

Abwägungstabelle zu den eingegangenen Bedenken während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
	Fortsetzung Landkreis Ammerland – Amt für Kreisentwicklung –		<p>hatten wir wegen der komplexen Bearbeitung dieser Planung um Abstimmung mit unserer Unteren Naturschutzbehörde gebeten. Zur Vermeidung von Planungsmängeln wiederholen wir diese Bitte und weisen darauf hin, dass die vorgelegte Bestandsaufnahme und Bewertung des Zustandes von Natur und Landschaft den Ist-Zustand beschreibt nach Durchführung von z.T. ungenehmigten Aufschüttungen, Abgrabungen (BS 0175 / 2004) bzw. Änderungen der Böschung im Bereich Seefläche (66 W 205 / 2004).</p> <p>Da diese Veränderungen der Bodenoberfläche und der Seeböschung der Baureifmachung des Geländes dienen, unterliegen sie auch der Eingriffsregelung. Es wurden insgesamt 18.000 m² Boden aufgenommen und abgeschoben. Die vorhandene halbruderaler Gras- und Staudenflurvegetation wurde beseitigt. Im Böschungsbereich wurden weitere ca. 2700 m² natürlicher Sukzessionsfläche verändert. All diese Veränderungen sind in die Eingriffsbilanz nach dem Modell des Niedersächsischen Städtetages aufzunehmen und auszugleichen.</p> <p>Außerdem werden weiterhin entgegen der Darstellung im Erläuterungsbericht die geforderten Abstände zwischen Böschung und Bebauung unterschritten, was zu weiteren in der Eingriffsbilanz zu berücksichtigenden Beeinträchtigungen in diesem Fall des nährstoffarmen Stillgewässers führen wird.</p> <p>Ohne eine umfassende und einvernehmliche Abstimmung der in diesem Planverfahren erforderlichen Kompensation des tatsächlichen Eingriffs und entsprechender dringlicher Sicherung Ersatzmaß-</p>	<p>Die ungenehmigten Aufschüttungen, Abgrabungen und Änderungen der Böschung werden in die Bestandsbewertung einbezogen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt. Die Bestandsaufnahme im Rahmen des Verfahrens wurde am 10. Mai 2004 durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt waren die ungenehmigten Bodenarbeiten bereits durchgeführt. Insofern wurde in die Bestandsaufnahme der im Mai vorzufundene Zustand eingestellt.</p> <p>Zur Bestandsbewertung fand am 14.9.04 ein Abstimmungsgespräch mit der unteren Naturschutzbehörde statt. Die Bestandsbewertung wird überarbeitet. Hieraus resultiert ein Defizit von ca. 85.381 Wertpunkten (statt 74241 Wertpunkten) und somit bei einer Aufwertbarkeit um 2 Wertstufen eine Kompensationsfläche von 4,27 ha (statt 3,71 ha).</p> <p>Die Änderung des Flächennutzungsplanes trifft hierzu keine Darstellungen. Die Anregung bezieht sich auf die verbindliche Bauleitplanung und wird in diesem Rahmen ggfs. geprüft.</p> <p>Die verbindliche Bauleitplanung findet im selben zeitlichen Rahmen wie die Änderung des Flächennutzungsplanes statt und umfasst den selben Geltungs-</p>	<p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Nein</p>

26. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Rastede

Abwägungstabelle zu den eingegangenen Bedenken während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
			nahmen bestehen gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes o.g. grundsätzliche Bedenken, die vor einer qualifizierten Bauleitplanung aufgelöst werden müssen.	bereich. Die Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde erfolgt in der verbindlichen Bauleitplanung, da hier die detaillierten Festsetzungen getroffen werden und somit die genauen Eingriffstatbestände ermittelt werden können. Der Eingriff wird vollständig kompensiert. Bis zum Feststellungsbeschluss werden die Ersatzflächen nachgewiesen und gesichert.	Ja
9	Bezirksregierung Weser-Ems Dez. 406 26106 Oldenburg	29.06.2004	Von seiten der Baudenkmalpflege sind keine Bedenken erkennbar. Von seiten der archäologischen Denkmalpflege sind keine Bedenken erkennbar.		Nein

Präambel

Auf Grund des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. mit § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Rastede am diese 26. Flächennutzungsplan-Änderung, bestehend aus der Planzeichnung und dem Erläuterungsbericht, beschlossen.

Rastede, den

Bürgermeister

Verfahrensvermerke

Kartengrundlage: M = 1 : 5.000

Der Entwurf der 26. FNP-Änderung wurde ausgearbeitet von NWP-Planungsgesellschaft mbH Escherweg 1, 26121 Oldenburg

Oldenburg, den

Th. Aufleger

Der VA der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am dem Entwurf der 26. Flächennutzungsplan-Änderung und des Erläuterungsberichtes zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf der Flächennutzungsplan-Änderung und des Erläuterungsberichtes haben vom bis gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Rastede, den

Bürgermeister

Der Rat der Gemeinde Rastede hat nach Prüfung der Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die 26. Flächennutzungsplan-Änderung nebst Erläuterungsbericht in seiner Sitzung am beschlossen.

Rastede, den

Bürgermeister

Die 26. Flächennutzungsplan-Änderung ist mit Verfügung vom heutigen Tage (Az.:) gemäß § 6 BauGB genehmigt.

Oldenburg, den

Höhere Verwaltungsbehörde
Bezirksregierung Weser – Ems

Der Rat der Gemeinde Rastede ist den in der Genehmigungsverfügung vom (Az.:) aufgeführten Auflagen / Maßgaben in seiner Sitzung am beigetreten. Die 26. Flächennutzungsplan-Änderung hat zuvor wegen der Auflagen / Maßgaben vom bis öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht.

Rastede, den

Bürgermeister

Die Genehmigung der 26. Flächennutzungsplanänderung ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB am ortsüblich bekanntgemacht worden. Die 26. Flächennutzungsplan-Änderung ist damit am wirksam geworden.

Rastede, den

Bürgermeister

Innerhalb eines Jahres nach Wirksamwerden der 26. Flächennutzungsplan-Änderung ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen der Flächennutzungsplan-Änderung nicht geltend gemacht worden.

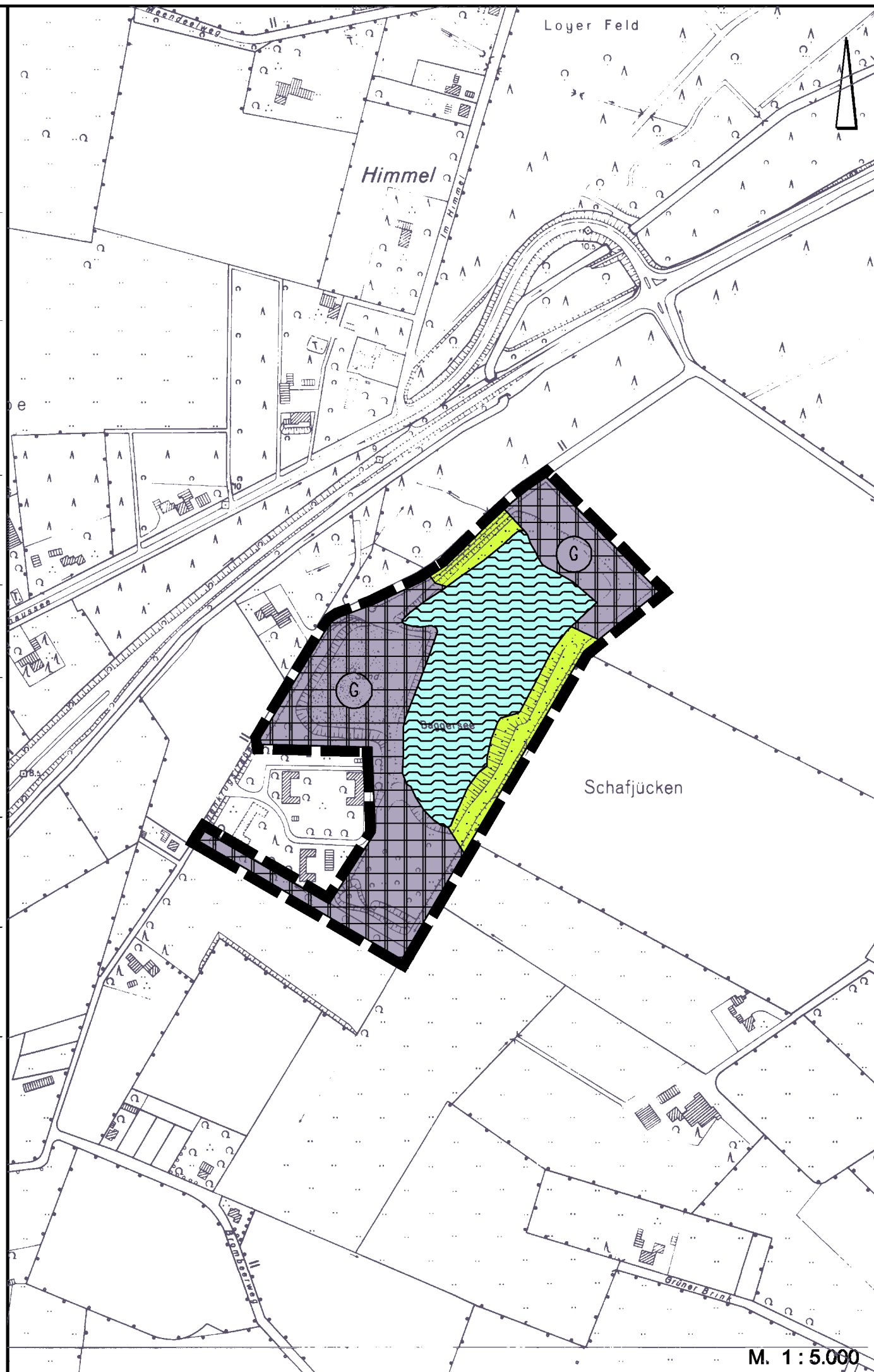
Rastede, den

Bürgermeister

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten der 26. Flächennutzungsplan-Änderung sind keine Mängel der Abwägung geltend gemacht worden.

Rastede, den

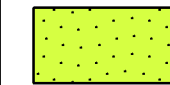
Bürgermeister



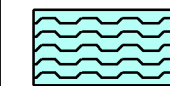
Planzeichenerklärung



Gewerbliche Bauflächen



Private Grünflächen



Wasserflächen



Geltungsbereich der FNP-Änderung

Anlage 2 zur Vorlage 2004/221

Hinweis

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Bezirksregierung Weser-Ems, Dez. 406 – Archäologische Denkmalpflege – oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.

GEMEINDE RASTEDE Landkreis Ammerland

26. Änderung des Flächennutzungsplanes

Datum: 06. September 2004

Maßstab: 1 : 5.000

NWP Planungsgesellschaft mbH
Gesellschaft für räumliche Planung und Forschung
Escherweg 1, 26121 Oldenburg
Tel.: 0441/97174-0 Fax: 0441/97174-73



M. 1 : 5.000

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/315

freigegeben am 27.10.2004

GB 3

Sachbearbeiter/in: Zech, Guido

Datum: 24.11.2004

Bebauungsplan Nr. 77 - Businessresort am See

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.12.2004	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.12.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage, sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 06.12.2004 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 77 – Businessresort am See nebst Begründung wird beschlossen.
4. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung war nicht durchzuführen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 05.10.2004 (Beschlussvorlagen Nr. 2004/222) ist die öffentliche Auslegung in der Zeit vom 05.10.2004 bis 05.11.2004 durchgeführt worden. Außerdem hat auch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) stattgefunden. Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Wesentliche Anregungen oder Bedenken, die zur Änderung der bisherigen Planung führten, haben sich nicht ergeben.

Nunmehr kann daher der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Bürger-/ Trägerbeteiligung	Öffentliche Ausle- gung/ Trägerbeteili- gung	Satzungsbeschluss
X	X	X	Rat 14. Dezember

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Planzeichenerklärung
3. Textliche Festsetzungen und Hinweise
4. Abwägungsvorschlag

PLANZEICHENERKLÄRUNG

1. Art der baulichen Nutzung



Eingeschränkte Gewerbegebiete

2. Maß der baulichen Nutzung

1,2

Geschoßflächenzahl

0,4

Grundflächenzahl

II

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

GH ≤ 12m

Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

a

Abweichende Bauweise



Baugrenze



überbaubare Fläche

nicht überbaubare Fläche

6. Verkehrsflächen



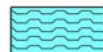
Private Straßenverkehrsfläche

9. Grünflächen



Private Grünfläche

10. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

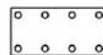


Wasserfläche

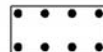
13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen oder Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft



Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft



Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen



Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

15. Sonstige Planzeichen

FSP: LWA⁺=
65 / 50 dB(A)
tags / nachts

Immissionswirksame, flächenbezogene Schallleistungspegel pro m² tags / nachts



Abgrenzung unterschiedlicher Schallleistungspegel



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Textliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 4 - 9 BauNVO

- a) In den Gewerbegebieten GEE1 ist je Gewerbegrundstück eine Wohnung für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen oder für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet ist (§ 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO), allgemein zulässig.
- b) Nicht zulässig sind im Gewerbegebiet GEE1 und GEE2
- Lagerplätze (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO) sowie
 - Tankstellen (§ 8 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO).
- c) Nicht zulässig sind in den Gewerbegebieten GE 3
- Tankstellen (§ 8 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO)
 - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke (§ 8 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO)
 - Vergnügungsstätten (§ 8 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO).
- d) Einzelhandelsbetriebe für den Verkauf an Endverbraucher sind nur zulässig, wenn sie im räumlichen und betrieblichen Zusammenhang mit den Produktionsflächen stehen und gegenüber diesen von untergeordneter Bedeutung sind und das angebotene Sortiment aus eigener Herstellung stammt.

Bei Handwerksbetrieben oder handwerksähnlichen Betrieben bestehen keine Beschränkungen der Verkaufsflächen, soweit es sich um den Vertrieb von Eigenprodukten oder Produkten handelt, welche typischerweise im Sortiment des jeweiligen Handwerksbetriebes oder des handwerksähnlichen Betriebes enthalten sind.

- e) Die im Bebauungsplan festgesetzten Baugebiete werden gemäß § 1 (4) Nr. 2 BauNVO hinsichtlich der schalltechnischen Eigenschaften der Betriebe in Teilflächen gegliedert. In den jeweiligen Teilflächen dürfen nur solche Anlagen und Betriebe errichtet werden, durch die der jeweils zeichnerisch festgesetzte flächenbezogene Schallleistungspegel pro m² nicht überschritten wird.

Schallpegelminderungen, die im konkreten Einzelfall durch Abschirmmaße erreicht werden, können in Form eines Schirmwertes D_z (berechnet gem. VDI-Richtlinie 2720) bezüglich der maßgebenden Aufpunkte dem Wert des Flächenleistungspegels zugerechnet werden.

Erhöhte Luftabsorptions- und Bodendämpfungswerte (frequenz- und entfernungsabhängige Pegelminderungen gem. VDI-Richtlinie 2714) und zeitliche Begrenzungen der Emissionen können bezüglich der maßgebenden Aufpunkte dem Wert des Flächenschallleistungspegels zugerechnet werden.

Für die im südlichen Baufeld nicht kontingentierten Flächen wird folgende Festsetzung getroffen:

Innerhalb dieser Zone sind Betriebe und Anlagen nicht zulässig, die das Wohnen wesentlich stören. Die Geräuschemissionen ausgehend von dieser Teilfläche müssen die Immissionsrichtwerte an den maßgeblichen Immissionsorten um mindestens 10 dB(A) im jeweiligen Beurteilungszeitraum unterschreiten.

Hinweis:

Zur Vermeidung unzulässiger Emissionsschwerpunkte auf einem Betriebsgrundstück darf die nach dem Flächenbedarf insgesamt zulässige Schallleistung nicht ohne weitere Prüfung auf einen kleineren Bereich konzentriert werden. In einem solchen Fall ist unter Zugrundelegung der Größe des Betriebsgrundstückes, des Abstandes zum nächstliegenden Immissionsort und des flächenbezogenen Schallleistungspegels der zulässige Immissionsanteil am Immissionsort (Zielwert) zu ermitteln.

Dabei ist das Betriebsgrundstück ggfs. in Teilflächen zu unterteilen, bis der Abstand einer Fläche zum Immissionsort der Bedingung $r \geq 1,5 d$ entspricht, mit d als relevantem Durchmesser der Teilflächen in Verlängerung des Abstandes r .

Die Einhaltung des Zielwertes ist dann auf der Basis des konkreten Vorhabens durch eine überschlägige Schallausbreitungsberechnung oder eine detaillierte Geräuschimmissionsprognose im folgenden Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen.

2. Nebenanlagen, Garagen und Stellplätze gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zwischen der Baugrenze und der angrenzenden Wasserlinie sind Nebenanlagen im Sinne von § 14 [1] BauNVO gemäß § 23 [5] BauNVO sowie Garagen und Stellplätze gemäß § 12 [1 und 6] BauNVO nicht zulässig.

3. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft P 1 - P 3 ist die Errichtung baulicher Anlagen aller Art, auch von solchen, die keiner Genehmigung nach der Niedersächsischen Bauordnung bedürfen, z.B. die Errichtung von Zaunanlagen, Pflaster- und Kompostplätzen, verboten. Hiervon ausgenommen sind lediglich Einfriedungen, die zur Sicherung des Gewässers erforderlich sind.

Die Uferrandflächen und naturnahen Böschungsflächen sowie die Abstandsflächen zur Wallhecke sind der natürlichen Sukzession zu überlassen. Dabei ist die Entnahme von Gehölzaufwuchs am Uferrand im Abstandsbereich von 5 m zum Uferrand zulässig. Zusätzliche Anpflanzungen und der Auftrag von Mutterboden sind aufgrund der nährstoffarmen Verhältnisse in diesen Bereichen unzulässig.

- a) Innerhalb der privaten Grünfläche **P 1** sind außerhalb der o.g. Flächenbereiche bei Abgang von Gehölzen standortgerechte und heimische Gehölze nachzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Geeignete Arten s. Pflanzliste 1.
- b) Innerhalb der privaten Grünfläche **P 2** sind außerhalb der o.g. Flächenbereiche bei Abgang von Gehölzen standortgerechte und heimische Gehölze nachzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Geeignete Arten s. Pflanzliste 1.
- c) Innerhalb der privaten Grünfläche **P 3** ist außerhalb der o.g. Flächenbereiche zur Entwicklung eines Siedlungsrandes eine Baumreihe mit Moorbirken anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten.

4. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB

- d) Auf der privaten Grünfläche **P 4** ist zur Eingrünung der Gewerbegebiete der Bewuchs zu erhalten. Bei Abgang von Gehölzen sind standortgerechte und heimische Gehölze nachzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Auf den unbewachsenen Flächen sind zwei Reihen standortgerechte und heimische Gehölze anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Geeignete Arten s. Pflanzliste 1.
- e) Auf der privaten Grünfläche **P 5** ist zur Eingrünung der Gewerbegebiete eine Baumreihe anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Geeignete Arten s. Pflanzliste 2. Für die erforderlichen Grundstückszufahrten darf die Pflanzfläche jeweils in einer Breite von 10 m unterbrochen werden.
- f) In der Wasserfläche **W 1** sind die Böschungen samt Bewuchs zu erhalten. Bei Abgang von Gehölzen sind standortgerechte und heimische Gehölze nachzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Geeignete Arten s. Pflanzliste 1.
- g) Die Stellplätze in den Gewerbegebieten sind zu begrünen. Pro 4 Stellplätze ist ein Laubbaum anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Geeignete Arten s. Pflanzliste 3.

Pflanzliste 1:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name
Eberesche	<i>Sorbus aucuparia</i>
Eingriffeliger Weißdorn	<i>Crataegus monogyna</i>
Faulbaum	<i>Rhamnus frangula</i>
Feldahorn	<i>Acer campestre</i>
Geißblatt	<i>Lonicera periclymenum</i>
Haselnuss	<i>Corylus avellana</i>

Hundsrose	<i>Rosa Canina</i>
Roter Hartriegel	<i>Cornus sanguinea</i>
Sandbirke	<i>Betula Pendula</i>
Schlehe	<i>Prunus spinosa</i>

Pflanzliste 2:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name
Sandbirke	<i>Betula pendula</i>
Stieleiche	<i>Qercus robur</i>
Waldkiefer	<i>Pinus sylvestris</i>

Pflanzliste 3:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name
Bergahorn	<i>Acer pseudoplatanus</i>
Spitzahorn	<i>Acer platanoides</i>
Stieleiche	<i>Quercus robur</i>

5. Abweichende Bauweise gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO

Innerhalb der Gewerbegebiete GE gilt eine abweichende Bauweise. Abweichend von der offenen Bauweise gemäß § 22 (2) BauNVO sind Gebäudelängen über 50 m zulässig.

Hinweise

1. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Bezirksregierung oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
2. Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.
3. Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen.
4. Die Errichtung von Nebenanlagen an der Uferlinie und auf der Wasserfläche (z. B. Bootstege, Schwimmpontons) bedürfen einer Genehmigung durch die Untere Wasserbehörde.

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
1	Straßenbauamt Oldenburg Postfach 2443 26014 Oldenburg	14.10.2004	Gegen die geplanten Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 77 bestehen seitens des Straßenbauamtes. Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitplanung einschließlich Begründung.	Nach Abschluss des Verfahrens werden dem Straßenbauamt die gewünschten Unterlagen zugesendet.	Nein
2	Deutsche Telekom T-Com 26119 Oldenburg	01.11.2004	Durch die o. a. Planung werden die Belange der Deutschen Telekom AG, T-Com nicht berührt. Bei Planänderung bitten wir uns erneut zu beteiligen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Nein
3	ExxonMobil Production Riethorst 30633 Hannover	13.10.2004	Wir schreiben Ihnen im Auftrag der BEB Erdgas und Erdöl GmbH, der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH und der Norddeutsche Erdgas-Aufbereitungs-Gesellschaft mbH und danken für die Beteiligung in der o. g. Angelegenheit. Wir möchten Ihnen mitteilen, dass Anlagen oder Leitungen der BEB, der MEEG und der NEAG von dem Planungsvorhaben nicht betroffen werden.		Nein
4	NLWK - Betriebsstelle Brake Postfach 1463 26914 Brake	18.10.2004	Aus Sicht des Nds. Landesbetriebes für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (NLWK) - Betriebsstelle Brake - bestehen keine Bedenken, da landeseigene Objekte bzw. durch Land zu unterhaltende Gewässer und Anlagen nicht betroffen sind. Diese Stellungnahme ersetzt nicht eine Stellungnahme des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) gem. RdErl. des MU 22-62018-VORIS 28200 vom 01.08.2002. Falls Sie eine Beteiligung des GLD für erforderlich halten, wenden Sie sich bitte direkt an den Geschäftsbereich III in unserem Hause. Eine ausführliche Begründung der aus Ihrer Sicht zu erwartenden	Wesentlichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt sind nicht zu erwarten. Die schadloose Beseitigung des anfallenden Oberflächenwassers wird durch das Oberflächenentwässerungskonzept nachgewiesen.	Nein

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
-----	---------	-------	------------	--------------------	----------

	Fortsetzung NLWK		„wesentlichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt“ ist beizufügen.		
5	OOWV Postfach 1363 26913 Brake	14.10.2004	<p>In unserem Schreiben vom 28.05.2004 haben wir bereits eine Stellungnahme zum obengenannten Bebauungsplan abgegeben. Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere damaligen Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen</p> <p>Nachrichtlich:</p> <p>Stellungnahme vom 28.05.2004</p> <p>Wir nehmen zu der obengenannten Bebauungsplan wie folgt Stellung:</p> <p>Am Rande des Bebauungsgebietes befindet sich eine Versorgungsleitung DN 200. Diese darf weder durch Hochbauten noch durch eine geschlossene Fahrbahndecke – außer in den Kreuzungsbereichen – überbaut werden</p> <p>Bei der Erstellung von Bauwerken sind gemäß DVGW – Arbeitsblatt W 403- Sicherheitsabstände zu den Versorgungsleitungen einzuhalten. Außerdem weisen wir darauf hin, dass die Versorgungsleitungen gemäß DIN 1998 Punkt 5 nicht mit Bäumen überpflanzt werden dürfen. Um für die Zukunft sicherzustellen, dass eine Überbauung der Leitungen nicht stattfinden kann, werden Sie gebeten, ggf. für die betroffenen Leitungen ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht einzutragen.</p> <p>Das ausgewiesene Plangebiet kann im Rahmen einer erforderlichen Rohrnetzerweiterung an unsere zentrale Trinkwasserversorgung angeschlossen werden. Wann und in welchem Umfang die Erweiterung durchgeführt wird, müssen die Gemeinde Rastede und der OOWV rechtzeitig vor Ausschreibung der</p>	<p>Die vorgetragenen Anregungen bezogen sich im wesentlichen nicht auf die Festsetzungen des Bebauungsplanes, sondern auf die nachfolgende Erschließungsplanung und werden in diesem Zusammenhang berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p> <p>Im Zuge der nachfolgenden Ingenieurplanung für die Erschließungsanlagen werden die erforderlichen Erweiterungsmaßnahmen für die Leitungen in Abstimmung mit dem Versorgungsträger vorgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p>	Nein

Bebauungsplan Nr. 77 „Businessresort am See“ der Gemeinde Rastede

Abwägungstabelle zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 4 (1) BauGB

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
-----	---------	-------	------------	--------------------	----------

	Fortsetzung OOWV		<p>Erschließungsarbeiten gemeinsam festlegen.</p> <p>Da es sich bei dem vorgenannten Bebauungsgebiet um ein eingeschränktes Gewerbegebiet handelt, ist abzuwägen, ob eine Erweiterung auf der Grundlage der AVB Wasser V und unter Anwendung der §§ 4 und 5 der Allgemeinen Preisregelungen des OOWV durchgeführt wird.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass für die ordnungsgemäße Unterbringung der Versorgungsleitungen innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen im Baugebiet ein durchgehender seitlicher Versorgungstreifen anzuordnen ist. Dieser darf wegen erforderlicher Wartungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten weder bepflanzt noch mit anderen Hindernissen versehen werden.</p> <p>Um Beachtung der DIN 1998 und des DVGW Arbeitsblattes W 403 wird gebeten.</p> <p>Um das Wiederaufnehmen der Pflasterung bei der Herstellung von Hausanschlüssen zu vermeiden, sollte der Freiraum für die Versorgungsleitungen erst nach erfolgter Bebauung des Gebietes endgültig gepflastert werden. Sollten durch Nichtbeachtung der vorstehenden Ausführungen Behinderungen bei der Erschließung des Baugebietes eintreten, lehnen wir für alle hieraus entstehenden Folgeschäden und Verzögerungen jegliche Verantwortung ab.</p> <p>Im Interesse des der Gemeinde Rastede obliegenden Brandschutzes können im Zuge der geplanten Rohrverlegungsarbeiten Unterflurhydranten eingebaut werden. Lieferung und Einbau der Feuerlöscheinrichtungen regeln sich nach den bestehenden Verträgen. Wir bitten, die von Ihnen gewünschten Unterflurhydranten nach Rücksprache mit dem Brandverhütungsingenieur in den genehmigten Bebauungsplan einzu</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Leitungen werden innerhalb öffentlicher Flächen verlegt. Eine Sicherung der Leitungen durch ein Leitungsrecht kommt nur in Frage, wenn dies nicht möglich ist.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die weitere Ausbauplanung erfolgt in Abstimmung mit allen beteiligten Versorgungsbetrieben.</p>	
--	---------------------	--	--	--	--

Bebauungsplan Nr. 77 „Businessresort am See“ der Gemeinde Rastede

Abwägungstabelle zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 4 (1) BauGB

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
	Fortsetzung OOWV		tragen. Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsleitungen in dem anliegenden Planausschnitt ist unmaßstäblich. Die genaue Lage der Leitungen gibt Ihnen Dienststellenleiter Kaper, Tel. 04488/845211, von unserer Betriebsstelle in Westerstede in der Örtlichkeit an. Nach endgültiger Planfassung und Beschluss als Satzung wird um eine Ausfertigung eines genehmigten Bebauungsplanes gebeten.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Nach Abschluss des Verfahrens wird dem OOWV der rechtskräftige Plan nebst Begründung zugesendet.	
6	EWE Aktiengesellschaft Postfach 1220 26642 Wiefelstede	11.11.2004	Gegen das Vorhaben bestehen unsererseits grundsätzlich keine Bedenken. Die Versorgung mit Strom und Erdgas ist jederzeit möglich. Wir bitten jedoch um frühzeitige Information über die anfallenden Leistungen in dem Gewerbegebiet, um unsere Netzplanung darauf einzustellen.	Der Hinweis wird berücksichtigt.	Nein
7	Landwirtschaftskammer Weser-Ems Postfach 1343 26643 Westerstede	20.10.2004	Aus landwirtschaftlicher Sicht bestehen gegen die oben genannte Planung keine Bedenken.		Nein
8	Oldenburgische Industrie- und Handelskammer 26015 Oldenburg	10.11.2004	Nach Durchsicht der uns zugesandten Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass aus Sicht der gewerblichen Wirtschaft gegen das Planungsvorhaben keine Bedenken bestehen.		Nein
9	Landkreis Ammerland Bauamt Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	22.11.2004	Der Landkreis Ammerland nimmt Bezug auf das dortige Scheiben vom 06.10.2004 und teilt zu vorgenanntem Bebauungsplan mit, dass grundsätzliche Bedenken nicht bestehen. Die überarbeitete Eingriffsbilanzierung konnte aus naturschutzfachlicher Sicht nachvollzogen werden.		Ja

Bebauungsplan Nr. 77 „Businessresort am See“ der Gemeinde Rastede

Abwägungstabelle zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 4 (1) BauGB

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
	Fortsetzung Landkreis Ammerland		<p>Dabei wurden die bereits durchgeführten Eingriffe, Aufschüttungen und Abgrabungen (BS 175/2004) auf dem ehemaligen Abbaugrundstück und die durchgeführte Änderung der Böschung im nordwestlichen Bereich des Abbaues berücksichtigt. Innerhalb der im Bebauungsplan dargestellten Wasserfläche ist die Anlage von Nebenanlagen, z. B. Bootsstege, Schwimmpontons u.a. für unzulässig zu erklären.</p> <p>Die Kompensationsmaßnahmen werden im Flächenpool der Gemeinde Rastede nachgewiesen. Hierzu ist vor Satzungsbeschluss eine aktuelle Übersicht über das Ökokonto mit Nachweis der Kompensationsmaßnahmen vorzulegen. Darüber hinaus bestehen gegen den vorliegenden Bebauungsplan aus naturschutzfachlicher Sicht keine weiteren Anregungen oder Bedenken.</p> <p>Weiterhin nicht nachvollziehbar ist die textliche Festsetzung Nr. 1 a hinsichtlich der Zulässigkeit von Betriebsleiterwohnungen. Es gibt keine Rechtsgrundlage für eine derartige Festsetzung, so dass ich im Zusammenhang meiner Stellungnahme vom 24.08.2004 empfehle, es bei der ausnahmsweisen Zulässigkeit zu belassen. Die in der Begründung enthaltene Darstellung der allgemeinen Zulässigkeit von Betriebsleiterwohnungen ist im übrigen nicht in den Festsetzungen enthalten und wird auch nicht empfohlen.</p> <p>Hinsichtlich der Erschließung wird auf meine Stellung</p>	<p>Der Bebauungsplan wird keine derartige Festsetzung treffen. Die Realisierung dieser Vorhaben unterliegen einer wasserrechtlichen Genehmigung und sind daher im Zuge dieses Verfahren zu beurteilen. Der Bebauungsplan wird einen entsprechenden Hinweis zur Genehmigungspflicht derartiger Anlagen aufnehmen.</p> <p>Die Gemeinde Rastede wird dem Landkreis eine aktuelle Übersicht über das Ökokonto zusenden.</p> <p>Rechtsgrundlage für die allgemeine Zulässigkeit von „Betriebswohnungen“ ist § 1 Abs. 6 Nr. 2 BauNVO. Hiernach kann im Bebauungsplan festgesetzt werden, dass alle oder einzelnen Ausnahmen, die in den Baugebieten nach den §§ 2 bis 9 BauNVO vorgesehen sind in dem Baugebiet allgemein zulässig sind, sofern die allgemeine Zweckbestimmung des Baugebietes gewahrt bleibt. Insbesondere zu der Umwandlung der ausnahmsweisen Zulässigkeit der Betriebswohnungen in die allgemeine Zulässigkeit wird in der Kommentierung bei Bielenberg (§ 8 Rdn. 25 53. Lfg.) der Hinweis gebracht, dass eine solche Umwandlung grundsätzlich nicht unzulässig sei.</p> <p>Die Gemeinde sieht zunächst keine Erfordernis die</p>	

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
	Fortsetzung Landkreis Ammerland		<p>nahme vom 24.08.2004 verwiesen, die weiterhin voll aufrecht erhalten wird.</p> <p>Die Untere Wasserbehörde teilt mit, dass das Entwässerungskonzept des Ingenieurbüro Heinzelmann vorgelegt wurde. In dem Konzept wurde die Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers beispielhaft für ein 3.000 qm großes Grundstück nachgewiesen.</p> <p>Für diese Grundstücksgröße wird eine Muldenfläche von 250 qm zur Versickerung benötigt. In Anbetracht der festgesetzten Grundflächenzahl von 0,8 ist aus Sicht der Unteren Wasserbehörde zweifelhaft, ob ausreichend große Versickerungsflächen auf den Grundstücken tatsächlich zur Verfügung stehen. Die Oberflächenentwässerung der einzelnen Bauvorhaben ist einzeln bei der Unteren Wasserbehörde nachzuweisen.</p> <p>Ferner weist die Untere Wasserbehörde darauf hin, dass für die Verfüllung und Umlegung des Gewässers III. Ordnung in der Fläche GEE1 an der Nordseite des Gebietes rechtzeitig eine wasserrechtliche Genehmigung zu beantragen ist. Die Verlegung des Grabens erfordert Änderungen im Bebauungsplangebiet "Schafjückenweg", da sich der Verlauf des Gewässers im überbaubaren Bereich befindet. Der Bebauungs</p>	<p>Erschließung des südlichen Baufeldes über eine öffentliche Verkehrsstrasse zu sichern. Mit den getroffenen Festsetzungen ist eine ausreichende Erschließung des Plangebietes gesichert. Die Festsetzung der Privatstraße erfolgt vor dem Hintergrund, dass diese Straße zunächst nur für die Erschließung des südlichen Baufeldes dient. Sollte im Zuge der weiteren Planung auch die südlich bzw. östlich angrenzenden Flächen als Baugebiet festgesetzt werden, ist eine Festsetzung als öffentliche Verkehrsfläche sinnvoll.</p> <p>Der Nachweis über eine ausreichende Versickerungsfläche ist im Zuge der Baugenehmigung zu führen und der Unteren Wasserbehörde zu Prüfung vorzulegen.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p> <p>Weitere Änderungen der Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 66 sind nicht notwendig. Als Ersatz für den verfüllten Graben wird ein Regenwasserkanal verlegt, der auf einem der Gemeinde gehören</p>	

Bebauungsplan Nr. 77 „Businessresort am See“ der Gemeinde Rastede

Abwägungstabelle zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 4 (1) BauGB

Nr.	Private	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
			plan Nr. 66 sieht hier keine Gewässerherstellung vor. Das vorgelegte Entwässerungskonzept ist in Kopie beigefügt.	den Grundstück verläuft. Die Sicherung dieses Regenwasserkanals erfolgt durch eine Eintragung ins Grundbuch.	
10	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg Rosenstraße 13b 26122 Oldenburg	07.10.2004 und 14.10.2004	Seitens des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Oldenburg werden aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine Einwände erhoben. Anregungen und Hinweise sind ebenfalls nicht vorzubringen. Wir bitten nach Rechtskraft um Übersendung einer Ausfertigung der Planunterlagen.	Nach Abschluss des Verfahrens werden dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt die gewünschten Unterlagen zugesendet.	Nein

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/309

freigegeben am 27.10.2004

GB 3

Sachbearbeiter/in: Zech, Guido

Datum: 27.10.2004

1. Änderung des Bebauungsplanes 2 - Rastede-Kleinenfelde

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.12.2004	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.12.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage, sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 06.12.2004 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 – Rastede – Kleinenfelde nebst Begründung wird beschlossen.
4. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung war nicht durchzuführen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 21.09.2004 (Vorlage 2004/213) ist die öffentliche Auslegung in der Zeit vom 05.10.2004 bis 05.11.2004 durchgeführt worden. Außerdem hat auch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) stattgefunden. Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Wesentliche Anregungen oder Bedenken, die zur Änderung der bisherigen Planung führten, haben sich nicht ergeben.

Nunmehr kann daher der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Bürger-/ Trägerbeteiligung	Öffentliche Ausle- gung/ Trägerbeteili- gung	Satzungsbeschluss
X	X	X	Rat 14. Dezember

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Planzeichenerklärung
3. Textliche Festsetzungen und Hinweise
4. Abwägungsvorschlag

[illegible]

PLANZEICHENERKLÄRUNG

1. Art der baulichen Nutzung



Allgemeine Wohngebiete

2. Maß der baulichen Nutzung

0,4 Grundflächenzahl

I Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen



nur Einzelhäuser zulässig



nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

a

Abweichende Bauweise



Baugrenze



überbaubare Fläche

nicht überbaubare Fläche

15. Sonstige Planzeichen



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Textliche Festsetzungen

1. Im WA-Gebiet (§ 4 [3] BauNVO) sind gemäß § 1 [6] BauNVO folgende ausnahmsweise zulässige Nutzungen nicht zulässig:
 - Gartenbaubetriebe
 - Tankstellen
2. Im allgemeinen Wohngebiet (WA) sind gemäß § 9 [1] Nr. 6 BauGB je angefangene 350 qm Baugrundstück eine Wohneinheit eine Wohneinheit zulässig.
3. Die Überschreitung der festgesetzten Grundflächenzahl gemäß § 19 [4] BauNVO ist im allgemeinen Wohngebiet (WA) um bis zu 30% zulässig.
4. Im allgemeinen Wohngebiet gilt gemäß § 22 [2] BauNVO die abweichende Bauweise. Es sind Gebäudelängen bis maximal 20 m zulässig. Die Abstände der baulichen Anlagen untereinander regeln sich entsprechend der offenen Bauweise.
5. Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zwischen der Baugrenze und der angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche sind Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) gemäß § 12 BauNVO sowie Nebenanlagen in Form von Gebäuden gemäß § 14 BauNVO nicht zulässig.

Hinweise

6. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Bezirksregierung Weser-Ems, Dezernat 406 - Archäologische Denkmalpflege - oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden.
Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
7. Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen.
8. Sollten bei den Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.
9. Entlang der Hermann-Allmers Straße und dem Springerweg grenzen ortsbildprägende Eichen an die Baugrundstücke Flurstücke 227/6 und 227/5. Im Zuge der Realisierung von Bauvorhaben auf den genannten Flurstücken sind geeignete Maßnahmen zum Schutz der Wurzel- und Kronenbereiche der Bäume vorzusehen.



Gemeinde Rastede
1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 - Rastede-Kleinenfelde
Abwägung der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlußempfehlung
1	OOWV Georgstraße 4 26919 Brake 28.09.2004	<p>In unserem Schreiben vom 27.07.2004 - Tla-555/04/He - haben wir bereits eine Stellungnahme zur 1. Änderung des oben genannten Bebauungsplanes Nr. 2 abgegeben.</p> <p>Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen.</p> <p>Schreiben vom 27.04.2004</p> <p>Wir haben die Aufstellung des obengenannten Bebauungsplanes zur Kenntnis genommen und nehmen wie folgt Stellung:</p> <p>Das Gebiet ist voll verschlossen. Durch das Gebiet führt eine Versorgungsleitung DN 50. Diese darf weder durch Hochbauten noch durch eine geschlossene Fahrbahndecke – ausgenommen an der Kreuzungsstelle – überbaut werden.</p> <p>Bei der Erstellung von Bauwerken sind Sicherheitsabstände zu den Versorgungsleitungen einzuhalten. Ferner weisen wir darauf hin, dass wegen der erforderlichen Wartungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten Versorgungsleitungen weder überpflanzt noch mit anderen Hindernissen überbaut werden dürfen.</p> <p>Um Beachtung der DIN 1998 Punkt 5 sowie des DVGW Arbeitsblattes W 403 wird gebeten.</p>	<p>Gemäß beiliegendem Lageplan liegen die angesprochenen Leitungen außerhalb des Änderungsbereiches, innerhalb der angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen. Eine Beeinträchtigung der Leitungen ist daher durch die Inhalte der 1. Änderung nicht zu erwarten.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlußempfehlung</i>
2	Deutsche Telekom AG T-Com Poststraße 1-3 26122 Oldenburg 04.10.2004	<p>Gegen die o. a. Planung haben wir keine Bedenken und Anregungen.</p> <p>Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Planbereich der Deutschen Telekom AG, T-Com, Technische Infrastruktur, Niederlassung Nordwest, PTI 11, 26119 Oldenburg, Telefon 0441/234-6566, so früh wie möglich vor Baubeginn angezeigt werden.</p> <p>Im Planbereich liegen Telekommunikationskabel der Deutschen Telekom AG, T-Com, die ggf. von Straßenbaumaßnahmen berührt werden und infolgedessen verändert oder verlegt werden müssen.</p> <p>Wir bitten Sie, sich vor Baubeginn mit der Deutschen Telekom AG, T-Com, Technische Infrastruktur, Niederlassung Nordwest, PTI 11, 26119 Oldenburg, Telefon 0441/234-6566, in Verbindung zu setzen, damit alle erforderlichen Maßnahmen (Bauvorbereitung, Kabelbestellung, Kabelverlegung usw.) rechtzeitig eingeleitet werden können.</p> <p>Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes einerseits und für die ggf. notwendige Änderung bzw. Verlegung vorhandener Telekommunikationsanlagen im Planbereich andererseits, bitten wir Sie, sich vor Baubeginn mit der zuständigen T-Com, TI Niederlassung Nordwest, PTI 11 Oldenburg, in Verbindung zu setzen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, beziehen sich inhaltlich jedoch nicht auf die Festsetzungen des Bebauungsplanes, sondern auf die nachfolgende Ebene der Realisierung der Planinhalte.</p>
3	Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede 01.11.2004	<p>Der Landkreis Ammerland nimmt Bezug auf das dortige Schreiben vom 22.09.2004 und teilt zu vorgenanntem Bebauungsplan, 1. Änderung, mit, dass grundsätzlich Bedenken nicht bestehen.</p> <p>Seitens der Unteren Naturschutzbehörde wird jedoch darauf hingewiesen, dass zum Schutz der Bäume an der Hermann-Allmers-Straße und dem Springerweg entsprechend der Seite 5 der Begründung zum Bebauungsplan ein entsprechender Hinweis in die Planunterlagen aufgenommen werden sollte. Dieser Hinweis fehlt und ist nachzutragen.</p>	<p>Wie seitens des Landkreises bereits erkannt, ist der Hinweis in die Planunterlagen, d.h. die Begründung zum Bebauungsplan auf der Seite 5 aufgenommen worden. Zur Klarstellung wird jedoch ein entsprechender Hinweis auch in der Planzeichnung unter der Überschrift "Hinweise" ergänzt.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlußempfehlung</i>
	Fortsetzung Landkreis Ammerland	Seitens der Unteren Wasserbehörde wird darauf hingewiesen, dass die Angaben zur Erschließung nicht erkennen lassen, wie die schadlose Entwässerung sichergestellt werden soll. Inwieweit ein Anschluss über bestehende private Einrichtungen höhenmäßig möglich ist, ist vor dem Abschluss des Verfahrens zu prüfen. Sollte der Anschluss nicht möglich sein, ist unter Umständen die Festsetzung eines Leitungsrechtes über fremde Grundstücke erforderlich. Ein Hinweis auf die Oberflächenentwässerung ist in den Plan aufzunehmen.	<p>Die von den Inhalten der 1. Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Flurstücke grenzen ausnahmslos an öffentliche Verkehrsflächen an. Insofern kann sowohl die Schmutz- als auch die Oberflächenentwässerung unmittelbar an die bestehenden Kanalsysteme in den angrenzenden Straßen angeschlossen werden. Die technischen Voraussetzungen hierfür sind in den nachfolgenden Planungen zur Realisierung der Vorhaben zu leisten. Die Planungsebene der hier relevanten Bebauungsplanung ist hiervon nicht betroffen.</p> <p>Da die Grundstücke unmittelbar an öffentliche Verkehrsflächen anschließen, ist die Festsetzung von Leitungsrechten nicht erforderlich.</p> <p>Zur Entsorgung des anfallenden Oberflächenwassers können die Grundstücke an die bestehenden Entsorgungssysteme in den öffentlichen Straßen angeschlossen werden. Die Ausführungen werden in der Begründung zum Bebauungsplan ergänzt.</p>

Keine Anregungen und Bedenken hatten:

1. EWE Aktiengesellschaft, Westerstede, Schreiben vom 30.09.2004
2. ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Schreiben vom 13.10.2004
3. Entwässerungsverband Jade, Schreiben vom 07.10.2004



Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlußempfehlung
1			

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/288A

freigegeben am 23.11.2004

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Schmidt, Hans-Jürgen

Datum: 23.11.2004**Straßenbenennung BBPL. Nr. 75 B "Im Göhlen III"****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussempfehlung des Ausschusses f. Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 22.11.2004:

Die durch die Kleingärten am Wiesenrand in die Göhlenwiesen hinabführende und dort ringförmig angelegte Straße erhält den Namen **Harry-Wilters-Ring**.

Die den „Ring“ querende Straße erhält den Namen **Ernst-Klische-Straße**.

Der dem „Ring“ angeschlossene Straßenbogen erhält den Namen **Otto-Jaritz-Straße**.

Sach- und Rechtslage:**Auszug aus dem Protokoll des Ausschusses f. Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 22.11.2004:**

Frau Kley empfiehlt, den Vorschlag Propst-Jaritz-Straße in Otto-Jaritz-Straße umzubenennen, um eine einheitliche Regelung mit Vor- und Zunamen für dieses Baugebiet zu finden. Im übrigen sollte grundsätzlich unter dem jeweiligen Straßennamenschild eine kurze Erläuterung über die Person angebracht werden.

Herr Skirde macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der Harry-Wilters-Straße um eine ringförmig angelegte Straße handelt, so dass es durchaus sinnvoll ist, hier den Namen Harry-Wilters-Ring zu vergeben.

Frau Weber erkundigt sich, ob die vorhandenen Poller am Wiesenrand entfernt werden, um eine Durchfahrt zum neuen Baugebiet zu ermöglichen.

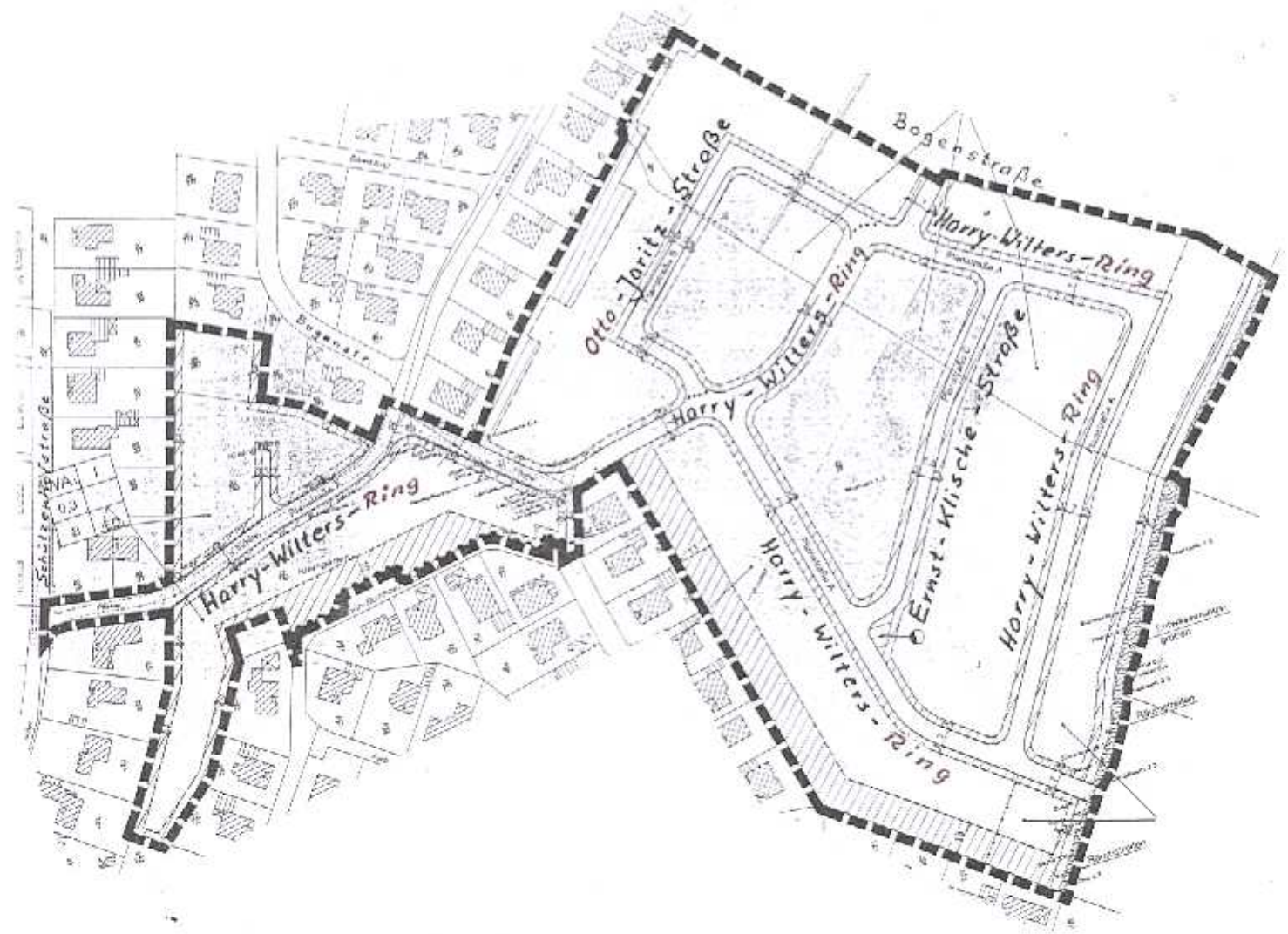
Bürgermeister Decker gibt zu verstehen, dass bereits bei den ersten Planungen besprochen worden ist, dass die Poller am Wiesenrand stehen bleiben. Somit kann gewährleistet werden, dass der Verkehr sinnvoll gelenkt wird und die Belastung durch den Anliegerverkehr gleichmäßig verteilt wird.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. Lageplan



B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/289A

freigegeben am 23.11.2004

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Schmidt, Hans-Jürgen

Datum: 23.11.2004

Straßennamen für die Bauleitplanung Nr. 63 E-Hohe Brink

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussempfehlung des Ausschusses f. Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 22.11.2004:

1. Die ab Butjadinger Straße (K143) ringartig angelegte Straße, sowie die davon nach außen abzweigenden Straßen erhalten den Namen **Hans-Hoffhenke-Ring**.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die verbindende Querstraße einen passenden Namen vorzuschlagen.

Sach- und Rechtslage:

Auszug aus dem Protokoll des Ausschusses f. Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 22.11.2004:

Herr Duddeck weist darauf hin, dass analog zur Beschlussfassung bezüglich der Straßenbenennung im Baugebiet „Im Göhlen III“, der Name für die ringförmig angelegte Straße im Neubaugebiet „Hohe Brink“ ebenfalls angepasst werden sollte. Er unterbereitet dem Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen den Vorschlag, für die ringartig angelegte Straße den Namen Hans-Hoffhenke-Ring zu vergeben.

Herr Zörgiebel und Herr Skirde ergänzen, dass für den Fall, dass die ringförmig angelegte Straße den Namen Hans-Hoffhenke-Ring erhält, für die verbindende Querstraße noch ein passender Name gefunden werden muss, um mögliche Irritationen zu vermeiden. Ein entsprechender Vorschlag sollte seitens der Verwaltung für die Ausschusssitzung am 6. Dezember 2004 vorbereitet werden.

Herr Ammermann macht darauf aufmerksam, dass eine entsprechende Vorlage aufgrund der Ladungsfrist nicht rechtzeitig erstellt werden kann. Die Vorlage müsste in diesem Fall nachgereicht beziehungsweise als Tischvorlage vorbereitet werden.

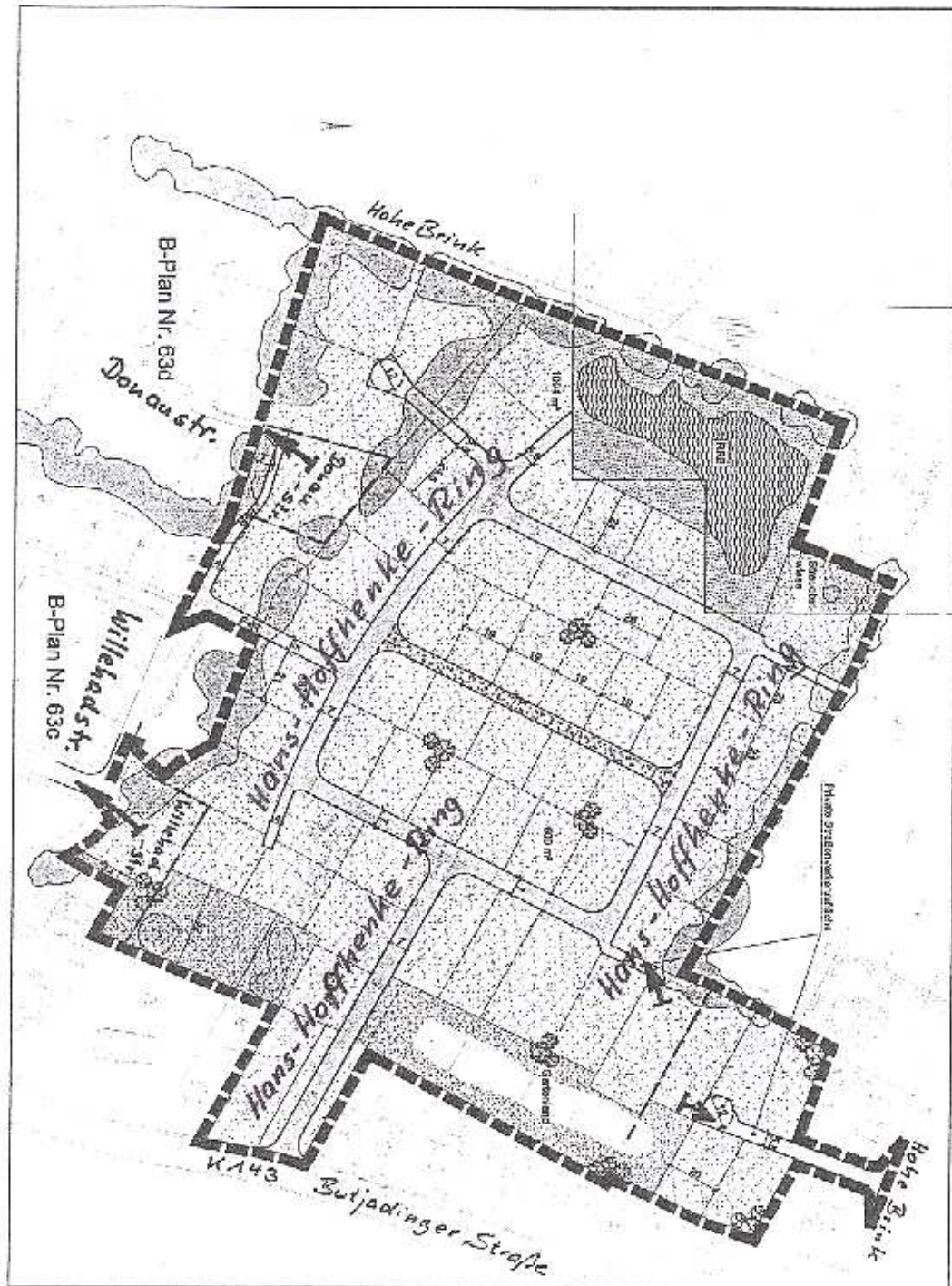
Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. Lageplan

Anlage 1
zur Vorlage 2004/289 A



B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/354

freigegeben am 24.11.2004

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Schmidt

Datum: 24.11.2004

Straßenname für die Querstraße im BBPL. Nr. 63 E - Hohe Brink

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.12.2004	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.12.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Die den Hans-Hoffhenke-Ring verbindende Querstraße erhält den Namen **Cornelius-Schmidt-Straße**.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 22.11.2004 ist ein zu Hans Hoffhenke passender Name vorzuschlagen.

Für die Querstraße in Wahnbek haben zwischenzeitlich sowohl Frau Pauly als auch Frau Reiners den Vorschlag unterbreitet, die Straße nach Dr. Heinrich Munderloh zu benennen. Dr. Munderloh war Oldenburger Heimatforscher und hat die Chronik für das alte Etzhorn (Wahnbek) und Loy verfasst. Außerdem hat Munderloh auch mit Hans Hoffhenke auf diesem Gebiet zusammengearbeitet.

Denkbar ist wegen des Bezugs zum Ort Wahnbek auch die Benennung Cornelius-Schmidt-Straße.

Herr Schmidt war von 1972 – 1976 Bürgermeister der Gemeinde und von 1968 bis 1978 Mitglied des Rates. Er war neben seiner Mitgliedschaft im Verwaltungsausschuß von 1976 - 1978 Vorsitzender des Wirtschafts- und Agrarausschusses . Er war von 1964 bis 1978 Kreistagsabgeordneter und ab 1972 stellvertretender Landrat sowie ab 1976 zweiter stellvertretender Landrat.

Die Intention der Überlegung zu einer veränderten Namensgebung bestand darin, verdiente Bürger der Gemeinde in ihrer Leistung zu würdigen. Neben der Leistung für die Gemeinschaft war es aber durchaus Konsens, das Bürgermerkmal in gleicher Weise zu berücksichtigen.

Aus diesem Grunde schlägt die Verwaltung **Cornelius Schmidt** vor, denn Herr Munderloh war ungeachtet seiner Leistung zu keiner Zeit Bürger der Gemeinde. Auch die Frage des Bekanntheitsgrades ist relativ zu sehen. Für den jüngeren Teil der Bevölkerung dürften beide Personen eher unbekannt sein.

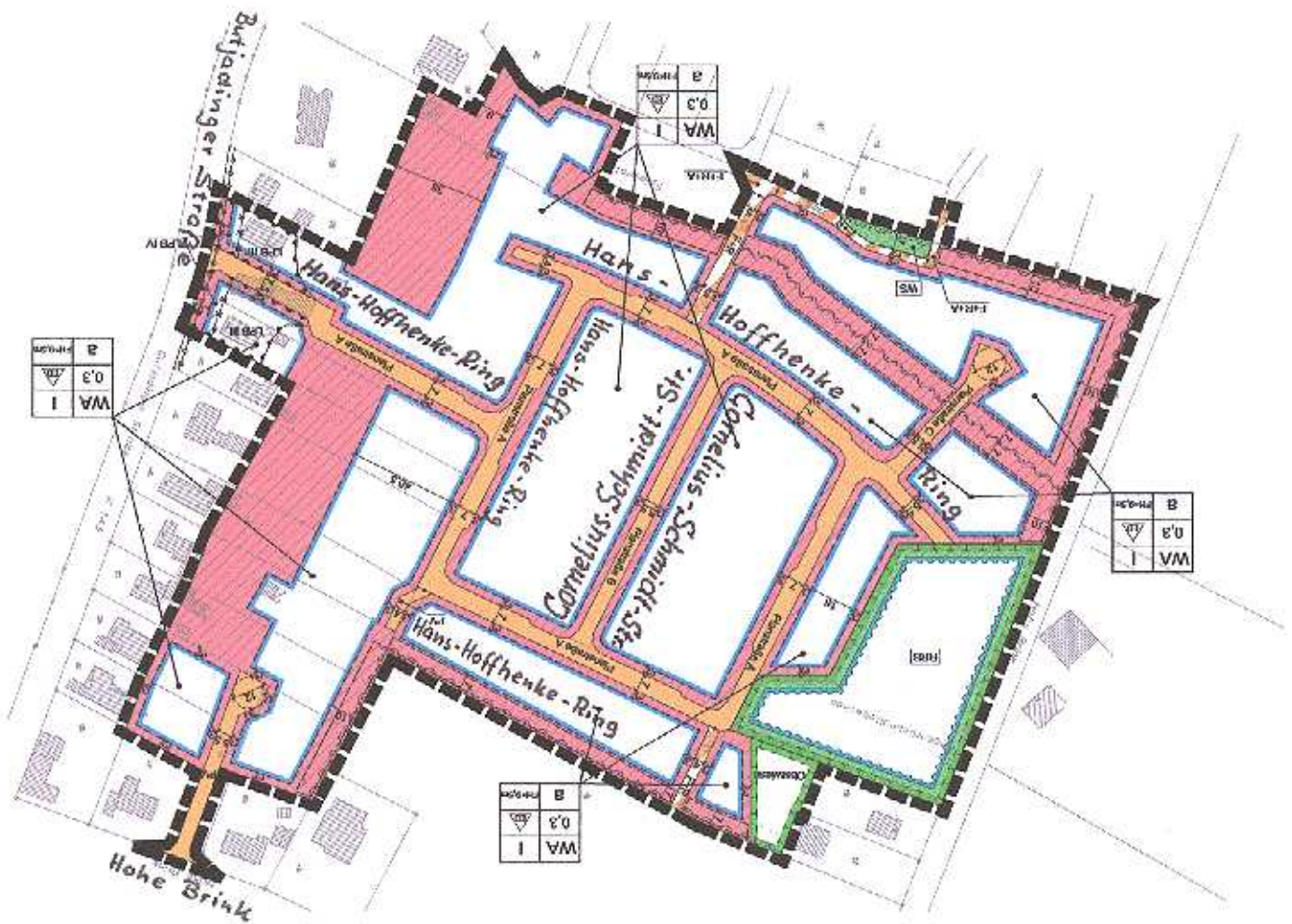
Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. Lageplan

Anlage
zur Vorlage 2004/354



B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/297

freigegeben am 21.10.2004

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Schmidt

Datum: 21.10.2004

Straßenbenennung im Gewerbegebiet Schafjückenweg

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	22.11.2004	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Die vom Schafjückenweg abzweigende Erschließungsstraße (Sackgasse) erhält den Namen **Handelshof**.

Sach- und Rechtslage:

Für die Zuordnung der Gewerbeansiedlung VIEROL u. a. ist die Benennung dieses Teils der Erschließungsanlage erforderlich.

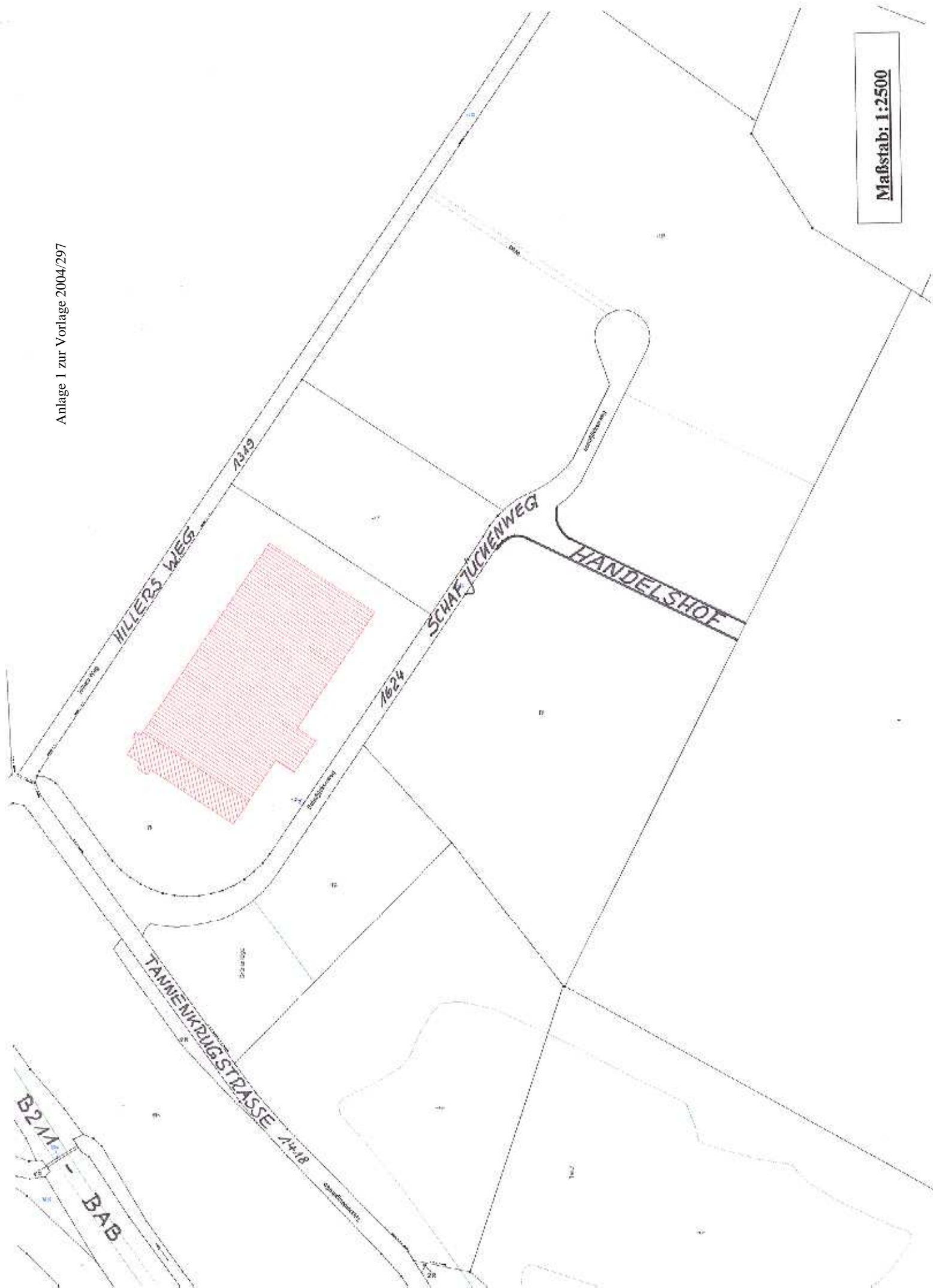
Alle in diesem Gebiet angesiedelten Betrieb bzw. zukünftig angesiedelten Betriebe treiben Handel. Aus diesem Grunde bietet sich an eine Straßenbenennung zu wählen, die diesem Gewerbebezweig Rechnung trägt.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. Lageplan



B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/322

freigegeben am 01.11.2004

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann

Datum: 01.11.2004

optimierter Regiebetrieb Bauhof, Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.11.2004	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005 für den optimierten Regiebetrieb Bauhof Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Am 10.12.2001 hat der Rat der Gemeinde Rastede beschlossen, dass der Bauhof spätestens ab dem 01.01.2003 in einen optimierten Regiebetrieb umzuwandeln ist.

Bei der Erlösplanung für das Wirtschaftsjahr 2005 wurde auf der Grundlage eines unveränderten Stundenlohnes von 37,50 € und 1.600 produktiven Stunden/je Mitarbeiter im Bereich der Hauptkostenstellen davon ausgegangen, dass sich die Auftragsabwicklung an den Zwischenergebnissen aus 2004 orientiert. Die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorgenommenen Änderungen sind in die Erlösplanung eingestellt worden.

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005 wird im Erfolgsplan
in der Einnahme auf 1.140.700,- €
in der Ausgabe auf 1.140.700,- €

und im

Vermögensplan
in der Einnahme auf 215.400,- €
in der Ausgabe auf 215.400,- €

festgesetzt.

Kreditaufnahmen werden in Höhe von 75.400,- € veranschlagt.
Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

Nachstehend sind einige Erläuterungen zu den Änderungen gegenüber dem Wirtschaftsplan 2004 dargestellt.

- Im Erfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2005 sind die Umsatzerlöse um 27.500,- € niedriger angesetzt wegen des Wegfalls einer produktiven Stelle.
- Bei den Reparaturen von Kfz wurde der Ansatz um 7.000,- € reduziert, da veraltete Fahrzeuge zum Teil abgestoßen wurden und ein Fahrzeug nicht ersetzt wurde.
- Bei Reparaturen, Unterhaltung Gerät ist ein erhöhter Ansatz um 6.000,- € veranschlagt worden, und damit dem tatsächlichen Bedarf angepasst worden.
- Bei den Fremdleistungen ergibt sich eine Erhöhung von 100,- € auf 6.500,- €. Hier handelt es sich um eine geänderte Art der Veranschlagung. Bei den Fremdleistungen sind ab 2005 auch die Anmietung und die Entleerung der Abfallcontainer mit enthalten, sowie ebenfalls der Einsatz von Fremdfahrzeugen. Aus diesem Grunde wurde bei Fremdfahrzeugen der Ansatz um 3.500,- € reduziert.
- Bei Löhnen und Gehältern, sowie bei soziale Abgaben ergibt sich ein Minus von 29.700,- € gegenüber dem Vorjahr, da eine Stelle nicht wieder besetzt wurde.
- Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurde bei Strom und Wasser der Ansatz um 2.600,- € geringer angesetzt, da durch die neue Heizung und durch die bereits bekannte Abrechnungen dieser Ansatz zu hoch gegriffen war.
- Beim Bürobedarf wurde ein Mehr von 1.600,- € veranschlagt und bei der Fortbildung ein Minus von 5.100,- €. Es handelt sich hierbei weder um eine inhaltliche Erhöhung bzw. Verringerung gegenüber dem Vorjahr, sondern hier wurden die Werte dem Bedarf angepasst.

Bei der Erlösplanung wurden die Ansätze des Haushaltsplanes 2005 berücksichtigt. Zusätzlich wurde die Kosten für die Reinigung der Wertstoffsammelstellen mit 3.100,- € sowie die Aufwendungen für den Turnierplatz für die Residenzort GmbH berücksichtigt.

Bei den Investitionen für 2005 sind folgende Anschaffungen vorgesehen:

- Lkw, Baujahr 1990, 300.000 km
- Transporter, Baujahr 1991, 160.000 km
- Radlader, Baujahr 1988, 9.800 Betriebsstunden
- Tiefenlockerer (bisher angemietet). Die Anmietung hat jedoch vermehrt zu Problemen geführt, da die Geräte unmittelbar nach den Veranstaltungen eingesetzt werden müssen und die Geräte nicht immer zur Verfügung standen.
- Besonders als Ersatz für das alte Salzstreugerät für die Herrichtung von Sandwegen.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sachverhalt

Anlagen:

1. Wirtschaftsplan 2005

**Optimierter Regiebetrieb
Bauhof**

der Gemeinde Rastede

**Wirtschaftsplan
für das Wirtschaftsjahr 2005**

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftsplan 2005

	Seite
1. Ratsbeschluss	2
2. Titel	3
3. Erfolgsplan 2005	4 - 5
4. Vermögensplan 2005	6
5. Stellenübersicht 2005	7
6. Erlösplanung 2005	8 - 9
7. Darlehen 2005	10
8. Anlagen	
a) Finanzplan	11 - 12
b) Investitionsplan	13
c) Investitionen 2005	14
d) Anlage Darlehen	15
e) Av Neu	16
f) AfA Bauhof	17 - 19
g) AfA Straßenreinigung 2005	20
h) AfA Bauhof gesamt 2005	21

Ratsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede hat in seiner nicht öffentlichen Sitzung vom 10.12.2001, TOP 4, aus der Vorlage 2001 / 226, beschlossen, das der Bauhof spätestens ab dem 1.01.2003 in einen optimierten Regiebetrieb umzuwandeln ist.

**Wirtschaftsplan
des
Optimierten Regiebetriebes des Bauhofes der Gemeinde Rastede
für das Wirtschaftsjahr 2005**

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005 wird im

Erfolgsplan

in der Einnahme auf 1.140.700 €

in der Ausgabe auf 1.140.700 €

und im

Vermögensplan

in der Einnahme auf 215.400 €

in der Ausgabe auf 215.400 €

festgesetzt.

Kreditaufnahmen werden in Höhe von 75.400 € veranschlagt.

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

Rastede, den

Bürgermeister

Bauhofleitung

Erfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2005

Erträge	Ansatz 2004		Ansatz 2005	
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		1.168.200		1.140.700
2. Sonstige betriebliche Erträge Übrige				
3. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe (RHB) Hilfs- und Betriebsstoffe für Fahrzeuge Hilfs- und Betriebsstoffe für Geräte Hilfs- und Betriebsstoffe Sonstiges Bestandsveränderung Hilfs- und Betriebsst. Arbeitskleidung	35.000 150.000 3.000	188.000	37.000 128.000 3.000	168.000
4. Aufwendungen für bezogene Leistungen KfZ-Reparaturen Instandhaltung betriebl. Räume Reinigung Sonstige KfZ-Kosten Reparatur u. Unterhaltung von Geräten Fremdleistungen Grundstücksaufwendungen Fremdfahrzeuge	69.000 5.000 4.500 6.000 100 3.000 10.000	97.600	62.000 3.000 6.000 12.000 6.500 3.000 6.500	99.000
5. Personalaufwand Löhne und Gehälter Soziale Abgaben Aufwendungen für Altersversorgung	522.000 106.700 45.000	673.700	500.000 99.000 45.000	644.000
6. Abschreibungen Abschreibungen auf Sachanlagen	97.800	97.800	125.000	125.000
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen Periodenfremde Aufwendungen Sonstiger Betriebsaufwand Sitzungsgelder Gas, Strom, Wasser Versicherungen	15.000 0 11.600 200		15.000 9.000 200	

Erfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2005

Erträge	Ansatz 2004		Ansatz 2005	
	€	€	€	€
Beiträge	100		100	
Sonstige Abgaben				
KfZ-Versicherungen	11.000		9.400	
Werbekosten				
Bewirtungskosten				
Reisekosten	600		600	
Sonstige Reparaturen u. Instandhaltungen	3.000		3.500	
Unterlassene Instandhaltung				
Erstattung von Verwaltungskosten	25.000		20.000	
Telefon	1.400		1.400	
Mobiltelefon	500		300	
Bürobedarf	1.000		2.600	
Zeitschriften, Bücher	100		100	
Fortbildungskosten	6.000		900	
Abschluss- und Prüfungskosten	3.000		6.000	
Mieten für Einrichtungen				
Aufwendungen für Abraum- u. Abfall- beseitigung	6.000		8.000	
Kosten des Geldverkehrs				
Betriebsbedarf				
Werkzeuge und Kleingeräte	7.000	91.500	7.500	84.600
8. Zinsen und ähnliche Erträge				
Zinserträge	0	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
Zinsaufwendungen Trägerdarlehn	19.600	19.600		20.100
Zinsaufwendungen				
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit				
11. Sonstige Steuern				
Summe aller Erträge		1.168.200		1.140.700
Summe aller Aufwendungen		1.168.200		1.140.700
Jahresgewinn		0		0

Vermögensplan für das Wirtschaftsjahr 2005

	Einnahmen	Planansatz	Planansatz	Planansatz
Nr.	Bezeichnung	2003	2004	2005
1	2	3	4	4
1	Zuweisungen der Gemeinde	0	0	0
2	Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	0	0	0
3	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
4	Rückflüsse aus Darlehen	0	0	0
5	Zuschüsse Nutzungsberechtigter	0	0	0
6	Abschreibungen	95.629	97.800	124.000
7	Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	3.000	3.000	16.000
8	Aufnahme von Krediten	62.509	37.000	75.400
9	Sonstige Einnahmen	0	0	0
	Summe Einnahmen	161.138	137.800	215.400

Abgang LKW, Radlader, Transporter

	Ausgaben	Planansatz	Planansatz	Planansatz
Nr.	Bezeichnung	2003	2004	2005
1	2	3	4	4
1	Rückzahlung von Eigenkapital	0	0	0
2	Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	0	0	0
3	Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
4	Gewährung von Darlehen	0	0	0
5	Auflösung von Zuschüssen Nutzungsberechtigter	0	0	0
6.1	Investitionen - Neuanschaffung bewegliches Vermögen	151.000	128.000	205.000
6.2	Investitionen - Bauliche Veränderungen	0	0	0
7.1	Tilgung von Trägerdarlehn	0	0	0
7.2	Tilgung von Krediten	10.138	9.800	10.400
8	Sonstige Ausgaben	0	0	0
	Summe Ausgaben	161.138	137.800	215.400

Stellenübersicht gem. § 14 EigBetrVO Nds für das Wirtschaftsjahr 2005

Angestellte

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Verg. gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2005	Zahl der Stellen im Vorjahr		
				insgesamt	tatsächl. besetzt	nicht besetzt
1	Bauhofleitung	V B	1	1	1	0
2	Verwaltungsangestellte(r)	VII	1	1	1	0
	Insgesamt Angestellte		2	2	2	0

Arbeiter

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Lohn- gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2005	Zahl der Stellen im Vorjahr		
				insgesamt	tatsächl. besetzt	nicht besetzt
2	Mitarbeiter(innen) des Bauhofs	5 a BMT-G	5	5	5	0
3	Mitarbeiter(innen) des Bauhofs	5 BMT-G II	2	2	2	0
4	Mitarbeiter(innen) des Bauhofs	4 a BMT-G	2	2	2	0
5	Mitarbeiter(innen) des Bauhofs	4 BMT-G II	3	3	3	0
	Insgesamt Arbeiter:		12	12	12	0

In der Zeit vom 1.10.2003 bis 31.03.2006 läuft die Arbeitsphase für Herrn Wilfried Decker, die Ruhephase vom 1.04.2006 bis 20.09.2008

	Erlösplanung			
	für das Wirtschaftsjahr 2005			
		2004	2005	
Budget	Bauhofsleistungen 2002	€		
		Dauerauftrag		
11010	Allgemeines Ordnungsrecht	17.600,00	26.200,00	Fundfahräder 2100,- EUR, Ehrenfriedhöfe 3.000,- EUR, Verteilung Müllsäcke 4.000,- EUR, VWG 1000,- Maßnahmen nach dem NGefAG 2.000,- EUR, Umweltschutz 1.000,- EUR, Wertstoffsammelstellen 13.100€
11011	Allgemeines Ordnungsrecht, Recyclinghof	0,00	200,00	diverses
11020	Feuerwehr Rastede	0,00	0,00	
11021	Feuerwehr Südbäke	0,00	0,00	
11022	Feuerwehr Loy	0,00	300,00	Strauchabfuhr
11023	Feuerwehr Neusüdende	0,00	0,00	
11024	Feuerwehr Hahn Lehmden	1.100,00	1.100,00	Rasenmähd
11025	Feuerwehr Ipwegermoor	0,00	0,00	
11026	Feuerwehr Wahnbek- Ipwege	0,00	0,00	
11027	Feuerwehr Löschteiche	0,00	0,00	
11040	Märkte	11.600,00	14.000,00	Wochenmarkt, Rasenarbeiten, Abfallbeseitigung, Brunnen 6000,- EUR; Ellernfest 8.000,- EUR
21010	allg. Schulangelegenheiten	18.100,00	17.500,00	Mähd, Reinigung, Abfallbeseitigung und baul. Unterhaltung der Buswartehäuser 14.000,- EUR
21020	Grundschule Kleibrok	3.400,00	3.000,00	Rasenmähd
21030	Grundschule Hahn- Lehmden	1.800,00	1.500,00	Rasenmähd
21040	Grundschule Wahnbek- Ipwege	1.500,00	2.600,00	Rasenmähd
21050	Grundschule Loy	1.300,00	1.000,00	Rasenmähd
21060	Grundschule Leuchtenburg	2.900,00	1.500,00	Rasenmähd
21070	Grundschule Feldbreite	5.400,00	7.500,00	Baumschnitt 3.500,- EUR, Rasenmähd 4.000,- EUR
22010	Sonderschule Am Voßbarg	2.000,00	1.500,00	Rasenmähd
23010	KGS Wilhelmstraße	1.100,00	1.800,00	diverses
23020	KGS Feldbreite	2.800,00	1.500,00	Rasenmähd
24010	Jugendpflege ohne Villa Hartmann	0,00	0,00	
24020	Jugendpflege Villa Hartmann	0,00	0,00	
31010	Palais	0,00	1.000,00	Shakespeare- Veranstaltung
31030	Veranstaltungen, sonstige	900,00	2.000,00	Wechseln der Infotafeln, baul. Unterhaltung
31031	Veranstaltung Volkslauf	0,00	0,00	
31032	Veranstaltung Mittelalterliches Spectaculum	1.800,00	900,00	Auf- Abbau, Platzherstellung
31033	Veranstaltung Oldenburger Renntag	900,00	1.000,00	Auf- Abbau, Platzherstellung
31034	Veranstaltung Modellflugtag	0,00	0,00	
31035	Veranstaltung Stutenschau	650,00	800,00	Auf- Abbau, Platzherstellung
31036	Veranstaltung Ammerländer Renntag	4.500,00	2.500,00	Auf- Abbau, Platzherstellung
31037	Veranstaltung Musiktage	6.500,00	5.000,00	Auf- Abbau, Platzherstellung
31038	Veranstaltung Landesturnier	28.500,00	22.000,00	Auf- Abbau, Platzherstellung
31039	Veranstaltung Grasbahnrennen	8.500,00	8.500,00	Auf- Abbau, Platzherstellung
31040	Veranstaltung Hovawartausstellung	250,00	300,00	Wasserversorgung
32000	Bücherei	0,00	0,00	
33001	DGH- Nethen	5.100,00	3.500,00	Rasenmähd
33002	DGH- Bekhausen	0,00	0,00	
33003	DGH- Mühlenhof	0,00	0,00	
34000	Kreisvolkshochschule, ehem. Feuerwehr	2.000,00	2.000,00	Rasenmähd
45010	Kindergarten Mühlenstraße	500,00	500,00	diverses
45020	Kindergarten Voßbarg	800,00	800,00	Sandaustausch, Rasenmähd
45030	Kindergarten Neusüdende	1.800,00	1.000,00	Sandaustausch, laubbeseitigung
45040	Kindergarten Loy	3.300,00	1.500,00	Rasenmähd
45050	Kindergarten Marienstraße	800,00	0,00	
45060	Kindertagesstätte Kinderspielkreis Nord	800,00	800,00	Sandaustausch
45070	Kindertagesstätte Kinderspielkreis Delfshausen	3.200,00	6.000,00	Baumschnitt 3000,- EUR, Rasenmähd 2.500,- EUR, Sandaustausch 500,- EUR
48010	Einrichtung für Wohnungslose Tannenkrugstr. 41,43,45	3.900,00	3.900,00	Rasenmähd
48020	Einrichtung für Aussiedler Tannenkrugstr. 47	800,00	400,00	Rasenmähd
51010	Freibad Rastede	14.100,00	15.000,00	Grundreinigung 6.500,- EUR, Unterhaltung Rasen 5.000,- EUR, Baumschnitt 3.500,- EUR
51020	Freibad Hahn	0,00	0,00	
51030	Hallenbad	1.300,00	1.700,00	diverses
51040	Badeanstalt Nethen	6.500,00	4.500,00	Parkplatzunterhaltung, Abfallbeseitigung
52010	Sportplatz Mühlenstraße	12.000,00	17.000,00	Unterhaltung Rasenfläche 10.500,- EUR, Wildkrautbekämpf. 3.000,- EUR, Strauchschnitt 2.000,- divers 1.500,- EUR
52020	Sportplatz Kleibrok	11.500,00	11.500,00	Unterhaltung Rasenfläche 10.500,- EUR, divers 1.000,- EUR
52030	Sportplatz Loy	8.500,00	11.000,00	Unterhaltung Rasenfläche 10.000,- EUR, divers 1.000,- EUR
52040	Sportplatz Loy Ersatzplatz	3.400,00	2.500,00	Rasenmähd
52050	Sportplatz Rennplatz	7.500,00	7.000,00	Unterhaltung Rasenfläche 6.500,- EUR, divers 500,- EUR
52060	Sportplatz Lehmden	11.000,00	15.000,00	Unterhaltung Rasenfläche 10.500,- EUR, Wildkrautbekämpf. 3.000,- EUR, divers 1.500,- EUR
52070	Sportplatz Nethen	11.000,00	10.000,00	Unterhaltung Rasenfläche 9.000,- EUR, divers 1000,- EUR
52080	Sportplatz Wahnbek oben	14.000,00	14.000,00	Unterhaltung Rasenfläche 9.500,- EUR, Wildkrautbekämpf. 3.000,- EUR, divers 1.500,- EUR
52090	Sportplatz Wahnbek unten	8.000,00	9.000,00	Unterhaltung Rasenfläche 8.500,- EUR, divers 500,- EUR
52100	Sportplatz Schillerstraße	0,00	0,00	

52110	Sportplatz Neusüdende	4.000,00	4.000,00	Rasenmähd
53010	Sporthalle Kleibrok	0,00	0,00	
53020	Sporthalle Hahn- Lehmden	0,00	0,00	
53030	Sporthalle Wahnbeke	3.100,00	0,00	
53040	Sportraum Loy	0,00	0,00	
53050	Turnhalle Feldbreite	0,00	0,00	
53060	Mehrzweckhalle Feldbreite	0,00	0,00	
53070	Turnhalle Wilhelmstraße	0,00	0,00	
54010	Schützenverein Nethen	1.000,00	1.500,00	Rasenmähd
54020	Schützenverein Hahn- Lehmden	2.900,00	2.000,00	Rasenmähd
54030	Schützenverein Rastede	1.850,00	1.500,00	Rasenmähd
54040	Schützenverein Leuchtenburg	1.250,00	1.500,00	Rasenmähd
54050	Schützenverein Delfshausen	0,00	0,00	
54060	Schützenverein Neusüdende	0,00	0,00	
61010	Straßen	659.200,00	644.300,00	Winterdienst 67.500,- EUR, Lichttraumprofil 100.000,- EUR, Bermenmähd 40.000,- EUR, Grabenunterhaltung 30.000,- EUR, Sand / Schlackenwege 50.000,- EUR, Schwarzdeckenunterhaltung 179.400,- EUR, Pflasterdeckenunterhaltung 130.000,- EUR, Abfallbeseitigung 30.000,- EUR, Grünflächenunterhaltung 40.000,- EUR
61011	Genossenschaftswege	0,00	500,00	Beladung ohne Material
61012	Straßenbeleuchtung	200,00	200,00	Transport Lampenmasten, Materialannahme
61020	Straßenreinigung	2.900,00	2.000,00	Radwegreinigung
62010	Parkanlage Schloßpark	50.000,00	50.000,00	Wegeunterhaltung 15.000,- EUR, Durchlassreinigung 5.000,- EUR, Abfallbeseitigung 10.000,- EUR, Laubbeseitigung 7.000,- EUR, Beseitigung Sturmschäden 13.000,- EUR
62011	Parkanlage Stratjebusch	0,00	0,00	
62012	Parkanlage Horstbusch	7.000,00	1.300,00	Abfallbeseitigung 300,- EUR, Laubbeseitigung 1.000,- EUR, Abfallbeseitigung 200,- EUR, Laubbeseitigung 1.200,- EUR, Wegeunterhaltung 1.700,- EUR
62013	Parkanlage Hagendorffsbusch	2.500,00	3.100,00	Wegeunterhaltung 1.700,- EUR
62014	Parkanlage Kögel-Willms- Busch	2.500,00	2.000,00	Abfallbeseitigung 300,- EUR, Laubbeseitigung 1.700,- EUR
62015	Parkanlage Palaisgarten	0,00	0,00	
62016	Parkanlage Kögel- Willms- Platz	10.000,00	8.000,00	Unterhaltung Rasenfläche 6.000,- EUR, Wechselblumenbepflanzung 1.200,- Wegeunterhaltung 800,- EUR
62017	Parkanlage Turnierplatz	57.400,00	67.000,00	Zaunarbeiten 5000,- EUR, Abfallbeseitigung 5.000,- EUR, Gehölzschnitt 5.000,- EUR, Wegeunterhaltung 2.500,- EUR
62020	Plätze	10.200,00	16.000,00	Rasenflächenunterhaltung 45.000,- EUR, diverses 4.500,- EUR, Reinigung und Abfallbeseitigung 5.000,- EUR, Rasenmähd 9.000,- EUR, diverses 2.000,- EUR
62030	Kinderspielplätze	55.800,00	45.000,00	Abfallbeseitigung 8.000,- EUR, Mähd 15.000,- EUR, Sandaustausch 5.000,- EUR, Kontrolle 5.000,- EUR, diverses 5.000,- EUR, Baum / Strauchschnitt 6.000,- EUR
71000	Schmutzwasser	1.000,00	1.000,00	Spülarbeiten
71001	Schmutzwasser Pumpstationen	0,00	0,00	
71002	Kläranlagen	0,00	500,00	diverses
72000	Regenwasser	9.500,00	5.000,00	Reinigung RW- Einläufe
72001	Regenwasserrückhaltebecken	7.900,00	6.000,00	Mähd, Reinigung
73000	Toiletten	500,00	500,00	
85000	Liegenschaften	3.500,00	10.000,00	Mähd der Bauplätze, Abfallbeseitigung
86000	Bauhof	0,00	0,00	
87000	Kommunalmarketing	0,00	0,00	
87010	Tourismus	0,00	0,00	
88000	Rathaus	9.200,00	3.000,00	Mähd
88001	Wahlen	9.900,00	1.000,00	Rep. Wahltafeln
00000	sonstiges	0,00	0,00	
	Erlös Dauerauftrag	1.168.200,00	1.140.700,00	
	Erlös Einzelauftrag			
	Gesamterlös	1.168.200,00	1.140.700,00	

**Nettoregiebetrieb Bauhof
der Gemeinde Rastede**

Zins- und Tilgungsplan Neuschulden 2005

Durchschnittlicher Zinssatz: 5,500%
Durchschnittliche Tilgungsrate: 2,000%
Ursprungshöhe: 75.400,00
Aufnahmedatum: 01.03.2005
Annuität: 5.655,00

Jahr	Stand 01.01	Zinsen	Tilgung	Stand 31.12.
2005	75.400,00	2.073,50	754,00	74.646,00
2006	74.646,00	4.105,53	1.549,47	73.096,53
2007	73.096,53	4.020,31	1.634,69	71.461,84
2008	71.461,84	3.930,40	1.724,60	69.737,24
2009	69.737,24	3.835,55	1.819,45	67.917,79
2010	67.917,79	3.735,48	1.919,52	65.998,27
2011	65.998,27	3.629,90	2.025,10	63.973,17
2012	63.973,17	3.518,52	2.136,48	61.836,70
2013	61.836,70	3.401,02	2.253,98	59.582,71

Finanzplan für das Wirtschaftsjahr 2005 Einnahmen und Ausgaben

	Einnahmen	Planansatz	Planansatz	Planansatz
Nr.	Bezeichnung	2003	2004	2005
1	2	4	5	6
		€	€	€
1	Zuweisungen der Gemeinde	0	0	0
2	Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	0	0	0
3	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
4	Rückflüsse aus Darlehen	0	0	0
5	Zuschüsse Nutzungsberechtigter	0	0	0
6	Abschreibungen	95.629	97.800	124.000
7	Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	3.000	3.000	16.000
8	Kreditaufnahmen	62.509	37.000	75.400
9	Sonstige Einnahmen (Jahresgewinn)	0	0	0
	Summe Einnahmen	161.138	137.800	215.400

	Ausgaben	Planansatz	Planansatz	Planansatz
Nr.	Bezeichnung	€	€	€
1	2	4	5	6
1	Rückzahlung von Eigenkapital	0	0	0
2	Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	0	0	0
3	Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
4	Gewährung von Darlehen	0	0	0
5	Auflösung von Zuschüssen Nutzungsberechtigter	0	0	0
6.1	Investitionen - Neuanschaffung bewegliches Vermögen	151.000	128.000	205.000
6.2	Investitionen - Bauliche Veränderungen			
7.1	Tilgung von Trägerdarlehen	10.138	9.800	10.400
7.2	Tilgung von Krediten	0	0	0
8	Sonstige Ausgaben	0	0	0
	Summe Ausgaben	161.138	137.800	215.400

Finanzplan für das Wirtschaftsjahr 2005 **Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung** **des Haushaltes der Gemeinde Rastede auswirken**

	Einnahmen	Planansatz	Planansatz	Planansatz
Nr.	Bezeichnung	2003	2004	2005
1	2	4	5	5
1	Zuweisungen der Gemeinde			
1.1	- Umsatzerlöse	1.179.930	1.168.200	1.140.700
1.2	- zur Eigenkapitalaufstockung	0	0	0
1.3	- zum Verlustausgleich	0	0	0
2	Darlehen der Gemeinde	0	0	0
	Summe Einnahmen	1.179.930	1.168.200	1.140.700

	Ausgaben	Planansatz	Planansatz	Planansatz
Nr.	Bezeichnung	€	€	€
1	2	4	5	6
1	Ablieferungen an die Gemeinde			
1.1	- von Überschüssen	0	0	0
1.2	- von Verwaltungskostenbeiträgen	25.000	25.000	20.000
1.3	- bei Eigenkapitalentnahmen	0	0	0
2	Tilgung von Trägerdarlehen	10.138	9.800	10.400
	Summe Ausgaben	35.138	34.800	30.400

Anlage zum Wirtschaftsplan 2005

Aufstellung über das Investitionsprogramm des Bauhofes der Gemeinde Rastede

Lfd. Nr.	Bezeichnung	2002 €	2003 €	2004 €	2005 €
1	Grundstückseinrichtungen	0			
1.1					
1.2	Lagerplatzeinrichtung/ baul. Unterhaltung	0,00	0,00	2.000,00	0,00
	Bau einer Streusalzhalle	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Betriebs- und Geschäftsausstattung				
2.1					
2.2	Neuanschaffung Brennwertkessel	7.799,81	0,00	0,00	0,00
	Kleingeräte	2.985,20	6.000,00	6.000,00	6000,00
3	Sonstige Fahrzeuge				
3.1					
3.2	Großflächenmäher	58.209,62	0,00	0,00	0,00
3.3	Traktor New Holland	41.932,00	0,00	0,00	0,00
3.4	Salzstreugerät	6.844,00	0,00	0,00	0,00
3.5	Unimog U 1600	96.506,69	0,00	0,00	0,00
3.6	VW- LT mit Baggerkorb	49.735,80	0,00	0,00	0,00
3.7	Kehrmaschine Bema	2.445,28	0,00	0,00	0,00
3.8	Gras- Laubsauger	6.535,95	0,00	0,00	0,00
3.9	Stella Schlegelmulcher	2.375,92	0,00	0,00	0,00
3.10	Stella Mulchmäher	1.171,76	0,00	0,00	0,00
3.11	Stella Rasenmäher	1.187,96	0,00	0,00	0,00
3.12	Stella Rasenmäher	1.128,56	0,00	0,00	0,00
3.13	Schlegelmäher	559,47	0,00	0,00	0,00
3.14	Trilo Saugwagen	28.826,00	0,00	0,00	0,00
3.15	Dücker Schlegelmäher	26.714,80	0,00	0,00	0,00
3.16	Schneeräumschild	3326,88	0,00	0,00	0,00
3.17	Zusatzgeräte für WST- BJ 303	2089,94	0,00	0,00	0,00
3.18	Bandscheibensitz für WST- MX 978	1213,36	0,00	0,00	0,00
3.19	Fendt- Geräteträger	0	0,00	120.000,00	0,00
3.20	Transporter	0	15.000,00	0,00	0,00
3.21	Rasenbaumaschine	0	0,00	0,00	0,00
3.22	Schlegelmäher	0	5.000,00	0,00	0,00
3.23	Kauf eines Tiefenlockeres				12.000,00
	Kauf eines Besanders				10.000,00
4	Lastkraftwagen				
4.1					
4.2	LKW-mit Kran	0,00	0,00	0,00	125.000
4.3	Kauf eines Transporters				12.000
	Kauf eines Radladers				40.000
Summe aller Investitionen		341.589,00	26.000,00	128.000,00	205.000,00

Anlage zum Wirtschaftsplan 2005

Aufstellung über das Investitionsprogramm des Bauhofes der Gemeinde Rastede

Lfd. Nr.	Bezeichnung	2005 €	Beschreibung
1	Grundstückseinrichtungen	2.000,00	
2	Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	
2.1	Kleingeräte	6.000,00	wie z.b. Freischneider, Motorsägen, Laubsauger, Astsäge, Handrasenmäher, Schneeschild
2.2	LKW	125.000,00	zur Durchführung von Transport- und Ladearbeiten und Winterdienst
2.3	Transporter	12.000,00	Transporter
2.4	Kauf eines Radladers	40.000,00	Beladung von Fahrzeugen
2.5	Kauf eines Tiefenlockerers	12.000,00	zur Lockerung von Rasenflächen
2.6	Kauf Besander	10.000,00	Für Sportplätze und Schlackenwege
Summe aller Investitionen		207.000,00	

**Nettoregiebetrieb Bauhof
der Gemeinde Rastede**

Anlage zum Wirtschaftsplan 2005

Aufstellung über die Kredite des Bauhofs der Gemeinde Rastede
und die im Wirtschaftsjahr 2005 zu zahlenden Zins- und Tilgungsbeträge

Lfd. Nr.	Gläubiger	urspr. Höhe der Schuld	Zins- satz	Tilgungs- rate	Stand 01.01.2005	Zugang 2005	Zinsen 2005	Tilgung 2005	Gesamt- leistung	Stand 31.12.2005	Laufzeit bis
1	Gemeinde Rastede	150.861,56	6,302%	3,070%	143.693,19		8.975,46	5.163,28	14.138,74	138.529,91	2020
2	Gemeinde Rastede	193.205,95	5,200%	2,000%	180.241,02		9.012,05	4.512,37	13.524,42	175.728,65	2027
3	Gemeinde Rastede	75.400,00	5,500%	2,000%	0,00	75.400,00	2.073,50	754,00	2.827,50	74.646,00	2014

geplante Neuanschaffung von Sachanlagen in 2005

	Anschaffung 2005
Kauf eines LKW	125.000,00 EUR
Kleingeräte	6.000,00 EUR
Kauf eines Transporters	12.000,00 EUR
Kauf eines Radladers	40.000,00 EUR
Kauf eines Tiefenlockerers	12.000,00 DM
Kauf eines Besanders	10.000,00 DM
Volumen	<u>205.000,00 EUR</u>

Bauhof Rastede
Anlagevermögen nach Konten per 31.12.2005

Konto	Bezeichnung	Anschaffungs- Datum	ND	Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten				Entwicklung der Abschreibungen				Entwicklung der Buchwerte	
				Stand	Zugänge	Abgänge	Stand	Stand	Zugänge	Auflösung	Stand	31.12.2005	31.12.2004
				01.01.2005			31.12.2005	01.01.2005			31.12.2005	EUR	EUR
				EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		
8000	<u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u> Software Classic Line	01.04.2003	3	2.365,36			2.365,36	1.379,36	788,00		2.167,36	198,00	986,00
	<u>Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken</u>												
1023010	Beb. Grundstück - Bauhof	01.01.1964		373.636,77			373.636,77	0,00			0,00	373.636,77	373.636,77
1203010	Gebäude Bauhof	01.01.1979	50	233.643,00			233.643,00	121.498,00	4.673,00		126.171,00	107.472,00	112.145,00
1401100	Holz- und Behelfsbauten												
	- Holzschuppen	01.01.1973	50	4.356,21			4.356,21	2.782,21	87,00		2.869,21	1.487,00	1.574,00
	- Holzschuppen (groß)	01.01.1973	50	20.782,99			20.782,99	13.302,99	416,00		13.718,99	7.064,00	7.480,00
				25.139,20	0,00	0,00	25.139,20	16.085,20	503,00	0,00	16.588,20	8.551,00	9.054,00
1501010	Garagen	01.01.1978	50	95.350,00			95.350,00	51.489,00	1.907,00		53.396,00	41.954,00	43.861,00
1835010	Sonstige Gebäude												
	- Ehemaliges Gewächshaus	01.01.1973	50	30.221,44			30.221,44	19.338,44	604,00		19.942,44	10.279,00	10.883,00
				757.990,41	0,00	0,00	757.990,41	208.410,64	7.687,00	0,00	216.097,64	541.892,77	549.579,77
	<u>technische Anlagen und Maschiner</u>												
6101010	Maschinen usw. - Bauhof												
	- Schutzgasanlage	14.03.1991	10	1.002,64			1.002,64	1.001,64			1.001,64	1,00	1,00
	- Unkrautbürste	21.11.1991	3	3.777,42			3.777,42	3.776,42			3.776,42	1,00	1,00
	- Handhobelmaschine	05.02.1992	8	759,78			759,78	758,78			758,78	1,00	1,00
	- Hobelbank	23.09.1992	10	848,23			848,23	847,23			847,23	1,00	1,00
	- Rasenkehrmaschine	17.11.1992	6	10.402,23			10.402,23	10.401,23			10.401,23	1,00	1,00
	- Absauganlage für Holzstaub	25.02.1993	8	1.229,66			1.229,66	1.228,66			1.228,66	1,00	1,00
	- Frontsichelmähwerk	08.03.1993	6	1.117,17			1.117,17	1.116,17			1.116,17	1,00	1,00
	- Uni-Seitenmäher	15.07.1993	6	8.162,26			8.162,26	8.161,26			8.161,26	1,00	1,00
	- Motorsäge Stihl 026/37 cm	07.12.1993	6	538,39			538,39	537,39			537,39	1,00	1,00
	- Rasenperforator	07.06.1994	6	11.178,37			11.178,37	11.177,37			11.177,37	1,00	1,00
	- Dieseltanksäule	13.09.1994	15	1.705,16			1.705,16	1.250,16	114,00		1.364,16	341,00	455,00
	- Hobelmaschine gebr. Martin	01.12.1994	8	6.274,06			6.274,06	6.273,06			6.273,06	1,00	1,00
	- Kreissäge gebr. Panhans	01.12.1994	8	3.650,62			3.650,62	3.649,62			3.649,62	1,00	1,00
	- Spänesauganlage Nestro	20.12.1994	8	11.749,49			11.749,49	11.748,49			11.748,49	1,00	1,00
	- Dampfstrahlreiniger WAP	18.04.1995	5	2.469,54			2.469,54	2.468,54			2.468,54	1,00	1,00
	- Vibrationsplatte DPS 3050 696269757 inkl. Gleitvorrichtung PGV 5C	01.01.1997	8	4.233,50			4.233,50	4.232,50			4.232,50	1,00	1,00
	- Infrarotgerät - PV 60 E	25.03.1998	8	2.540,10			2.540,10	2.224,10	315,00		2.539,10	1,00	316,00
	- Freischneidegerät Stihl FS 350	26.05.1998	4	514,87			514,87	513,87			513,87	1,00	1,00
	- Erdlochbohrer Stihl	20.07.1998	6	558,33			558,33	419,33			419,33	139,00	139,00
	- Freischneider Stihl FS 350 41516743	27.10.1998	4	1.162,68			1.162,68	1.161,68			1.161,68	1,00	1,00
	- Motorsäge Stihl	10.12.1998	6	570,09			570,09	569,09			569,09	1,00	1,00
	- Motorsäge Stihl	10.12.1998	6	570,09			570,09	569,09			569,09	1,00	1,00
	- Motorsäge Stihl 046	04.02.1999	6	1.058,37			1.058,37	1.057,37			1.057,37	1,00	1,00
	- Motorsäge Stihl 026	09.11.1999	6	1.083,94			1.083,94	994,94	88,00		1.082,94	1,00	89,00
	- BSN Stromerzeuger Typ 8000	20.12.1999	15	1.835,54			1.835,54	764,54	122,00		886,54	949,00	1.071,00
	- Standrohr STW 354 DN 50 PN 16	21.09.1999	5	1.119,22			1.119,22	1.118,22			1.118,22	1,00	1,00
	- Motorsäge Stihl Typ 026	04.01.2000	6	541,97			541,97	451,97	90,00		541,97	0,00	90,00
	- Grabenräumschalengreifer, Gerät ist 2m breit und für WST-KW 668	16.03.2000	10	2.075,85			2.075,85	1.039,85	208,00		1.247,85	828,00	1.036,00
	- Rasenmäher	09.05.2000	6	715,81			715,81	595,81	119,00		714,81	1,00	120,00
	- Rasenmäher Göwo 4-Rad, 5l-Tank	25.05.2000	8	1.220,97			1.220,97	764,97	153,00		917,97	303,00	456,00

Gemeinde Rastede
Optimierter Regiebetrieb Bauhof Rastede

- Motorsäge Stihl 026 37 cm	26.05.2000	6	581,34	581,34	485,34	95,00	580,34	1,00	96,00
- Wiesenegge "Fricke" Hydr. Kombi	31.10.2000	8	889,65	889,65	500,65	111,00	611,65	278,00	389,00
- Motorsäge Stihl 020 T	01.11.2000	6	531,74	531,74	399,74	89,00	488,74	43,00	132,00
- Freischneider Stihl FS 350	20.12.2000	4	564,98	564,98	563,98		563,98	1,00	1,00
- Melio Bankettfräse Profilio 1327897	11.05.2000	10	8.896,48	8.896,48	4.449,48	890,00	5.339,48	3.557,00	4.447,00
- Hilti Bohrhammer	14.03.2001	6	563,44	563,44	376,44	94,00	470,44	93,00	187,00
- Frontkehrmaschine KS 150/50	19.03.2001	8	3.444,06	3.444,06	1.724,06	431,00	2.155,06	1.289,00	1.720,00
- Kramer Laubsauger	29.03.2001	8	1.694,93	1.694,93	847,93	212,00	1.059,93	635,00	847,00
- Rasenmäher Göwo 4-Rad, 2,5l-Tank	02.04.2001	8	1.287,43	1.287,43	644,43	161,00	805,43	482,00	643,00
- SBN Stromerzeuger Typ 8000, 8 KVA	19.04.2001	15	1.835,54	1.835,54	488,54	122,00	610,54	1.225,00	1.347,00
- Scheising Shredder 400 ZX	02.02.2001	8	18.539,44	18.539,44	9.269,44	2.317,00	11.586,44	6.953,00	9.270,00
- Erdlochbohrer Stihl BT 360	06.09.2001	6	1.283,85	1.283,85	749,85	214,00	963,85	320,00	534,00
- Vibrationstandemwalze, gebr	01.10.2001	5	2.965,49	2.965,49	2.076,49	593,00	2.669,49	296,00	889,00
- Hochentaster Stihl MG 75	05.12.2001	6	551,68	551,68	322,68	92,00	414,68	137,00	229,00
- Motorsäge Stihl 026	01.03.2001	6	547,08	547,08	364,08	91,00	455,08	92,00	183,00
- Motorsäge Stihl 026	11.01.2001	6	547,08	547,08	364,08	91,00	455,08	92,00	183,00
- Motorsäge Stihl 046	17.05.2001	6	940,27	940,27	628,27	157,00	785,27	155,00	312,00
- Schlegelmäher, Hammerschlegel GBK	20.12.2002	6	559,47	559,47	233,47	93,00	326,47	233,00	326,00
- Stella, Rasenmäher S-42; 0275010052	03.05.2002	6	1.128,56	1.128,56	564,56	188,00	752,56	376,00	564,00
- Stella, Rasenmäher S-42; 0276020001	01.07.2002	6	1.187,96	1.187,96	495,96	198,00	693,96	494,00	692,00
- Stella, Mulchmäher 42-3, 1249020012	07.10.2002	6	1.171,76	1.171,76	488,76	195,00	683,76	488,00	683,00
- Stella, Schlegelmulcher SM 50 A	07.10.2002	6	2.375,92	2.375,92	990,92	396,00	1.386,92	989,00	1.385,00
- Motorsäge Stihl 026, 11212120902	22.01.2002	6	532,60	532,60	267,60	89,00	356,60	176,00	265,00
- Motorsäge Stihl 088, 1554980619	06.09.2002	6	1.043,10	1.043,10	435,10	174,00	609,10	434,00	608,00
- Kehrmaschine Bema, Typ 25	20.02.2002	8	2.445,28	2.445,28	918,28	306,00	1.224,28	1.221,00	1.527,00
- Gras- und Laubsauger, GLS 125 OH	11.02.2002	5	6.535,95	6.535,95	3.921,95	1.307,00	5.228,95	1.307,00	2.614,00
- Alu-Seilzugleiter mit Zubehör	20.02.2002	10	546,48	546,48	165,48	55,00	220,48	326,00	381,00
- Rückeketten	20.02.2002	4	511,96	511,96	384,96	126,00	510,96	1,00	127,00
- Schmutzwassertauchpumpe 29128650 L	18.11.2002	6	351,25	351,25	147,25	59,00	206,25	145,00	204,00
- Brennwertgerät	19.12.2002	15	7.799,81	7.799,81	1.300,81	520,00	1.820,81	5.979,00	6.499,00
- Festwert Werkzeuge auf Fahrzeugen	31.12.2002		2.675,00	2.675,00	0,00		0,00	2.675,00	2.675,00
- Hochentaster Stihl HT 75	04.02.2003	6	560,00	560,00	186,00	93,00	279,00	281,00	374,00
- Heckenschere Stihl KM 85 R HL	19.07.2003	4	591,60	591,60	222,60	148,00	370,60	221,00	369,00
- Stihl- Motorsäge	08.09.2003	6	562,60	562,60	141,60	94,00	235,60	327,00	421,00
- Stihl- Motorsäge	08.09.2003	6	562,60	562,60	141,60	94,00	235,60	327,00	421,00
- Stihl Freischneider FS 350	23.10.2003	5	558,70	558,70	168,70	112,00	280,70	278,00	390,00
- GWG unter 410,- EUR netto 2004	31.12.2004		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

162.031,43	0,00	0,00	162.031,43	116.304,43	11.216,00	0,00	127.520,43	34.511,00	45.727,00
------------	------	------	------------	------------	-----------	------	------------	-----------	-----------

Einrichtung und Ausstattung

ohne Fahrzeuge

6020010 Inventar Bauhof

- Speisenwärmer	21.12.1992	5	891,18	891,18	890,18		890,18	1,00	1,00
- Sprechfunkgerät für F-380 K-GTA	27.09.1993	6	1.533,36	1.533,36	1.532,36		1.532,36	1,00	1,00
- Bestuhlung (25 Stck)	27.10.1994	10	2.249,17	2.249,17	2.248,17		2.248,17	1,00	1,00
- Siemens Gigaset, Ladeschale, Euroset	28.08.1996	5	809,38	809,38	808,38		808,38	1,00	1,00
- Schreibtisch	19.12.1996	10	716,83	716,83	645,83	70,00	715,83	1,00	71,00
- 2 PC, Compaq Deskpro EP DT C466	29.02.2000	5	1.541,03	1.541,03	1.541,03		1.541,03	0,00	0,00
- Zubehör für Kenwood Funkgeräte	04.02.2000	6	526,63	526,63	440,63	85,00	525,63	1,00	86,00
- Samsung SF 3100 Faxgerät	22.03.2000	5	592,59	592,59	591,59	0,00	591,59	1,00	1,00
- Auerswald EZS, 4308i ISDN TK-Anlage	22.03.2000	5	510,27	510,27	509,27	0,00	509,27	1,00	1,00
- Siemens Gigaset 3035, 3010 Komfort	22.03.2000	5	701,49	701,49	700,49	0,00	700,49	1,00	1,00
- 3000 Pocket, 3010 Ladeschale									
- Funkanlage Motorola Radius GN 340	17.10.2001	6	3.379,64	3.379,64	1.973,64	563,00	2.536,64	843,00	1.406,00
- GWG's			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

13.451,57	0,00	0,00	13.451,57	11.881,57	718,00	0,00	12.599,57	852,00	1.570,00
-----------	------	------	-----------	-----------	--------	------	-----------	--------	----------

Fahrzeuge

6201010 Inventar Fahrzeuge und Transportmitte

- PKW-Anhänger 1,2 t WST-JT 155	01.01.1988	8	1.385,60	1.385,60	1.384,60		1.384,60	1,00	1,00
- Anhänger Tandem WST-KS 231	01.01.1990	8	3.862,30	3.862,30	3.861,30		3.861,30	1,00	1,00
- Ford Transit 2,5l Pritsche WST-LN 366	04.07.1991	10	18.588,02	18.588,02	18.587,02		18.587,02	1,00	1,00

- Brenderup-Anhänger WST-MK 227	03.07.1992	8	1.815,60	1.815,60	1.814,60		1.814,60	1,00	1,00			
- VW Pritsche, WST-MJ 213	05.11.1992	10	17.026,02	17.026,02	17.025,02		17.025,02	1,00	1,00			
- Kommunalgeräteträger F-380 K-GTA 40 Km/h mit autom. AHK	04.08.1993	10	87.539,31	87.539,31	75.867,31	8.754,00	84.621,31	2.918,00	11.672,00			
					0,00		0,00	0,00	0,00			
- JK Dreiseitenkipper	26.04.2001	10	4.345,98	4.345,98	1.739,98	435,00	2.174,98	2.171,00	2.606,00			
- Anhänger WST-BE 503, 2,7 t	13.06.2001	8	3.541,72	3.541,72	1.772,72	443,00	2.215,72	1.326,00	1.769,00			
- Anhänger WST-JR 89, 2,7 t	13.06.2001	8	3.527,91	3.527,91	1.763,91	441,00	2.204,91	1.323,00	1.764,00			
- Ford Transit FT 350 EL, WST-BJ 301	20.12.2001	10	26.642,18	26.642,18	9.220,18	2.664,00	11.884,18	14.758,00	17.422,00			
- Bandscheibenunterstützung	28.01.2002	6	1.213,36	1.213,36	606,36	202,00	808,36	405,00	607,00			
- Großflächenmäher Wing-Mover WST-BR	31.07.2002	6	58.209,62	58.209,62	24.255,62	9.702,00	33.957,62	24.252,00	33.954,00			
- Schlegelmäher Dücker UNA 500	25.11.2002	8	26.714,80	26.714,80	8.348,80	3.339,00	11.687,80	15.027,00	18.366,00			
- Trio-Saugwagen	18.10.2002	6	28.826,00	28.826,00	12.010,00	4.804,00	16.814,00	12.012,00	16.816,00			
- Traktor New Holland WST-BO 916	20.12.2002	8	41.932,00	41.932,00	13.105,00	5.242,00	18.347,00	23.585,00	28.827,00			
- Unimog U 1600 WST-BM 268	26.06.2002	8	96.506,69	96.506,69	36.189,69	12.063,00	48.252,69	48.254,00	60.317,00			
- VW LT WST-BJ 701	22.01.2002	8	49.735,80	49.735,80	18.651,80	6.217,00	24.868,80	24.867,00	31.084,00			
- Schlegelmäher MUM 160	20.12.2002	6	3.828,00	3.828,00	1.595,00	638,00	2.233,00	1.595,00	2.233,00			
- Funkgerät Kenwood TK 760 für Iseki WST- LX 725	20.02.2003	6	449,55	449,55	150,55	75,00	225,55	224,00	299,00			
- Funkgerät Kenwood TK 760 für New Holland WST- BO 916	20.02.2003	6	634,23	634,23	212,23	106,00	318,23	316,00	422,00			
- Funkgerät Kenwood TK 760 für VW-LT WST- BJ 701	26.08.2003	6	465,16	465,16	117,16	78,00	195,16	270,00	348,00			
- Fendt Geräteträger	01.07.2004	10	118.542,55	118.542,55	5.927,55	11.854,00	17.781,55	100.761,00	112.615,00			
			595.332,40	0,00	0,00	595.332,40	254.206,40	67.057,00	0,00	321.263,40	274.069,00	341.126,00
			1.528.805,81	0,00	0,00	1.528.805,81	590.803,04	86.678,00	0,00	677.481,04	851.324,77	938.002,77
			1.531.171,17	0,00	0,00	1.531.171,17	592.182,40	87.466,00	0,00	679.648,40	851.522,77	938.988,77

Straßenreinigung Rastede
Anlagevermögen nach Konten per 31.12.200€

Konto	Bezeichnung	Anschaffungs- Datum	ND	Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten				Entwicklung der Abschreibungen				Entwicklung der Buchwerte	
				Stand 01.01.2005	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2005	Stand 01.01.2005	Zugänge	Auflösung	Stand 31.12.2005	31.12.2005	31.12.2004
				EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<u>Grundstücke, grundstücksgleiche</u>													
<u>Rechte und Bauten einschließlich</u>													
<u>der Bauten auf fremden Grundstücken</u>													
1205010	Streusandhalle	01.01.1985	50	6.550,16			6.550,16	2.618,16	131,00		2.749,16	3.801,00	3.932,00
<u>Einrichtung und Ausstattung</u>													
<u>ohne Fahrzeuge</u>													
6109010	Inventar bewegliche Maschiner												
	- Schneeschild Unimog	01.01.1960	10	1,00			1,00	0,00			0,00	1,00	1,00
	- Schneeschild Type 3 "Schmidt"	01.01.1975	10	1,00			1,00	0,00			0,00	1,00	1,00
	zum WST-EL 230												
	- Schneeschild für LKW "Schmidt" F3/1	01.01.1979	10	4.331,66			4.331,66	4.330,66			4.330,66	1,00	1,00
	- Schneeschild für MB-Trac	01.01.1985	10	1.022,58			1.022,58	1.021,58			1.021,58	1,00	1,00
	"Schmidt" für WST-CC 690												
	- Schneepflug gebr. für WST-HD 299	13.12.1993	8	1.636,13			1.636,13	1.635,13			1.635,13	1,00	1,00
	- Schneepflug gebr. für WST-KW 668	13.12.1993	8	1.175,97			1.175,97	1.174,97			1.174,97	1,00	1,00
	- Schneeschleuder gebr. für Unimog	25.08.1995	8	2.939,93			2.939,93	2.938,93			2.938,93	1,00	1,00
	- DIMA Wiesen- und Rasenwalze	06.11.1995	10	5.486,16			5.486,16	5.485,16			5.485,16	1,00	1,00
	- drehbarer Aufwurfkamin	04.12.1995	8	1.469,96			1.469,96	1.468,96			1.468,96	1,00	1,00
	für Schneeschleuder												
	- Schneeschild "Schmidt"	01.01.1997	10	2.300,81			2.300,81	1.840,81	230,00		2.070,81	230,00	460,00
	- Schneeräumschild Bessel	20.02.2002	10	3.326,88			3.326,88	999,88	333,00		1.332,88	1.994,00	2.327,00
				23.692,08	0,00	0,00	23.692,08	20.896,08	563,00	0,00	21.459,08	2.233,00	2.796,00
<u>Fahrzeuge</u>													
6109010	Inventar bewegliche Maschiner												
	- Unimog WST-BM 268	01.01.1984	10	54.745,04			54.745,04	54.744,04			54.744,04	1,00	1,00
	- Atlas Radlader	01.01.1988	10	42.928,58			42.928,58	42.927,58			42.927,58	1,00	1,00
	- MAN WST-KW 668	01.01.1990	10	74.033,53			74.033,53	74.032,53			74.032,53	1,00	1,00
	- Einkammer Streuautomat	01.01.1997	10	12.937,22			12.937,22	10.350,22	1.294,00		11.644,22	1.293,00	2.587,00
	- Streuautomat WST-HJ 558 Bj. 1997	01.01.1999	10	23.008,13			23.008,13	13.806,13	2.301,00		16.107,13	6.901,00	9.202,00
	- Streuautomat WST-NH 716	31.12.1999	10	1,00			1,00	0,00			0,00	1,00	1,00
	- LKW-Kipper mit Ladegerät WST-BJ 701	01.01.2001	10	47.478,93			47.478,93	18.991,93	4.748,00		23.739,93	23.739,00	28.487,00
	- Salzstreuer Pietsch, STA2 ERA	06.11.2002	10	6.844,00			6.844,00	1.710,00	684,00		2.394,00	4.450,00	5.134,00
	- Straßenbauanhänger WST-BW 590	19.05.2004	8	17.162,20			17.162,20	1.430,20	2.145,00		3.575,20	13.587,00	15.732,00
				279.138,63	0,00	0,00	279.138,63	217.992,63	11.172,00	0,00	229.164,63	49.974,00	61.146,00
				309.380,87	0,00	0,00	309.380,87	241.506,87	11.866,00	0,00	253.372,87	56.008,00	67.874,00

Bauhof Rastede
Anlagevermögen nach Konten per 31.12.2005

	Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten				Entwicklung der Abschreibungen				Entwicklung der Buchwerte	
	Stand	Zugänge	Abgänge	Stand	Stand	Zugänge	Auflösung	Stand	31.12.2005	31.12.2004
	01.01.2005			31.12.2005	01.01.2005			31.12.2005	EUR	EUR
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.365,36	0,00	0,00	2.365,36	1.379,36	788,00	0,00	2.167,36	198,00	986,00
Grundstücke,grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	764.540,57	0,00	0,00	764.540,57	211.028,80	7.818,00	0,00	218.846,80	545.693,77	553.511,77
technische Anlagen und Maschinen	162.031,43	0,00	0,00	162.031,43	116.304,43	11.216,00	0,00	127.520,43	34.511,00	45.727,00
Einrichtung und Ausstattung ohne Fahrzeuge	37.143,65	0,00	0,00	37.143,65	32.777,65	1.281,00	0,00	34.058,65	3.085,00	4.366,00
Fahrzeuge	874.471,03	0,00	0,00	874.471,03	472.199,03	78.229,00	0,00	550.428,03	324.043,00	402.272,00
	1.838.186,68	0,00	0,00	1.838.186,68	832.309,91	98.544,00	0,00	930.853,91	907.332,77	1.005.876,77
	1.840.552,04	0,00	0,00	1.840.552,04	833.689,27	99.332,00	0,00	933.021,27	907.530,77	1.006.862,77
zu erwartende Zugänge in 2005										
Atlas Radlader		40.000,00		40.000,00	0,00	2.000,00				
LKW		125.000,00		125.000,00	0,00	12.500,00				
Besander		10.000,00		10.000,00	0,00	1.250,00				
Tiefenlockerer		12.000,00		12.000,00	0,00	1.500,00				
Transporter		12.000,00		12.000,00	0,00	1.500,00				
GWG's		6.000,00		6.000,00	0,00	6.000,00				
						24.750,00				
Gesamtbetrag AFA						124.082,00				

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/347

freigegeben am 19.11.2004

GB 1

Sachbearbeiter/in: Silke Steusloff

Datum: 18.11.2004

1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Die der Beschlussvorlage 2004/347 beigelegte 1. Satzung zur Änderung der „Hauptsatzung“ wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Verfügung über Gemeindevermögen (§ 3 Abs. 2)

Die Einführung des hauptamtlichen Bürgermeisters macht eine Änderung des § 3 Abs. 2 der Hauptsatzung erforderlich. Es wird das Wort „Gemeindedirektor“ durch „Bürgermeister“ ersetzt.

Öffentliche Bekanntmachungen (§ 6 Abs. 1)

Der Rat der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am 05.11.2001 die Neufassung der Hauptsatzung und die damit verbundene Regelung, dass Verordnungen und Satzungen im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Weser-Ems veröffentlicht werden, beschlossen. Durch die Auflösung der Bezirksregierung zum 01.01.2005 fällt das Amtsblatt als öffentliches Verkündungsblatt weg. Es ergeben sich aufgrund der neuen Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Rechtsvorschriften der Gemeinden und Landkreise in Verkündungsblättern, die zum 01.01.2005 in Kraft treten wird, zwei Alternativen für die Veröffentlichung von Satzungen und Verordnungen. Zum einem können wie bisher alle Satzungen und Verordnungen in der Northwest-Zeitung veröffentlicht werden. Zum anderen kann die Gemeinde das Angebot des Landkreises Ammerland wahrnehmen, der sich dazu entschlossen hat, in Zusammenarbeit mit der Druckerei Seyler ein eigenes Verkündungsblatt mit der Bezeichnung „Amtsblatt für den Landkreis Ammerland“ herauszugeben, ihre Bekanntmachungen dort zu veröffentlichen. Die Druckerei Seyler aus Oldenburg war auch an der Herausgabe des bisherigen Amtsblattes des Regierungsbezirks Weser-Ems beteiligt.

Vor der Entscheidung des Landkreises Ammerland, ein eigenes Verkündungsblatt herauszubringen, wurde von ihm die Northwest-Zeitung zur Abgabe eines Angebotes bzgl. der Veröffentlichungen aufgefordert. Als Ergebnis musste der Landkreis feststellen, dass die Vergabe der Veröffentlichungen an die Northwest-Zeitung doppelt so hohe Kosten verursacht wie die Zusammenarbeit mit der Druckerei Seyler.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, Satzungen und Verordnungen fortan im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland zu veröffentlichen. Die geänderte Fassung des §6 Abs. 1 der Hauptsatzung lautet wie folgt:

„Verordnungen und Satzungen werden im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland veröffentlicht.“

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. Satzung zur Änderung der „Hauptsatzung“.

1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Aufgrund der §§ 6 und 7 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBL. S. 382), zuletzt geändert durch § 22 des Nds. Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit vom 19. Februar 2004 (Nds. GVBL. S. 63) hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am folgende Satzung beschlossen:

§ 1

§ 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- (2) Über Verträge der Gemeinde mit Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen oder dem Bürgermeister beschließt der Rat, wenn der Vermögenswert des Vertrages 5.000,00 € übersteigt.

§ 2

§ 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

- (6) Verordnungen und Satzungen werden im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland veröffentlicht.

§ 3

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Rastede,

Decker
-Bürgermeister-

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2004/300

freigegeben am 27.10.2004

GB 1

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 26.10.2004

Bericht über das Ergebnis der Kostenrechnung 2003 der öffentl. Einrichtung zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.11.2004	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Bericht über das Ergebnis der Kostenrechnung 2003 der öffentlichen zentralen und dezentralen Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Die Sach- und Rechtslage ergibt sich vollständig aus den Anlagen 1 und 2

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

- Anlage 1 - Bericht über das Ergebnis der Kostenrechnung 2003
- Anlage 2 - Betriebsabrechnungsbogen 2003

Ergebnis der Kostenrechnung Abwasserbeseitigung für das Jahr 2003

Vorbemerkung

Seit 1983 wird die Abwasserbeseitigungsanlage Rastede in der Form einer kostenrechnenden Einrichtung geführt. Hierfür wird seit dieser Zeit jeweils eine jährliche Kostenrechnung vorgenommen, um festzustellen, ob der vorkalkulierte Gebührensatz mit den tatsächlichen Aufwendungen in Einklang gestanden hat und welcher Gebührensatz unter Zugrundelegung des aktuellen Datenmaterials für die kommende Rechnungsperiode festzusetzen ist.

Die von der Gemeinde Rastede betriebenen öffentlichen Einrichtungen **zentrale** und **dezentrale** Abwasserbeseitigung unterliegen dabei verschiedenen Ausgangsvoraussetzungen und haben unterschiedliche Gebührensätze. Im Ergebnis besteht jedoch eine Verbindung zwischen den beiden Einrichtungsbereichen, weil Kostenbestandteile des zentralen Einrichtungsbereiches als entsprechender Kostenfaktor im dezentralen Einrichtungsbereich für die Ermittlung der Gebührensätze Eingang finden.

I. Zentrale Abwasserbeseitigung

1. Ausgaben

Der seit dem 01.01.1993 für die Gemeinde Rastede gültige Frischwassermaßstab ist weiterhin von der Rechtsprechung anerkannt.

Die Daten, die der Festsetzung der Abwassergebühr für 2003 zugrundegelegt wurden, basieren auf Verbrauchsdaten, die von dem für die Lieferung von Frischwasser im Gemeindegebiet Rastede zuständigen Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) zur Verfügung gestellt wurden.

Nachfolgend wird auf der Kalkulationsgrundlage für die Rechnungsperiode 2003 ein Vergleich zu dem tatsächlichen Ergebnis 2003 anhand einiger Einzelbetrachtungen von Kostenarten vorgenommen.

Das Vergleichsergebnis zwischen der Kalkulation 2003 einerseits und dem Ergebnis andererseits ist in dem Betriebsabrechnungsbogen (BAB), der in der Anlage 1 abgebildet ist, dargestellt. Dort sind die Ergebnisse der zentralen und der dezentralen Abwasserbeseitigung enthalten.

Der Betriebsabrechnungsbogen 2003 unterscheidet sich in den Kontenarten vom BAB 2002. Im BAB 2002 entsprechen die Gruppierungen des Haushaltsplanes den Kontenarten; ab 2003 ist diese Deckungsgleichheit in weiten Teilen nicht mehr vorhanden, wodurch ein direkter Vergleich des Haushaltsplanes mit dem BAB erschwert ist. Im Hinblick auf die

zwangsläufige Einstellung des ehemals genutzten Programms IRP und die Umstellung auf eine neue Software (SAP) war es notwendig, Prinzipien des neuen doppelischen Rechnungswesens der Kommunen zu beachten. Dabei wurde ein bereits bekanntes Muster eines zukünftigen Kontenrahmens angewendet, wodurch die Kontenarten in bestimmten Bereichen mit den Gruppierungen des Haushaltsplanes nicht mehr übereinstimmen.

Bei Betrachtung des Betriebsabrechnungsbogens für 2003 kann bei den Ausgaben weitgehend von einem normalen Betriebsjahr ausgegangen werden. Die Einnahmen (nur Gebühren) fallen dagegen wesentlich geringer aus. Dies ist auf die Reduzierung der Abwassermenge zurückzuführen, die für 2003 höher kalkuliert wurde.

Auf die wesentlichen Abweichungen von der Planung wird im einzelnen wie folgt eingegangen:

Bei der baulichen Unterhaltung wurde der Ansatz in Höhe von 65.500 € (einschl. Haushaltsrest = 66.115 €) um 23.923,87 € unterschritten. Im Ansatz von 65.500 € wurden ca. 35.000 € als Pauschale für unvorhersehbare Unterhaltungsarbeiten eingeplant. Diese Kosten sind für das Haushaltsjahr 2003 nicht in voller Höhe beansprucht worden.

Für die Unterhaltung / Reinigung der Kanalanlagen standen einschließlich eines Haushaltsrestes von 2.500 € und einem Haushaltsansatz in Höhe von 65.500 € insgesamt 68.000 € zur Verfügung. Ausgegeben wurden 2003 49.122,42 €. Es sind somit Minderausgaben in Höhe von 18.877,58 € entstanden. Der Grund für die Einsparung ist zum einen, dass die Ausschreibungen günstiger ausgefallen sind als Mittel veranschlagt wurden. Zum anderen sind weniger Anrufe von Bürgern eingegangen, die eine Verstopfung von Hausübergabeschächten gemeldet haben. Somit hatte die beauftragte Firma weniger Notdienste wegen Rückstaues in Privathäusern zu tätigen.

Für die Kosten der Schlammabreinigung sind 185.000 € veranschlagt worden. Tatsächlich wurden 132.033,14 € ausgegeben. Bei dieser Haushaltsstelle lässt sich der Ansatz nur schwer kalkulieren, da die Menge des Klärschlammes jährlich um einige Tonnen differiert. Demzufolge weichen auch die Kosten für die Aufbringung des Klärschlammes auf die Ländereien durch die Landwirte jährlich voneinander ab. Hinzu kommt noch, dass die Aufbringung des Klärschlammes durch die Landwirte witterungsabhängig ist. Zum anderen sind in dieser Ausgabeposition nicht nur die Kosten für die Entsorgung des Klärschlammes enthalten, sondern auch die Kosten für Zusatzstoffe (wie Flockungsmittel, Eisensulfat und Brandkalk), die bei der Aufbereitung des Klärschlammes notwendig sind. Für 2003 wurde der Ansatz zu hoch kalkuliert, für 2005 wurde der Ansatz um 35.000 € auf 150.000 € gekürzt.

Die Inneren Verrechnungen wurden ab 01.01.2003 erstmalig dem Gebührenzahler mit einem Betrag in Höhe von 23.510,90 € in Rechnung gestellt.

Die kalkulatorischen Kosten liegen mit insgesamt -39.165,92 € im Ergebnis unter den kalkulierten Ansätzen.

Die Abweichung bei den Abschreibungen von insgesamt +34.119,85 € ist dadurch zu erklären, dass bei Aufstellung der Kalkulation davon ausgegangen wurde, dass einige Maßnahmen erst im Jahre 2003 fertiggestellt werden. Tatsächlich konnten diese Maßnahmen bereits im Jahre 2002 fertig gestellt werden und gelangten somit für 2003 bereits in die Abschreibung.

Die kalkulatorischen Zinsen lagen mit -73.285,77 € wesentlich unter dem kalkulierten Ansatz. Der Grund hierfür ist, dass die kalkulierten Investitionen und Abschreibungen im Ergebnis tatsächlich nicht so hoch ausgefallen sind, so dass sich der Restwert, von dem die kalkulatorischen Zinsen berechnet werden, durch die angegebenen Faktoren minimierte.

In diesem Zusammenhang ist, wie auch in den vergangenen Jahren, darauf hinzuweisen, dass die Höhe der kalkulatorischen Zinsen nicht sehr einfach kalkuliert werden kann. Die Planungen gehen zwar von einer bestimmten Investitionstätigkeit aus, aber wenn aus irgendwelchen Gründen für den Kalkulationszeitraum die Ausgaben nicht vollständig oder gar nicht anfallen, fehlt ein entsprechender Wertzuwachs, der sich auf die Zinsermittlung erheblich auswirken kann.

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand für den Bereich Abwasser insgesamt sank um 186.941,67 €. Dies entspricht einer Abweichung in Höhe von ca. 8,5 %, vom Gesamtkostenvolumen, wobei daran die kalkulatorischen Kosten den größten Anteil haben.

Abschließend kann festgestellt werden, dass trotz Abweichungen bei einzelnen Kostenarten insgesamt eine weitgehend realistische Planung des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes vorgenommen wurde.

2. Einnahmen

Der OOVW, der die Abwassergebühren für die Gemeinde Rastede erhebt, hat das Abrechnungsverfahren mit der Gemeinde Rastede umgestellt; sie entspricht jetzt der Vertragslage. Bislang wurde nach dem Soll in Verbindung mit Abschlagszahlungen abgerechnet. Mittlerweile werden die Ist-Zahlungen an Gebühren, die der OOVW vom Gebührenzahler erhält, jeden Monat an die Gemeinde Rastede weitergeleitet. Dies vermeidet hohe jährliche Über- oder Unterzahlungen aufgrund von Fehleinschätzungen von Wassermengen.

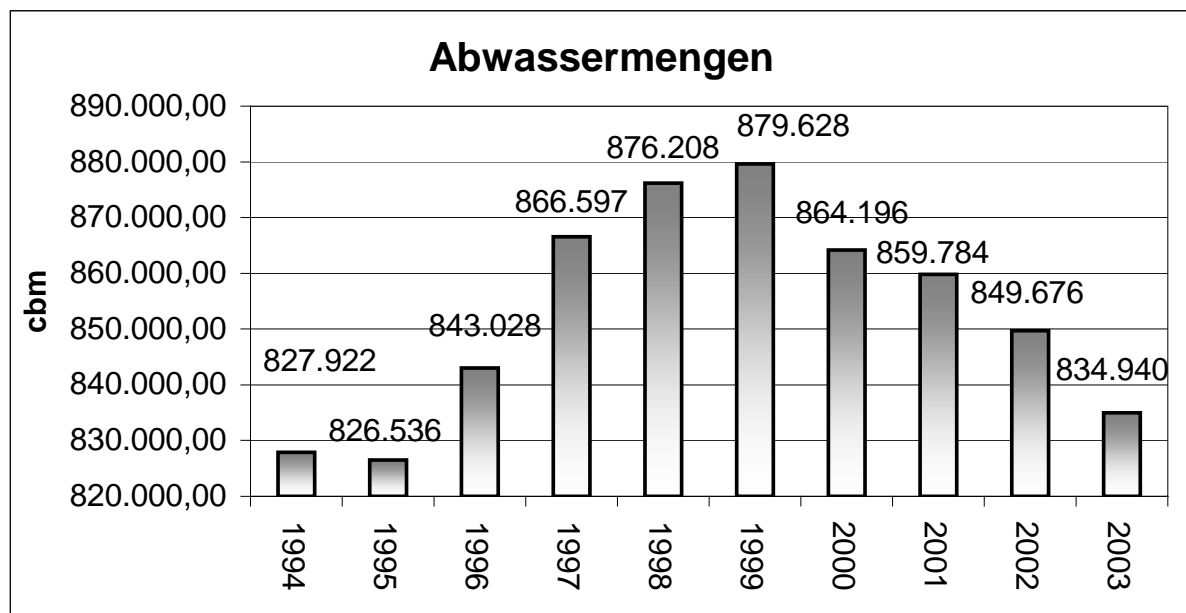
An Gebühreneinnahmen vom OOVW stehen der Gemeinde für das Jahr 2003 insgesamt 2.066.431,83 € zu. Hierbei handelt es sich um die tatsächlichen Gebühreneinnahmen nach dem „Ist-Aufkommen“ durch den OOVW. Diese Gebühreneinnahmen werden vom OOVW in einer Liste, in der alle einzelne Abrechnungsfälle enthalten sind, nachgewiesen.

Die oben genannten Gebühreneinnahmen beziehen sich ausschließlich auf das Haushaltsjahr 2003.

Der Erhebungszeitraum für die Abwassergebühren und –menge bezieht sich jedoch nicht auf ein Haushaltsjahr, sondern auf ein Abrechnungsjahr, dass vom OOWV festgelegt wird (Ableseperiode). Da die Höhe der Abwassermenge, der Erhebungszeitraum und die Gebühreneinnahmen sich nicht insgesamt auf ein Kalenderjahr beziehen, ist es sehr schwer, die Gebühren für ein Haushaltsjahr zu kalkulieren, hinzu kommt, dass sich nur sehr schwer ein Vergleich mit dem Vorjahr herstellen lässt.

In der Kalkulation wurde auf der Grundlage der Angaben des OOWV von einer Abwassermenge in Höhe von rund 839.000 cbm (Schätzung) ausgegangen. Zwischenzeitlich stellte sich heraus, dass vom OOWV versäumt wurde, die Abwassermenge (rd. 20.000 cbm) abzusetzen, für die die Gemeinde Rastede keine Gebühreneinnahmen erhält. Das sind die Fälle, wo einzelne Bürger Frischwasser entnehmen, aber das Abwasser den Schmutzwasserkanal nicht wieder zuführen, wie z. B. Frischwasserverbrauch für die Bewässerung von Pflanzen, Tränken der Tiere, Poolbefüllung usw.. Die Abwassermenge, die die Gemeinde selbst abrechnet, wurde in Höhe von 29.784 cbm, kalkuliert.

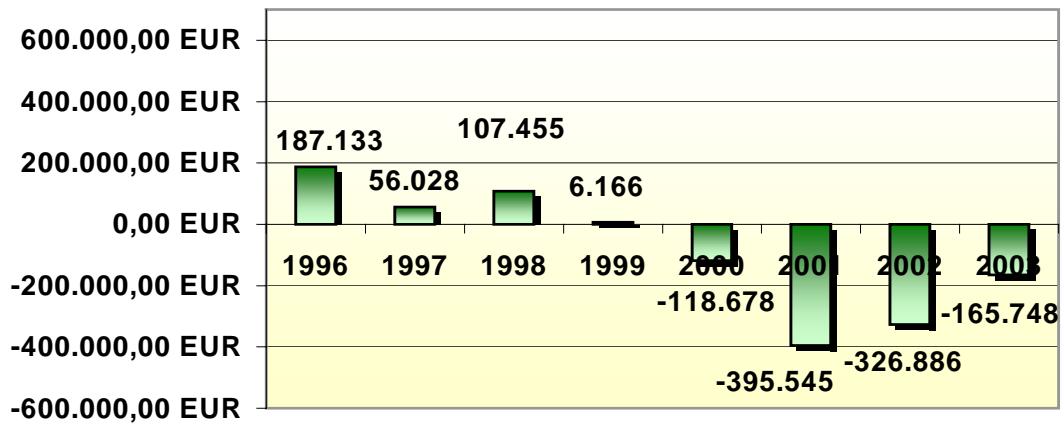
Tatsächlich wurden jedoch für den Abrechnungszeitraum 2003 (nicht Kalenderjahr) vom OOVW nur 807.634 cbm Abwasser ermittelt, und durch die Gemeinde selbst 27.306 cbm abgerechnet.



3. Abschlussergebnis

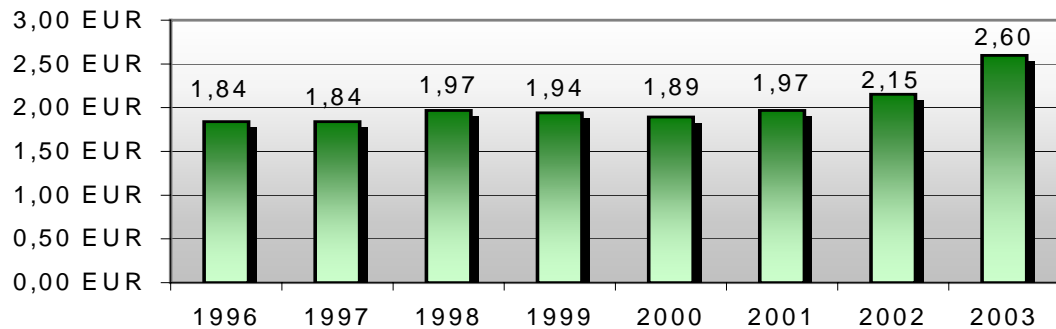
Unter Berücksichtigung des Ergebnisses zum Ende 2002 in Höhe von minus 326.885,53 € ergibt sich am Jahresende 2003 ein fortgeschriebenes Defizit in Höhe von 165.748,38 €. Für das Haushaltsjahr 2003 konnten im Ergebnis somit 161.137,14 € für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser erwirtschaftet werden.

Ergebnisentwicklung zentrale Schmutzwasserbeseitigung



Der Gebührensatz von 2,60 EUR war also ausreichend, die Kosten des Jahres 2003 sowie einen Teil der Defizite aus Vorjahren zu decken. Dies entspricht dem Kalkulationsziel.

Gebührensatzentwicklung in EUR zentrale Schmutzwasserbeseitigung



Insgesamt ergibt sich für die Abwasserbeseitigungseinrichtung folgende prozentuale Kostenaufteilung:



II. Dezentrale Abwasserbeseitigung

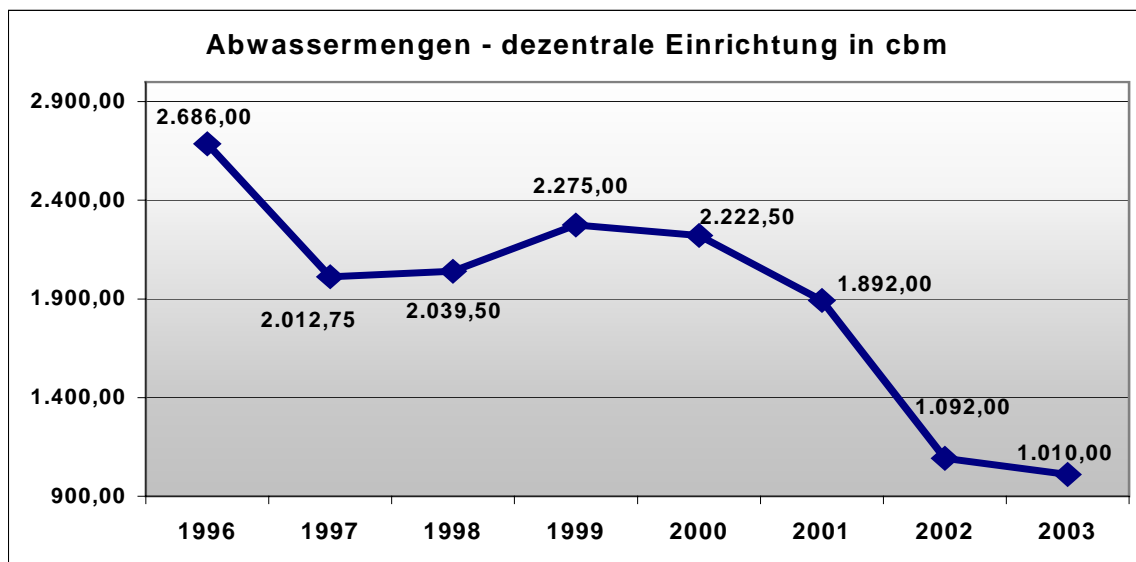
Seit 1983 wird von der Gemeinde Rastede eine Gebührenkalkulation für die dezentrale Abwasserbeseitigung vorgenommen. Der im Bereich der zentralen Abwasserbeseitigung geltende Verteilungsmaßstab Frischwasserverbrauch wirkt sich im Bereich der dezentralen Abwasserbeseitigung nicht aus, da hier nach cbm eingesammelten und angelieferten Abwasser abgerechnet wird.

Ergebnis 2003

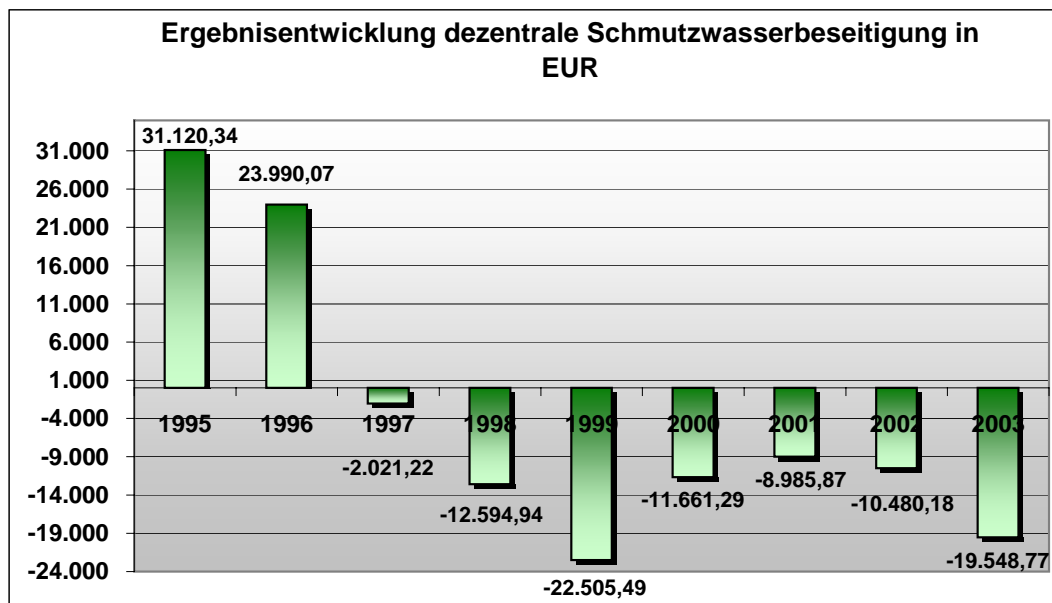
In den vergangenen Jahren wurde berichtet, wie schwierig es ist, für die dezentrale Abwasserbeseitigung deckende Gebührensätze zu kalkulieren, um erhebliche Gebührensatzschwankungen zu vermeiden. Dies hat sich für das Kalenderjahr 2003 erneut bestätigt.

Die Abfuhrmenge 2003 wurde mit 1700 cbm kalkuliert, tatsächlich wurden jedoch nur 1010 cbm (!) für 2003 ermittelt. Die Kalkulation weicht somit erheblich mit **unvorhersehbaren** 690 cbm vom Ergebnis ab. Diese Schwankungen werden durch die Abfuhrhythmen der Hauskläranlagen, die unterschiedlich in ein-, zwei- und dreijährigen Abständen geleert werden und der Einführung der bedarfsgerechte Abfuhr verursacht. Es muss mindestens noch das Ergebnis von 2004 abgewartet werden, um für dieses neue Abfuhrsystem zu einer vernünftigen Schätzung der jährlichen Abfuhrmenge zu kommen. Erst dann, nach hoffentlich flächendeckend eingeführter bedarfsgerechter Abfuhr, wird sich zeigen, ob die geschätzte Abfuhrmenge in Zukunft konstant bleiben wird. Aus dem v.g. Grund sind die Fahrtkosten von 26.331,53 € in der Kalkulation auf 22.156,10 € im Ergebnis gesunken.

In der nachstehenden Grafik wird deutlich, wie gravierend sich die Abfuhrmengen verändert haben.

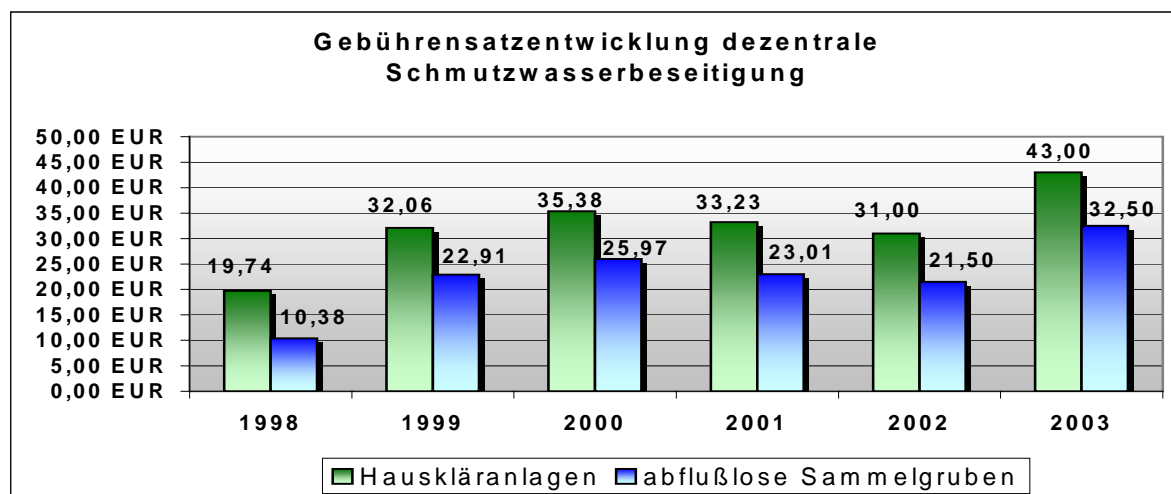


Die Abfuhrmenge „Schlamm“ wird dem Klärwerk zur Beseitigung zugeführt. Da diese Menge geringer ausgefallen ist als in der Kalkulation, sind auch die Kosten auf dem Klärwerk für die Schlammbeseitigung mit 11.341,06 € geringer ausgefallen als in der Kalkulation 2003 mit 19.284,58 € angenommen wurde.



Unter Berücksichtigung eines rückläufigen Defizits wurden die Gebührensätze 2002 gegenüber dem Vorjahr gesenkt. In der Gebührenkalkulation für 2002 wurde jedoch mit einer Abfuhrmenge in Höhe von 2.100 cbm gerechnet. Die Abfuhrmenge stellte sich im Ergebnis mit 1.092 jedoch erheblich geringer dar als vorausgesehen. Dies war der Grund, dass das Jahr 2002 mit einem wieder gestiegenen summierten Defizit (einschließlich aus Vorjahren) in Höhe von –10.480,18 € abgeschlossen werden musste.

In der Kalkulation 2003 wurden mit dem Ziel des Abbaues des aufgelaufenen Defizits die Gebührensätze angehoben. Die Gebührensätze 2003 sind dabei unter Berücksichtigung einer kalkulierten Abfuhrmenge in Höhe von 1.700 cbm berechnet worden. Das für das Jahr 2003 die Abfuhrmenge um weitere 690 cbm auf 1.010 cbm sinkt, war nicht vorzusehen. Dies ist der wesentliche Grund dafür, dass das Jahr 2003 mit einem nicht erwarteten Defizit in Höhe von –9.068,59 € abgeschlossen werden musste. Bei der Festsetzung der Gebührensätze für 2003 war diese gravierende Entwicklung nicht erkennbar. Das aufgelaufene Defizit zum Ende des Jahres 2003 beläuft sich insgesamt nunmehr auf –19.548,77 €



Gemeinde Rastede - Betriebsabrechnungsbogen

2003 (Schmutzwasser - 7000)

Kosten- art	Kostenarten-Bezeichnung	Finanzwirtsch. Rechnung 701100	Abgrenzung 701200	Wirtschafts- rechnung 701300	Haushaltssoll 2003 einschl. Hreste	Abweichung vom Haushaltssoll	Klärwerk 702000	Kanal 702100	Pump- stationen 702200	Schächte 702300	Fäkalschlamm 700300
1. Personalkosten											
zentral											
601100	Beamtenbezüge	6.445,52		6.445,52	9.500	-3.054,48					39,81
601200	Angestelltenvergütung	106.134,30		106.134,30	113.500	-7.365,70	38.692,15		11.105,17		1.090,32
601300	Arbeiterlöhne	103.592,09		103.592,09	102.100	1.492,09	87.325,77		15.818,33		
602100	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Beamte u. Zuführung an d. Versorgungsrücklage	3.687,38		3.687,38	4.200	-512,62					
602200	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Angest.	9.708,49		9.708,49	9.600	108,49	3.402,42		979,36		99,11
602300	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Arbeiter	9.316,58		9.316,58	10.200	-883,42	7.856,67		1.419,57		
603100	Umlage GUV	0,00		0,00	100	-100,00					
603200	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Angest.	23.952,64		23.952,64	23.000	952,64	7.946,47		2.301,90		241,30
603300	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Arbeiter	23.210,04		23.210,04	24.700	-1.489,96	18.792,59		3.397,28		
604100	Beihilfen Unterst. u. dgl.	1.143,45		1.143,45	1.100	43,45					
651700	Personalnebenausgaben	0,00		0,00	100	-100,00					
dezentral - Buchung unter zentral											
601100	Beamtenbezüge	693,70		0,00	\$0,00	0,00					653,89
601200	Angestelltenvergütung	9.716,43		0,00	\$0,00	0,00					8.626,11
602200	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Angest.	970,33		0,00	\$0,00	0,00					871,22
603200	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Angest.	2.355,37		0,00	\$0,00	0,00					2.114,07
		287.190,49		287.190,49	298.100,00	-10.909,51	164.016,07	0,00	35.021,61	0,00	13.735,83
2. Sächl. Verw./Betr.Aufwand - ohne kalk. Kosten											
zentral											
622100	Strom	72.469,16		72.469,16	75.000	-2.530,84	46.964,91		25.504,25		
622200	Heizung	4.415,37		4.415,37	3.800	615,37	4.415,37		127,13		
622700	Wasser	582,27		582,27	1.000	-417,73	455,14				
623100	Haltung von Fahrzeugen	1.780,23		1.780,23	3.000	-1.219,77					
623200	Bauliche Unterhaltung	42.191,13		42.191,13	66.115	-23.923,87	22.054,83	72,26	1.990,40		
623310	Unterh. u. Reinigung der Kanalanlagen	49.122,42		49.122,42	68.000	-18.877,58		45.180,78	3.070,77		
623500	Unterh. u. Ergänzung bewegl. Vermögen	4.901,40		4.901,40	5.000	-98,60	2.116,16	974,33	126,39		
623600	Abgaben	35.304,16		35.304,16	30.000	5.304,16	35.135,25		70,00		
623601	Reinigung	3.041,07		3.041,07	3.500	-458,93	3.041,07				
623602	Versicherung	4.225,11		4.225,11	7.000	-2.774,89	4.165,50		59,61		
624220	Kosten der Schlammbeseitigung	138.849,39		138.849,39	200.900	-62.050,61	7.460,92		339,88		
624270	Kosten der EDV	9.284,57		9.284,57	500	8.784,57	155,51				
624900	Sachkosten	10.094,36		10.094,36	13.150	-3.055,64	6.555,10	128,49	58,12		
625300	Erstattung an die Gem. Jade	4.574,25		4.574,25	9.564	-4.989,72	4.574,25				
629100	Auszahlung sonst. Dienstleistungen	7.351,85		7.351,85	8.000	-648,15					
651200	Aus- und Fortbildung	553,55		553,55	500	53,55					
651300	Dienstreisen	254,45		254,45	700	-445,55					
651600	Dienst- u. Schutzkleidung	912,33		912,33	1.730	-817,67	912,33				
652700	Gerichts- u. ähnl. Kosten	30,09		30,09	100	-69,91	34,45				
622710	Untersuchungsgebühren	5.988,72		5.988,72	12.200	-6.211,28	3.229,02				
653300	Bücher und Zeitschriften	69,37		69,37	200	-130,63	26,20				
653400	Post- u. Fernmeldegebühren	9.764,92		9.764,92	8.200	1.564,92	797,95		8.320,45		
653900	Geschäftsausgaben	2.254,92		2.254,92	2.390	-134,98					
654100	Haftpflicht-, Unfallversicherung	596,00		596,00	600	-4,00					
654300	Mitgliedsbeitr. Verb., Vereine	368,00		368,00	800	-432,00					
657910	Abwasserabgabe Klärwerk	44.469,08		44.469,08	45.100	-630,92	44.469,08				
dezentral											
624220	Kosten der Schlammbeseitigung	34.725,00	-1.227,84	33.497,16	45.900	-12.402,84					33.497,16
657910	Abwasserabgabe Klärwerk	5.726,40		5.726,40	10.000	-4.273,60					5.726,40
Innere Verrechnung											
		23.510,90		23.510,90	30.100	-6.589,10					
Summe sächl. Verw./Betr.Aufw. - ohne kalk. Kosten											
		517.410,47	-1.227,84	516.182,63	653.049	-136.866,24	186.563,04	46.355,86	39.667,00		39.223,56

3. Kalkulatorische Kosten									
Kalk. Abschreibungen	608.662,88	8.856,97	617.519,85	583.400	34.119,85	175.081,24	384.100,34	56.906,29	1.431,99
Kalk. Zinsen	624.074,72	-52.060,49	572.014,23	645.300	-73.285,77	101.614,07	406.799,94	60.249,36	3.350,86
Summe kalk. Kosten	1.232.737,60	-43.203,52	1.189.534,08	1.228.700	-39.165,92	276.695,31	790.900,28	117.155,65	4.782,85
4. Umlagen									
707200 Grundstücke									
707100 Gutachten, Unters.									
707000 Beitragskalkulation									
706900 Gebäude									
706600 Allgem. Verw.-ohne Löhne									
706300 Labor									
706200 Abwasserklärung - Mechanik -									
706100 Schadenbekämpfung									
705900 Abw.-Klärung - Biologie									
705600 Schlammbehandlung									
705300 Fahrzeuge									
705000 Löhne									
705200 Bauhofsleistungen									
Summe Umlagen						0,00	0,00	0,00	
Summe sächl. V./B.Aufw. gesamt	2.037.338,56	-44.431,36	1.992.907,20	2.179.849	-186.941,67	627.274,42	837.256,14	191.844,26	57.742,24
II. Erträge									
zentral									
532000 Benutzungsgeb. u. ähnl. Entgelte	2.087.368,25	-1.227,84	2.086.140,41	2.278.300	-192.159,59	11.341,06	2.074.799,35		
532010 Genehmigungsgebühren	674,96		674,96	500	174,96		674,96		
542300 Erstattung von Gemeinden	9.486,74		9.486,74	7.600	1.886,74		9.486,74		
dezentral									
532000 Benutzungsgeb. u. ähnl. Entgelte	42.947,25		42.947,25	61.400	-18.452,75				42.947,25
532015 Abwasserabgabe (Hausklärarl.)	5.763,80		5.763,80	8.000	-2.236,20				5.763,80
Summe Erträge	2.146.241,00	-1.227,84	2.145.013,16	2.355.800	-210.786,84	11.341,06	2.084.961,05	0,00	48.711,05
III. Ergebnis									
Unterdeckung	-108.902,44	-43.203,52	-152.105,96	-175.951,13	23.845,17	615.933,36	-1.247.704,91	191.844,26	9.031,19

Überschuss	zentral	Überschuß	dezentral
bis 31.12.93	204.060,66		
bis 31.12.94	462.600,26		
bis 31.12.95	426.436,25		
bis 31.12.96	187.132,83	bis 31.12.96	12.265,93
bis 31.12.97	56.027,73	bis 31.12.97	-1.033,43
bis 31.12.98	107.454,74	bis 31.12.98	-6.439,69
bis 31.12.99	6.165,87	bis 31.12.99	-11.506,87
bis 31.12.00	-118.678,44	bis 31.12.00	-5.962,32
bis 31.12.01	-395.545,18	bis 31.12.01	-13.623,54
bis 31.12.02	-326.885,53	bis 31.12.02	-15.117,85
bis 31.12.03	-165.748,38	bis 31.12.03	-24.149,04

	zentral		dezentral
	Wirtschaftsrechnung	HHPlan	Wirtschaftsrg. *) HHPlan
Summe der Ausgaben	1.935.164,96	2.168.958,97	57.742,24 10.889,90
Summe der Einnahmen	2.096.302,11	2.355.800,00	48.711,05 0,00
Unterdeckung	-161.137,15	-186.841,03	9.031,19 10.889,90
Unterdeckung über alles	-152.105,96	-175.951,13	

*) ohne die Beträge Abwasserabgabe (Einnahme und Ausgabe)

Kontrollsummen		
zentr. + dezentr.	Abw.Abq.Fäk.	
1.992.907,20	0,00	1.992.907,20
2.145.013,16	0,00	2.145.013,16
-152.105,96	0,00	
	-152.105,96	
	-152.105,96	

o.k.

o.k.

[illegible]

[illegible][illegible]

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/301

freigegeben am 26.10.2004

GB 1

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 26.10.2004

Festsetzung der Gebührensätze 2005 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.11.2004	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnenden Einrichtungen „zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung“ folgende Gebührensätze ab 2005 festgelegt werden:

1. Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser €2,60.

2. Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- | | |
|---|--------|
| a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamms | €53,00 |
| b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamms | €42,50 |

Sach- und Rechtslage:**Erläuterungen**

**zu der Kalkulation der Gebührensätze 2005 für die
zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser**

Vorbemerkung:

Die Kalkulation der Gebührensätze berücksichtigt das Ergebnis der Kostenrechnung des Jahres 2003 und die Nachkalkulation des Jahres 2004. Die Nachkalkulation kann hinsichtlich des zu berücksichtigenden Ergebnisses (Überschuss oder Fehlbetrag) nur einen Näherungswert bringen, weil eine Reihe von Kosten und Gebühreneinnahmen im Zeitpunkt der Berechnung nicht bekannt ist. Bei der Berechnung der Gebührensätze wurde versucht, die Erfahrungswerte von Vorausberechnungen zu berücksichtigen.

Nachkalkulation 2004

Das nachkalkulierte Gebührenaufkommen in Höhe von 2.066.000 € fällt mit ca. 144.000 € Mindereinnahmen von der Kalkulation ab. Bei der Gebührenkalkulation wurde mit einer Abwassermenge (OOWV und selbst abgerechnetes Abwasser) von 850.000 cbm x 2,60 € (Gebührensatz) = ca. 2.210.000 € Gebührenaufkommen gerechnet. In der Nachkalkulation 2004 musste mit einer korrigierten Abwassermenge von insgesamt 830.000 cbm abzüglich der vom OOWV zuviel überwiesenen Gebühren in Höhe von ca. 92.000 € für 2003 gerechnet werden.

Wie bereits im Ergebnis 2003 berichtet, hat der OOWV das Abrechnungsverfahren bezüglich der Abwassergebühren mit der Gemeinde Rastede geändert. Bislang wurden der Gemeinde Rastede stets zu hohe Abschlagszahlungen aufgrund der vom OOWV gemeldeten Abwassermenge des Vorjahres überwiesen. Dabei hatte der Wasserverband versäumt, die Absetzungsmenge (rd. 20.000 cbm) für das Frischwasser abzusetzen, das nicht als Abwasser in den Schmutzwasserkanal der Gemeinde Rastede eingeleitet wird (z.B. Gartenbewässerung). Die Verrechnung des Betrages in Höhe von 92.000 € für das Vorjahr und die Absetzungsmenge (20.000 cbm x 2,60) in Höhe von 52.000 € ergeben die Mindereinnahmen für 2004 in Höhe von 144.000 €.

Ab 2004 bekommt die Gemeinde Rastede die beim OOWV monatlich eingegangenen „Ist-Zahlungen“ überwiesen.

Bei den Ausgaben in der Nachkalkulation 2004 fallen besonders die hohen Kosten bei der Schlammabeseitigung auf. Es wurde mehrfach berichtet, dass dieser Ansatz schwer zu kalkulieren ist, da verschiedene nicht voraussehbare Faktoren bei der Veranschlagung zu berücksichtigen sind.

Die kalkulatorischen Kosten 2004 sind um ca. 72.000 € gegenüber dem Ergebnis 2003 gestiegen. Diese Kosten werden jährlich komplett nach Fortschritt der Bauentwicklung überprüft.

Zum Jahresende 2004 ergibt sich unter Berücksichtigung des Ergebnisses zum 31.12.2003 in Höhe von -165.748,38 € ein voraussichtliches fortgeschriebenes Ergebnis in Höhe von -203.568,04 €. Das in 2004 voraussichtlich erwirtschaftende Ergebnis beträgt somit kalkuliert -37.819,66 €.

Gebührenkalkulation 2005

Zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

a) Personalkosten

Die Personalkosten wurden für 2005 mit insgesamt 281.010 € um ca. 7.555,34 € höher angesetzt als im Jahre 2003. Für die kalkulierten Mehrkosten sind die Einplanung von Lohnkosten für einen Auszubildenden und eine Korrektur der Aufteilung von Lohnkosten auf die Budgets verantwortlich.

b) Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand einschl. der kalkulatorischen Kosten

Bei dem sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand einschließlich der kalkulatorischen Kosten für 2005 sinken die Ausgaben gegenüber der Nachkalkulation 2004 insgesamt um rechnerisch 69.282,85 € (ca. 3,27 %). Insoweit wird auch 2005 von einem „normalen Betriebsjahr“ ausgegangen.

Die bauliche Unterhaltung mit 17.100 € fällt im Vergleich zum Ergebnis 2003 und der Nachkalkulation 2004 für 2005 gering aus. Es ist jedoch vorgesehen, in 2004 ein Haushaltsrest für das Haushaltsjahr 2005 in Höhe von 10.000 € zu bilden, um einen Teil der bevorstehenden Reparatur der Maschinen- und Elektrotechnik zu begleichen.

Weiter fallen die Kosten der Kontenart 624220 im Vergleich der Haushaltsjahre auf. Unter dieser Kontenart sind einige Haushaltsstellen zusammengefasst. Den größten Anteil bilden die Kosten für die Schlammabeseitigung, die im Jahre 2003 und 2004 mit 185.000 € veranschlagt wurden. Tatsächlich wurden 2003 bei dieser Ausgabeposition 132.033,14 € ausgegeben und für 2004 sind bereits bis Ende September ca. 147.000 € ausgegeben worden. Da davon ausgegangen wird, dass die Ansätze bislang etwas zu hoch veranschlagt wurden, ist für das Haushaltsjahr 2005 der Ansatz auf 150.000 € herabgesetzt worden. Wie bereits mehrfach erwähnt, lassen sich die Kosten der Schlammabeseitigung schwer kalkulieren, da die Menge des Klärschlammes jährlich um etliche Tonnen differiert, die Aufbringung des Klärschlammes durch die Landwirte auf die Ländereien witterungsabhängig ist und zudem die Kosten für die Zusatzstoffe, die bei der Aufbereitung des Klärschlammes notwendig sind, jährlich unterschiedlich hoch sind.

Die kalkulatorischen Abschreibungen sind in der Nachkalkulation 2004 gegenüber dem Ergebnis 2003 um 29.737,76 € und in der Gebührenberechnung 2005 gegenüber der Nachkalkulation 2004 um 15.853,12 € gestiegen. Folgende Anlagegüter bzw. Baugebiete werden voraussichtlich neu in die Abschreibung kommen:

2004:

- Donaustraße BBPl. 63 b
- SW-Kanal Hahn-Lehmden, Baugebiet Meenheitsweg, BBPl. 62
- Neuanschaffung von Störmeldeanlagen
- Sanierung von Pumpwerken

2005:

- SWK Schloßstraße/August-Brötje-Straße
- DRL – von Hankhausen zum Klärwerk
- Sanierung Belüftung Belebung 1
- Wohnbau Wahnbeck III – BBPl. 63 c – Hohe Brink
- Wohnbau Loy

Abschreibungen für Sanierungsmaßnahmen der Schmutzwasserkanäle, Grundstücksanschlüsse und Neuanschaffung von beweglichem Vermögen fallen für das jeweilige Haushaltsjahr erneut an.

Die kalkulatorischen Zinsen in der Nachkalkulation 2004 fallen um 42.551,67 € gegenüber dem Ergebnis 2003 und in der Gebührenberechnung 2005 um 4.035,03 € gegenüber der Nachkalkulation 2004 höher aus. Das liegt zum einen daran, dass die Investitionen im Haushaltsjahr und die Investitionen für Anlagen, die noch nicht abgeschrieben werden, zu einem hohen Wertezuwachs bei der Gesamtanlage führen. Zum anderen führt die Berücksichtigung von Abschreibungen und des Abzugskapitals zu einem zu verzinsenden Restkapital (kalkulatorischer Restwert), das über dem des Vorjahres liegt. Von diesem Wert werden 6 % als kalkulatorische Zinsen in die Kostenrechnung eingestellt. Der Zinssatz für die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen wurde nicht verändert.

c) Berechnung der Gebühr

Die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben 2005 betragen 2.055.236,81 €. Unter Berücksichtigung des fortgeschriebenen Vorjahresdefizits betragen die gebührenrelevanten Kosten insgesamt 2.258.804,85 € sh. anliegenden BAB.

Bei vollständigem Defizitabbau und der geschätzten Abwassermenge in Höhe von 830.000 cbm wurde der Gebührensatz für 2005 = 2,72 €/pro cbm betragen. Die Abwassermenge, die durch den OOWV abgerechnet wird, wurde vorsichtig auf 800.000 cbm geschätzt (2003 = 807.634 cbm). Bei der durch die Gemeinde selbst abzurechnenden Abwassermenge wurde von 30.000 cbm ausgegangen (2002 = 39.161 cbm, 2003 = 27.306 cbm).

Wäre kein Defizit aus Vorjahren zu berücksichtigen, würde sich ein Gebührensatz in Höhe von 2,47 €/pro cbm berechnen.

Wird der Gebührensatz für 2005 nicht verändert, so kann nach der Zusammenstellung im Betriebsabrechnungsbogen mit Einnahmen von insgesamt 2.180.800 € und Ausgaben in Höhe von 2.055.236,81 € kalkuliert werden. Dies würde bedeuten, dass im Jahr 2005 ein voraussichtlich kalkulierter Überschuss in Höhe von ca. 125.500 € erwirtschaftet wird.

Die Verwaltung schlägt daher vor, unter Berücksichtigung des Zieles erhebliche Gebührenschwankungen zu vermeiden, den Gebührensatz 2005 wie im Jahre 2004 in Höhe von 2,60 €/pro cbm Abwasser festzusetzen.

Entwicklung der Gebührensätze in EUR

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005
Gebührensatz	1,97	2,15	2,60	2,60	2,60

Der BAB zur vorstehenden Kostenrechnung liegt als Anlage 1 bei.

Dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

Bei der Kalkulation 2003 wurde von einer Abfuhrmenge in Höhe von 1.700 cbm Klärschlamm ausgegangen, tatsächlich wurden 1.010 cbm abgefahren. Aus diesem Grunde musste das Ergebnis der Kostenrechnung 2003 mit einem Defizit in Höhe von 9.068,59 € plus dem Defizit aus Vorjahren in Höhe von 10.480,18 €, also mit insgesamt mit 19.548,77 € abgeschlossen werden.

Durch die unterschiedlichen Abfuhrhythmen der Hauskläranlagen einerseits und die Umstellung auf die bedarfsgerechte Abfuhr des Fäkalschlammes andererseits sanken im Ergebnis die Abfuhrmengen der Jahre 2002 (um 1.008 cbm) und 2003 (um 690 cbm) gegenüber der Kalkulation erheblich. Dies konnte nicht vorausgesehen werden.

Durch die noch immer nicht komplette bedarfsgerechte Abfuhr des Fäkalschlammes lässt sich die Abfuhrmenge für die Berechnung der Gebühr auch für 2005 nur schwer schätzen. Um zu einer dauerhaft realistischen Schätzung der jährlichen Abfuhrmenge zu kommen, hofft die Verwaltung, dass sich nach kompletter Umstellung auf die bedarfsgerechte Abfuhr eine jährlich weitgehend konstante Abfuhrmenge ergeben wird, was die Gebührekalkulation verlässlicher machen würde.

Die tatsächliche Abfuhrmenge beträgt für 2003 = 1.010 cbm (Hauskläranlagen 1001 u. abflusslose Gruben 9). In der Nachkalkulation 2004 und der Gebührenberechnung 2005 wurde von einer Abfuhrmenge in Höhe von 957 cbm (Hauskläranlagen 950 cbm u. abflusslose Gruben 7 cbm) ausgegangen.

Bis September 2004 wurden für das I. und II. Quartal 7.000 € an Fahrtkosten ausgegeben. Wenn davon ausgegangen wird, dass für 2004 nochmals mindestens 7.000 € Kosten für das III. und IV. Quartal anfallen, dann wird der nachkalkulierte Betrag in Höhe von 17.000 € sicherlich ausreichen, die gesamten Fahrtkosten des Fäkalschlammes für 2004 zu begleichen.

Die Nachkalkulation 2004 weist ein weiteres kalkuliertes Defizit in Höhe von 5.532,27 € auf, so dass zum 31.12.2004 voraussichtlich ein fortgeschriebenes Defizit einschließlich Vorjahre in Höhe von 25.081,04 € entstehen wird.

In der Gebührenkalkulation 2005 wurde mit der gleichen Abfuhrmenge (957 cbm) wie in der Nachkalkulation 2004, aber statt mit 17.000 € vorsichtshalber mit 18.000 € Fahrkosten (Preissteigerung) kalkuliert.

Die Gesamtausgaben des Jahres 2005, bestehend aus Fahrkosten, Kosten der Reinigung, Lohnkosten und Kosten der Fäkalschlammannahme betragen insgesamt 47.850,30 €. Zuzüglich des gesamten Defizits bis zum 31.12.2004 in Höhe von 25.081,04 € ergeben sich Kosten von insgesamt 72.931,34 €. Bei vollständigem Defizitabbau würde sich ein Gebührensatz in Höhe von 76,31 € für Hauskläranlagen und 65,80 € für abflusslose Gruben errechnen. Dies würde jedoch zu einem Gebührensprung von 33,31 und 33,30 € führen, der einer Steigerung von 77,47% und 102,46 % entspricht.

Um solche gravierenden Gebührensprünge zu vermeiden wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen die Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung jeweils um 10 € anzuheben:

- 53,00 € pro cbm für Hauskläranlagen und
- 42,50 € pro cbm für abflusslose Gruben

Gebührensätze

Die Berechnung der Gebührensätze ergibt sich aus der Anlage.

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Hausklär-Anlagen	35,38 €	33,23 €	31,00 €	43,00 €	43,00 €	53,00 €
Abflusslose Gruben	25,97 €	23,01 €	21,50 €	32,50 €	32,50 €	42,50 €

Berechnung im Einzelnen:

1.	Kosten der Abfuhr	in EUR
	Kosten der Abfuhr 2.005 lt. Bauamt	18.000,00
	Bei Anlieferung von 957 cbm	
	betragen die Kosten pro cbm	18,81
2.	Kosten der Reinigung	
2.1	Kosten des Klärwerks ohne Fäkalschlammannahme und	
	ohne Verzinsung des Anlagekapitals	737.407,43
	Bei einer Reinigungsleistung von 834.940 cbm betragen	
	die Kosten pro cbm	0,89
2.2	Verzinsung des Anlagekapitals	
	Das Abzugskapital hinsichtlich Beiträge bleibt unberücksichtigt, weil für die Fäkalschlambeseitigung keine Beiträge gezahlt wurden.	
	Das Anlagekapital beträgt per 31.12.2005 lt. Kostenrechnung	2.496.540,41
	abzüglich verbleibende Zuschüsse nach Abschreibung	543.595,30
	ergibt zu verzinsendes Kapital	1.952.945,11
	Bei einem Zinssatz von 6 % des zu verzinsenden Anlagekapitals	117.176,71
	ergibt somit Zinsen bei einer Berechnungsgrundlage von 830.000 cbm	0,14

2.3 Fäkalschlammannahme	
Anteilige Baukosten	71.599,27
abzüglich bisherige Abschreibungen	-18.615,81
verbleibendes zu verzinsendes Kapital Annahmest.	52.983,46
Bei einem Zinssatz von 6 % des zu verzinsenden Anlagekapitals	3.179,01
Bei einem Abschreibungssatz von 2 % der Baukosten	1.431,99
ergibt Kosten der Fäkalschlammannahme	4.610,99
Bei einer Annahmemenge von 1.001 cbm betragen die Kosten pro cbm	4,82
3. Personalkosten der Verwaltung	
3.1 Anteilige Personalkosten insgesamt	14.290,00
3.2 Personalkosten je cbm	14,93
4. Kosten der Klärung	
4.1 Kosten der Klärung	0,89
4.2 Verzinsung des Anlagekapitals	0,14
4.3 ergibt insgesamt (je cbm)	1,03
5. Berechnung Verschmutzungszuschlag bei Hauskläranlagen	
5.1 (1/2 Kosten nach Ziffer 3.3 x CSB(roh) : 700 g pro cbm)	
= ((1,03 DM :2) pro cbm x 15.000 g/cbm) : 700 g/cbm =	11,03
zuzüglich der Hälfte der Kosten der nach Ziffer 3.3	0,51
	11,55
Berechnung der Gebühr für Hauskläranlagen	
5.2 Anteiliger Überschuss/Fehlbetrag Vorjahr	26,21
5.3 Kosten der Abfuhr	18,81
5.4 Anteilige Baukosten (kalkulatorische Kosten)	4,82
5.5 Anteilige Personalkosten Verwaltung	14,93
5.6 Kosten der Reinigung mit Verschmutzungszuschlag	11,55
Neu errechneter Gebührensatz:	76,31
Vorschlag der Verwaltung	53,00
6. Berechnung Verschmutzungszuschlag für abflusslosen Gruben - e n t f ä l l t -	
6.1 (1/2 Kosten nach Ziffer 3.3 x CSB Schwankungsbereich) : 700 g pro cbm)	
= ((1,03 DM :2) pro cbm x 45.000 g/cbm) : 700 g/cbm =	33,09
zuzüglich der Kosten nach Ziffer 3.3	0,51
Der Rechtsprechung folgend wird keine Zuschlag in Ansatz gebracht (s. Vorlage 97/317a)	0,00
Berechnung der Gebühr für abflusslose Gruben	
6.2 Anteiliger Überschuss/Fehlbetrag Vorjahr	26,21
6.3 Kosten der Abfuhr	18,81
6.4 Anteilige Baukosten (kalkulatorische Kosten)	4,82
6.5 Anteilige Personalkosten Verwaltung	14,93
6.6 Kosten der Reinigung	1,03
Neu errechneter Gebührensatz:	65,80
Vorschlag der Verwaltung	42,50
7. Überschuss/Defizit aus Vorjahren	
Bis 31.12.2004 besteht ein kalkuliertes Defizit in Höhe von	25.081,04
Dieses Defizit wurde bei der vorstehenden Kalkulation berücksichtigt	

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1 – BAB Festsetzung des Gebührensatzes 2005 (zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser)

K.-art	Kostenarten-Bezeichnung	Ergebnis 2003	Hhsoll 2004 einschl. Hreste	Hhsoll 2005	BAB 2005 zentrale Abwasserbeseitigung Klärwerk, Kanal u. Pumpstationen			dezentrale Abwasserbeseitigung Fäkalschlamm		
					Ergebnis 2003	Hhsoll 2004	Hhsoll 2005	Ergebnis 2003	Hhsoll 2004	Hhsoll 2005
	1. Personalkosten									
	zentral									
601100	Beamtenbezüge	6.445,52	8.200	3.200	5.751,82	7.440,00	2.400,00	39,81	80,00	100
601200	Angestelltenvergütung	106.134,30	107.900	117.800	96.417,87	98.100,00	107.900,00	1.090,32	1.100,00	1150
601300	Arbeiterlöhne	103.592,09	104.900	100.800	103.592,09	104.000,00	99.860,00			
602100	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Beamte u. Zuführung an d. Versorgungsrücklage	3.687,38	3.400	2.100	3.687,38	3.400,00	2.100,00			
602200	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Angest.	9.708,49	9.600	11.400	8.738,16	9.500,00	11.290,00	99,11	100,00	110
602300	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Arbeiter	9.316,58	9.300	9.300	9.316,58	9.300,00	9.300,00			
603100	Umlage GUV	0,00	100	0		100,00	0,00			
603200	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Angest.	23.952,64	23.900	27.700	21.597,27	21.450,00	25.160,00	241,30	250,00	260
603300	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Arbeiter	23.210,04	23.600	22.300	23.210,04	23.600,00	22.300,00			
604100	Beihilfen Unterst. u. dgl.	1.143,45	900	600	1.143,45	900,00	600,00			
651700	Personalnebenausgaben	0,00	100	100		100,00	100,00			
	dezentral - Buchung unter zentral									
601100	Beamtenbezüge	693,70						653,89	680,00	700
601200	Angestelltenvergütung	9.716,43						8.626,11	8.700,00	8750
602200	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Angest.	970,33						871,22	900,00	940
603200	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Angest.	2.355,37						2.114,07	2.200,00	2280
		287.190,49	291.900,00	295.300,00	273.454,66	277.890,00	281.010,00	13.735,83	14.010,00	14.290,00
	2. Sächl. Verw./Betr.Aufwand - ohne kalk. Kosten									
	zentral									
622100	Strom	72.469,16	72.600	74.000	72.469,16	72.600,00	74.000,00			
622200	Heizung	4.415,37	6.700	4.600	4.415,37	6.700,00	4.600,00			
622700	Wasser	582,27	800	800	582,27	800,00	800,00			
623100	Haltung von Fahrzeugen	1.780,23	2.500	3.500	1.780,23	2.500,00	3.500,00			
623200	Bauliche Unterhaltung	42.191,13	67.830	17.100	42.191,13	67.830,00	17.100,00			
623310	Unterh. u. Reinigung der Kanalanlagen	49.122,42	63.000	64.500	49.122,42	63.000,00	64.500,00			
623500	Unterh. u. Ergänzung bewegl. Vermögen	4.901,40	4.800	4.800	4.901,40	4.800,00	4.800,00			
623600	Abgaben	35.304,16	33.300	35.900	35.304,16	33.300,00	35.900,00			
623601	Reinigung	3.041,07	4.600	3.600	3.041,07	4.600,00	3.600,00			
623602	Versicherung	4.225,11	4.500	4.300	4.225,11	4.500,00	4.300,00			
624220	Kosten der Schlammbeseitigung	138.849,39	215.397	166.900	138.849,39	215.397,00	166.900,00			
624270	Kosten der EDV	9.284,57	1.700	1.500	9.284,57	1.700,00	1.500,00			
624900	Sachkosten	10.094,36	10.000	12.000	10.094,36	10.000,00	12.000,00			
625300	Erstattung OOVV OT Rastederberg	4.574,25	5.100	5.000	4.574,25	5.100,00	5.000,00			
629100	Auszahlung sonst. Dienstleistungen	7.351,85	0	0	7.351,85	0,00	0,00			
651200	Aus- und Fortbildung	553,55	1.112	1.300	553,55	1.112,00	1.300,00			
651300	Dienstreisen	254,45	400	400	254,45	400,00	400,00			
651600	Dienst- u. Schutzkleidung	912,33	1.650	1.700	912,33	1.650,00	1.700,00			
652700	Gerichts- u. ähnl. Kosten	30,09	400	500	30,09	400,00	500,00			
622710	Untersuchungsgebühren	5.988,72	7.000	7.000	5.988,72	7.000,00	7.000,00			
653300	Bücher und Zeitschriften	69,37	200	200	69,37	200,00	200,00			
653400	Post- u. Fernmeldegebühren	9.764,92	8.200	10.000	9.764,92	8.200,00	10.000,00			
653900	Geschäftsausgaben	2.254,92	200	200	2.254,92	200,00	200,00			
654100	Haftpflicht-, Unfallversicherung	596,00	600	600	596,00	600,00	600,00			
654300	Mitgliedsbeitr. Verb., Vereine	368,00	600	600	368,00	600,00	600,00			
657910	Abwasserabgabe Klärwerk	44.469,08	45.100	45.000	44.469,08	45.100,00	45.000,00			
	dezentral									
624220	Kosten der Schlammbeseitigung	33.497,16	37.300	38.000				33.497,16	37.300,00	38.000,00
657910	Abwasserabgabe Klärwerk	5.726,40	6.000	5.000				5.726,40	6.000,00	5.000,00
	Innere Verrechnung	23.510,90	31.300	31.300	23.510,90	31.300,00	31.300,00			
	Summe sächl. Verw./Betr.Aufw. - ohne kalk. Kosten	516.182,63	632.889	540.300	476.959,07	589.589,00	497.300,00	39.223,56	43.300,00	43.000,00

	3. Kalkulatorische Kosten									
	Kalk. Abschreibungen	617.519,85	647.258	663.109	616.087,86	BAB_2005 645.825,62	661.676,74	1.431,99	1.431,99	1.431,99
	Kalk. Zinsen	572.014,23	614.480	618.429	568.663,37	611.215,04	615.250,07	3.350,86	3.264,94	3.179,01
	Summe kalk. Kosten	1.189.534,08	1.261.737,59	1.281.537,81	1.184.751,23	1.257.040,66	1.276.926,81	4.782,85	4.696,93	4.611,00
	4. Umlagen									
707200	Grundstücke									
707100	Gutachten, Unters.									
707000	Beitragskalkulation									
706900	Gebäude									
706600	Allgem. Verw.-ohne Löhne									
706300	Labor									
706200	Abwasserklärung - Mechanik -									
706100	Schadenbekämpfung									
705900	Abw.-Klärung - Biologie									
705600	Schlammbehandlung									
705300	Fahrzeuge									
705000	Löhne									
705200	Bauhofsleistungen									
	Summe Umlagen									
	Summe sächl. V./B.Aufw. gesamt	1.992.907,20	2.186.526,59	2.117.137,81	1.935.164,96	2.124.519,66	2.055.236,81	57.742,24	62.006,93	61.901,00
	II. Erträge									
	zentral									
532000	Benutzungsgeb. u. ähnl. Entgelte	2.086.140,41	2.076.900	2.171.000	2.086.140,41	2.076.900,00	2.171.000,00			
532010	Genehmigungsgebühren	674,96	500	500	674,96	500,00	500,00			
542300	Erstattung von Gemeinden	9.486,74	9.300	9.300	9.486,74	9.300,00	9.300,00			
	dezentral									
532000	Benutzungsgeb. u. ähnl. Entgelte	42.947,25	41.051	60.300				42.947,25	41.050,52	60.300,00
532015	Abwasserabgabe (Hausklärantl.)	5.763,80	5.500	5.000				5.763,80	5.500,00	5.000,00
	Summe Erträge	2.145.013,16	2.133.251	2.246.100	2.096.302,11	2.086.700,00	2.180.800,00	48.711,05	46.550,52	65.300,00
	III. Ergebnis									
	Unterdeckung	-152.105,96	53.276,07	-128.962,19	-161.137,15	37.819,66	-125.563,19	9.031,19	15.456,41	-3.399,00

Überschuss	zentral	Überschuss	dezentral	Ermittlung der Gebühr mit dem Defizit aus Vorjahren	
bis 31.12.93	204.060,66			Voraussichtliche Kosten 2005	2.055.236,81
bis 31.12.94	462.600,26				
bis 31.12.95	426.436,25			abzüglich Überschuss am 31.12.2004	203.568,04
bis 31.12.96	187.132,83				
bis 31.12.97	56.027,73				
bis 31.12.98	107.454,74	Sh. Akte Fäkalschlamm		= gebührenrelevante Kosten	2.258.804,85
bis 31.12.99	6.165,87	keine Zahlen aus dieser Tabelle		dividiert durch	
bis 31.12.00	-118.678,44			Voraussichtliche Abwassermenge 2005	830.000,00
bis 31.12.01	-395.545,18	bis 31.12.01	-8.985,87	ergibt	
bis 31.12.02	-326.885,53	bis 31.12.02	-10.480,18	einen Gebührensatz in Höhe von	2,72 EUR
bis 31.12.03	-165.748,38	bis 31.12.03	-19.548,77	Gebühr 2004: 2,60 €	Vorschlag für 2005 2,60 EUR
bis 31.12.04	-203.568,04	bis 31.12.04	-25.081,04		
bis 31.12.05	-78.004,85				
Ermittlung der Gebühr ohne dem Defizit aus Vorjahren					
				= gebührenrelevante Kosten ohne Defizit	2.055.236,81
				Voraussichtliche Abwassermenge 2005	830.000,00
				ergibt einen Gebührensatz in Höhe von	2,476 EUR
				Vorschlag für 2005	2,60 EUR

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2004/302

freigegeben am 26.10.2004

GB 1

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 26.10.2004

Bericht über das Ergebnis der Kostenrechnung 2003 für die kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.11.2004	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Bericht über das Ergebnis der Kostenrechnung 2003 der öffentlichen Einrichtung Straßenreinigung wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Die Sach- und Rechtslage ergibt sich aus der Anlage.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Anlage 1 – Bericht einschließlich der Berechnung des Endergebnisses der Kostenrechnung 2003

Bericht über das Ergebnis der kostenrechnenden Einrichtung „Straßenreinigung“ für das Haushaltsjahr 2003

Vorbemerkung

In dem vorliegenden Bericht wird die Kostenrechnung 2003 für die kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung erläutert.

Ergebnis:

Das gesetzliche Ziel der Kostendeckung wurde im Ergebnis 2003 mit einem Defizit von 8.376,10 EUR (ohne Vorjahre) bei einem Gesamtvolumen der gebührenrelevanten Kosten in Höhe von 42.267,05 € nicht erreicht. Unter Einbeziehung des Überschusses aus den Vorjahren (Überschuss) schließt das Gesamtergebnis zum 31.12.03 mit einem Defizit in Höhe von 3.710,62 EUR ab.

Erläuterungen zu der anliegenden Kostenaufstellung im Einzelnen:

1. a) Kosten der Reinigung durch eine Fremdfirma:

Die Reinigungskosten werden mit der Fremdfirma nach den gereinigten Straßenkilometern abgerechnet. Die zu reinigenden Straßenkilometer haben sich für das Haushaltsjahr 2003 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der Reinigungspreis pro Kilometer wurde für 2003 jedoch gegenüber der Kalkulation angehoben. Kalkuliert wurde bei der wöchentlichen Reinigung mit 357,79 EUR pro km und bei der 14-tägigen Reinigung mit 210 EUR pro km. Im Ergebnis wurde für die wöchentliche Reinigung mit 379,32 EUR pro km und für die 14-tägige Reinigung mit 222,64 EUR abgerechnet. Kalkuliert wurde also insgesamt mit 31.197,44 EUR, und das Ergebnis weist einen Betrag in Höhe von 32.918,67 EUR aus. Diese Differenz in Höhe von 1.721,23 EUR entspricht einer Preissteigerung von 5,52 %.

1. b) Straßeneinlaufschächte

Die Straßeneinlaufschächte sind Bestandteil der Straße; aber die Reinigung der Schächte steht auch im Dienste der Einrichtung „Straßenreinigung“. Alle anfallenden Kosten, soweit sie auf die Straßen der öffentlichen Einrichtung entfallen, werden deshalb zu 50 % bei der Straßenreinigungsgebühr berücksichtigt.

Der 50%-ige Anteil der anfallenden Kosten für die Reinigung der Straßeneinlaufschächte wurde mit 6.942,33 EUR kalkuliert, da normalerweise davon ausgegangen wird, dass die Straßeneinlaufschächte zweimal im Jahr gereinigt werden. Im Jahre 2002

und 2003 wurden die Straßeneinlaufschächte jedoch jeweils tatsächlich nur einmal gereinigt. Es sind somit Minderausgaben in Höhe von 3.132,02 EUR für 2003 gegenüber der Kalkulation entstanden.

2. a) Personalkosten Verwaltung

Die Personalkosten sind um 19,34 % höher ausgefallen als in der Kalkulation. Im Ergebnis 2003 wurden 3.014,39 EUR ausgewiesen während mit einem Betrag in Höhe von 2.525,71 EUR kalkuliert wurde.

Zum einen sind die Lohnerhöhungen und zum anderen sind Neuberechnungen der Arbeitszeitanteile (veränderte Budgetaufteilung) für die Mehrausgaben verantwortlich.

2. b) Persönliche und sächliche Kosten des Bauhofes

Hier werden keine Kosten mehr ausgewiesen, da der Winterdienst ab dem Jahre 2002 in der Kalkulation „Straßenreinigung“ keine Berücksichtigung mehr findet und somit der Bauhof für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung so gut wie keine Arbeiten mehr leistet. Siehe 3..

2. c) Regiekosten (Budget 80)

Aus dem nicht gedeckten Saldo des Budgets 80 „Service“ heraus wurden die Regiekosten der Verwaltung für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ (Teilbudget 6102) auf 2.132,39 EUR kalkuliert; tatsächlich wurden aber am Ende des Jahres 12.369,58 EUR (3.015,63 EUR + 8.070,71 EUR + 1.283,24 EUR) in Rechnung gestellt (siehe nachstehende Tabelle).

Für 2003 sind insgesamt an Regiekosten 26.814,31 EUR mit dem Budget „Straßenreinigung“ verrechnet worden. Diese Kosten wurden auf die folgenden Kostenstellen verteilt:

6710	Wöchentliche Reinigung	3.015,63 €
6720	14-tägige Reinigung	8.070,71 €
6730	Sonstige Reinigung	528,18 €
6750	Schächte	1.283,24 €
6770	Winterdienst	13.916,55 €
	insgesamt:	26.814,31 €

Die graufarbig markierten Regiekostenanteile fließen in das Ergebnis der Kostenrechnung 2003 ein, weil nur diese Positionen der „öffentlichen Einrichtung Straßenreinigung“ zugeordnet werden können.

Die erhebliche Abweichung zwischen Kalkulation und Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass bei der Kalkulation der Regiekosten noch keine optimierte Regiekostenaufteilung vorgelegen hat. Dies war erstmals im Zeitpunkt der Ergebnisfeststellung der Kostenrechnung für 2003 der Fall! Regiekosten in Höhe von über 10.000 EUR sind nach den Erkenntnissen von heute eine auf die Straßenreinigung entfallende Normalgröße.

3. Winterdienst:

Ab dem Jahre 2002 findet der Winterdienst in der Kostenrechnung „Straßenreinigung“ aufgrund eines Urteiles des OVG Lüneburg keine Berücksichtigung mehr.

4. Deponiekosten:

Beim Endergebnis für 2002 wurde festgestellt, dass Deponiekosten in Höhe von 12.016,40 EUR angefallen sind. Daraufhin wurde in der Kalkulation für 2003 mit einem Betrag in Höhe von 10.000 EUR kalkuliert. Dieser Betrag war zu hoch veranschlagt, denn die tatsächlichen Deponiekosten beliefen sich auf einen Betrag in Höhe von 4.243,12 EUR. Der Grund für die Minderausgaben ist, dass der eingesammelte Abfall zu einem großen Teil wiederverwertet werden konnte. Die Recycelfähigkeit des Abfalls hängt zum einen von der Art des Bedarfes bei der Bermensanierung und zum anderen von der qualitativen Zusammensetzung ab. Auf der Deponie ist auf jeden Fall belasteter Abfall zu entsorgen.

5. Kosten, die von den Gesamtkosten abzuziehen und folglich vom allgemeinen Haushalt zu tragen sind:

Durch die Rechtssprechung wurde festgelegt, dass die öffentliche Interessenquote innerhalb des von der Straßenreinigung betroffenen Gebietes mindestens 25% der Straßenreinigungsgesamtkosten betragen muss, wobei dabei 15% auf Flächen entfallen, für die es keine Anlieger gibt und 10%, die den Durchgangsverkehr betreffen. Soweit der Allgemeinkostenanteil geringer als 25% sein sollte, ist durch entsprechende Aufzeichnungen und Berechnungen der tatsächliche Allgemeinkostenanteil festzustellen und nachzuweisen.

Diese Feststellungen können mit einem verhältnismäßigen Aufwand nicht getroffen werden. Daher hat die Gemeinde Rastede - wie allgemein üblich - den Allgemeinkostenanteil auf 25% festgeschrieben. Besonderheiten, aufgrund derer dieser Anteil für die Gemeinde Rastede nicht zutreffend ist, sind nicht bekannt oder ersichtlich.

a) Reinigungsleistungen, für die es keine Anlieger gibt:

Dies betrifft die Kosten für die Reinigung der Öffentlichkeit zugänglichen Park- und Grünanlagen sowie für Straßenkreuzungen und -einmündungen, Verkehrsinseln, ähnliche dem Verkehr dienende Anlagen und Sonderreinigungen. Außerdem betrifft es die Kostenanteile für Billigkeitserlasse nach § 11 Abs. 1 Nr. 5 NKAG i.V.m. § 227 Abs.1 AO 1977. Diese Kosten entlasten die Benutzer der Einrichtung Straßenreinigung gleichmäßig und sind als einheitlicher Abzugsbetrag von jeder zu errechnenden Gebühr einheitlich abzuziehen.

Bei den Gesamtkosten der Straßenreinigung in Höhe von 56.356,07 EUR beläuft sich der 15%ige Anteil auf 8.453,41 EUR. Dieser Anteil fällt um 853,59 EUR höher aus als in der Kalkulation.

b) Durchgangsverkehr:

Die Straßenreinigung wird auch im Interesse des Durchgangsverkehrs geführt, wobei es im Gemeindegebiet Straßen gibt, die stärker vom Durchgangsverkehr betroffen sind als andere. Die Straßen mit erheblichem Durchgangsverkehr werden erfahrungsgemäß stärker und häufiger verschmutzt als andere Straßen. Hinsichtlich des Reinigungsbedarfes hat die Gemeinde Rastede dieser Tatsache dadurch Rechnung getragen, dass für die Straßen mit erheblichem Durchgangsverkehr eine wöchentliche Reinigung durchgeführt wird. Dies ist somit auch der Bereich, in dem die Benutzer eine stärkere Gebührenbelastung erfahren müssen als in den übrigen Bereichen der Gemeinde. Die Umlegung der Kostenentlastung wird in der Gebührenkalkulation in der Weise vorgenommen, dass der Wert der Kostenentlastung in dem Bereich mit der einwöchigen Reinigung doppelt so hoch angesetzt wird wie in den übrigen Bereichen.

Der 10%ige Anteil der Gesamtkosten der Straßenreinigung in Höhe von 56.356,07 EUR beläuft sich auf 5.635,61 EUR und liegt damit 569,06 EUR über den kalkulierten Ansatz mit 5.066,55 EUR.

5. Gesamtkosten

Im Ergebnis 2003 betragen die Gesamtkosten insgesamt 56.356,07 € Nach Abzug des 15%igen Anteils in Höhe 8.453,41 EUR (siehe. Nr. 4 a) und des 10%igen Anteils in Höhe von 5.635,61 EUR (siehe. Nr. 4 b) verbleibt eine Summe in Höhe von 42.267,05 € Hierbei handelt es sich um die gebührenrelevante Kosten, die umzulegen sind.

6. Einnahmen:

Gegenüber der Kalkulation für 2003 konnten im Ergebnis Gebühren in Höhe von 3.716,03 EUR mehr eingenommen werden. In der Kalkulation werden meistens die Gebühreneinheiten des Vorjahres in Ansatz gebracht, falls keine anderen Angaben bzw. Erkenntnisse über zusätzliche Reinigungsstrecken vorliegen. Kommen tatsächlich Reinigungsstrecken hinzu, erhöht sich die Gesamteinnahme. Die Gebühreneinheiten sind die laufenden Meter der jeweiligen Reinigungsart (wöchentliche oder 14-tägige Reinigung).

7. Schlussbetrachtung:

Am Anfang des Berichtes wurde bereits erwähnt, dass die Kostenrechnung „Straßenreinigung“ für 2003 mit einem Defizit in Höhe von 8.376,10 EUR abschließt. Das gesetzliche Ziel der Kostendeckung wurde somit für das Rechnungsjahr 2003 nicht erreicht. Das Ergebnis ist die Summe einer Reihe von Abweichungen von der Kalkulation. Herausragende Position dabei sind aber die Regiekosten. Die Ungenauigkeit zwischen Kalkulation und Ergebnis dürfte einmalig gewesen sein, weil die Regiekosten bis dahin noch nicht so genau kalkuliert werden konnten, wie es heute der Fall ist.

Bei Betrachtung des Ergebnisses 2003 ist festzustellen, dass bei den Gebühren zwar geringe Mehreinnahmen zu verzeichnen und die Deponiekosten erheblich geringer ausgefallen sind, ein Defizit dadurch aber trotzdem nicht vermieden werden konnte.

8. Ausblick:

Da noch ein Überschuss aus Vorjahren in Höhe von 4.665,48 EUR in das Rechnungsjahr 2003 übertragen werden konnte, beläuft sich das summierte Defizit zum 31.12.2003 auf 3.710,62 EUR.

Die Abschlüsse der Jahre 2000 bis 2003 stellen sich wie folgt da:

	2000	2001	2002	2003	2004
Überschuss aus Vorjahren	3.776,14 €	4.702,85 €	9.208,33 €	4.665,48 €	-3.710,62
Überschuss	926,71 €	4.505,48 €	0,00 €	0,00 €	
Defizit	0,00 €	0,00 €	4.542,85 €	8.376,10 €	
Übertragung ins nächste Haushaltsjahr	4.702,85 €	9.208,33 €	4.665,48 €	-3.710,62 €	
Bemerkung					Wird in 2004 ausgeglichen

Ausgaben/Kosten der Straßenreinigung (mit Deponierung) 2003 in EUR

Kostenpositionen

Ausgaben		Kalkulation 2003			Ergebnis 2003
1.a)	Reinigungsstrecke	Werte	Einzel- preise	End- summe	
	wöchentl. Reinigung	€/km Reinigungs- km Preis	357,79 20,447		
			7.315,73		7.719,23
	14-tägige Reinigung	€/km Reinigungs- km Preis	210,00 93,2315		
			19.578,62		20.658,93
	Pauschale Handreinigung			0,00	0,00
	Zwischensumme			26.894,35	28.378,16
	MWSt. in %	16	4.303,10		4.540,51
	Endsumme			31.197,44	32.918,67
1.b)	Straßeneinlauf- schächte Schächte im Bereich der Straßenreinigung	4497 3467			
				6.942,33	3.810,31
2.)	Personalkosten				
	a) Personalkosten Verwaltung (veranschlagt im Budget Straßenreinigung)				
	angefallene Personalkosten				
	wöchentliche Reini- gung				734,89
	14 - tägige Reini- gung				1.966,78
	punktueller Reinigung				0,00
	Straßenschächte				312,72
	Summe BAB :			2.525,71	3.014,39
	b) persönliche und sächliche Kosten des Bauhofes				
	keine Kosten an gefallen			0,00	0,00
	c) Regiekosten (Bud- get 80)				
	angefallene Regiekosten				
	wöchentliche Reini- gung				3.015,63
	14 - tägige Reinigung				8.070,71
	punktueller Reinigung				0,00
	Straßenschächte				1.283,24
	Summe:			2.132,39	12.369,58
	insgesamt:			2.132,39	12.369,58
	Endsumme			4.658,10	15.383,97
3.)	Winterdienst (ab 2002 keine Berücksichtigung)			0,00	0,00
4.)	Deponiekosten				
	wöchentliche Reini- gung				1.034,45
	14 - tägige Reinigung				2.768,48
	punktueller Reinigung				0,00
	Straßenschächte				440,19

Endsumme:	10.000,00	4.243,12
-----------	-----------	----------

5.) Abzugskosten (entsprechend Satzung und Rechtsprechung)

a) Reinigung für die es keine Anlieger gibt (öffentl. Park- und Grünanlagen sowie Straßenkreuzungen und einmündungen, Verkehrsinseln und ähnliche dem Verkehr dienende Anlagen und Sonderreinigungen)

	Kalkulation	Ergebnis		
Relevante Kosten (1. bis 4.) (einschließlich Regiekosten)	50.665,49	56.356,07		
Prozent:	15	15	7.599,82	8.453,41

b) Der nicht auf die Anlieger entfallende Anteil und damit Allgemeininteresse (Durchgangsverkehr)

Relevante Kosten (1. bis 4.) (einschließlich Regiekosten)	50.665,49	56.356,07		
Prozent:	10	10	5.066,55	5.635,61

6.) Gebührenrelevante Kosten: 37.999,12 42.267,05

7.) Einnahmen

a) Gebührensätze wöchentliche Reinigung 15,50 EUR
14-tägige Reinigung 7,32 EUR

	Staffelung %	kalkulierte Einheiten	veranlagte Einheiten	kalkulierte Einnahmen	Soll- Einnahmen
b) wöchentliche Reinigung					
	100	612	613	9.032,78	9.501,50
	70	25	35	253,12	379,75
	50	16	32	118,08	248,00
c) 14-tägige Reinigung					
	100	3028	3028	19.936,54	22.164,96
	70	123,9	181	571,04	927,44
	50	80	160	263,36	585,60
		Gesamteinnahmen:		30.174,92	33.807,25
		tatsächliche Einnahmen:			33.890,95
		Abweichung			83,70

8.) Ergebnis

	kalkuliert	Ergebnis
Gebührenrelevante Kosten 6).	37.999,12	42.267,05
- Einnahmen	30.174,92	33.890,95
Defizit 2003	-7.824,20	-8.376,10

Überschuss aus Vorjahren: 4.665,48
nach 2004 als Überschuss zu übertragen : -3.710,62

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/303a

freigegeben am 16.11.2004

GB 1

Sachbearbeiter/in: Ihmels, Inge

Datum: 16.11.2004

Festsetzung der Gebührensätze für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnenden Einrichtung „Straßenreinigung“ folgende Gebührensätze ab 2005 festgelegt werden:

- | | |
|-------------------------------------|---------|
| a) Reinigungsklasse 1 (wöchentlich) | 19,50 € |
| b) Reinigungsklasse 2 (14-tägig) | 12,20 € |

Sach- und Rechtslage:

Die Sitzungsvorlage 2004/303 wurde am 15.11.2004 im Finanz- und Wirtschaftsausschuss beraten. Der Ausschuss hat den folgenden Beschluss gefasst:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnenden Einrichtung „Straßenreinigung“ folgende Gebührensätze ab 2005 festgelegt werden:

- | | |
|-------------------------------------|---------|
| a) Reinigungsklasse 1 (wöchentlich) | 19,50 € |
| b) Reinigungsklasse 2 (14-tägig) | 12,20 € |

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt davon Abstand, die Reinigungskosten pauschal um 10 % zu erhöhen, solange die Verhandlungen über die Verlängerung des Reinigungsvertrages für 2005 nicht abgeschlossen wurden. Solange sollte davon ausgegangen werden, dass es nicht zu einer Kostensteigerung kommt.

Es bestand Einvernehmen darüber, dem Verwaltungsausschuss und Rat zu empfehlen, die von der Verwaltung vorgeschlagenen Gebührensätze bei der wöchentlichen Reinigung um 1,50 € auf 19,50 € und bei der 14-tägigen Reinigung um 0,80 € auf 12,20 € zu senken.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/304a

freigegeben am 16.11.2004

GB 1

Sachbearbeiter/in: Ihmels, Inge

Datum: 16.11.2004

Gebührensatzsatzung 2005 für die öffentl. Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage 1 zur Vorlage 2004/304a beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2005 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Diese Sitzungsvorlage korrespondiert mit der Sitzungsvorlage 2004/301 (Gebühren Abwasserbeseitigung) und mit den Sitzungsvorlagen 2004/303 und 2004/303a (Gebühren Straßenreinigung).

Die zu den v.g. Punkten beschlossenen Gebührensätze werden in der Gebührensatzsatzung 2005 für die öffentliche Einrichtung „Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung“ festgesetzt. Diese A – Vorlage ist erforderlich, um die Änderungen, die sich in den vorangegangenen Beratungen hinsichtlich der Gebührensätze für die Straßenreinigung ergeben haben, zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde wird auf die Vorlage 2004/303a verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sitzungsvorlage 2004/303a.

Anlagen:

Anlage 1 : Gebührensatzsatzung 2005

**Satzung
über die Festsetzung der Gebührensätze 2005 für**

- a) die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser
b) über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede**

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. Nr. 16/1996, S. 383), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12.12.2003 (Nds. GVBl. Nr. 31/2003, S. 446 und §22 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit vom 19.02.2004 (Nds. GVBl. Nr. 5/2004, S. 63),

§ 149 Abs. 1 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) i.d.F. vom 25. März 1998 (Nds. GVBl. S. 347), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. Januar 2003 (Nds. GVBl. S. 39),

§ 2 Abs. 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur dezentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur zentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 Abs. 1 Satz 2 der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede

und des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i.d.F. vom 11. Februar 1992 (Nds. GVBl. S. 29), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 20. November 2001 (Nds. GVBl. S. 701),

hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 14.12.2004 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser**

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,60 €

**§ 2
Gebührensätze für die dezentrale Beseitigung von Abwasser**

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- | | |
|---|---------|
| a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamms | 53,00 € |
| b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten
Abwassers / Fäkalschlamms | 42,50 € |

§ 3

Gebührensätze für die von der Gemeinde betriebene öffentliche Straßenreinigung

Der Gebührensatz beträgt jährlich bei der

- | | |
|------------------------|---------|
| a) Reinigungsklasse 1: | 19,50 € |
| b) Reinigungsklasse 2: | 12,20 € |

§ 4

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2005 in Kraft.

Rastede, den 14.12.2004

(LS)

Decker
- Bürgermeister -

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/306

freigegeben am 27.10.2004

GB 1

Sachbearbeiter/in: Berger, Moritz

Datum: 27.10.2004

Haushalt 2004 - Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.11.2004	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	30.11.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes zu.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage 1 sind die seit der letzten Ratsinformation bis zum 27.10.2004 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben aufgeführt.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Haushaltsstellen im Haushaltsjahr (Minderausgaben / Mehreinnahmen) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine -

Anlagen:

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 5.000,00 EUR.

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben seit der letzten Ratsinformation bis zum 27.10.2004

Budget		Datum	Glied.	Grupp.	Betrag	Begründung	überpl. Ausgabe	außerpl. Ausgabe
					ab 5.000 €			
2301	KGS	19.10.2004	2810	672100	14.350,00 EUR	Die Abrechnung über die laufende Schulbeteiligung ergab, dass im Bereich Verwaltungshaushalt - KGS - eine höhere Rückzahlung an den Landkreis Ammerland notwendig ist als erwartet wurde.	x	
2302	Orientierungsstufe	07.10.2004	2160	940006	9.750,00 EUR	Aufgrund der Schulreform (Wegfall OS, Erweiterung der KGS) und der damit verbundenen geänderten Nutzung des Gebäudes an der Feldbreite, mussten einige Räume umgestaltet werden. Mittel für die Herrichtung und Ausstattung der Räume sind im HH 2004 nicht veranschlagt worden.		x
5301	Sporthalle Kleibrok	01.10.2004	5651	940000	5.000,00 EUR	Bei der Sanierung der Duschen und Umkleiden wurden Arbeiten erforderlich, die nicht vorhersehbar waren (z.B. Einbau von Betonabdeckungen, umfangreichere Maurer- und Nachputzarbeiten usw.). Zur Deckung stehen Mittel bei der Sauna (Hallenbad) zur Verfügung. Die Abrechnung war günstiger als eingeplant.	x	

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/254C

freigegeben am 17.11.2004

GB 1

Datum: 17.11.2004

Sachbearbeiter/in: Herr Hollmeyer, Michael

Haushalt 2005 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	14.12.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	14.12.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2005 wird beschlossen
2. Der Haushaltsplan 2005 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt i. H. v. 30.982.600 Euro und im Vermögenshaushalt i. H. v. 9.277.500 Euro beschlossen.
3. Das Investitionsprogramm 2004 bis 2008 wird beschlossen.
4. Der Finanzplan 2004 bis 2008 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2005 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Nach dem letzten Stand der Beratungen zur Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 15.11.2004 wurden noch folgende Änderungen am Haushalt 2005 vorgenommen:

Verwaltungshaushalt

Wie bereits in der Sitzungsvorlage 2004/254B angekündigt, erfolgt zum 1.1.2005 die Zusammenführung der bisherigen Arbeitslosenhilfe mit der bisherigen Sozialhilfe für Erwerbsfähige zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Zudem wird das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und das Gesetz über die bedarfsorientierte Grundsicherung in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) überführt. Der Landkreis Ammerland bleibt örtlicher Träger für die Leistungserbringung nach dem SGB II und XII und die Gemeinde Rastede wird weiterhin zur Aufgabenerfüllung herangezogen.

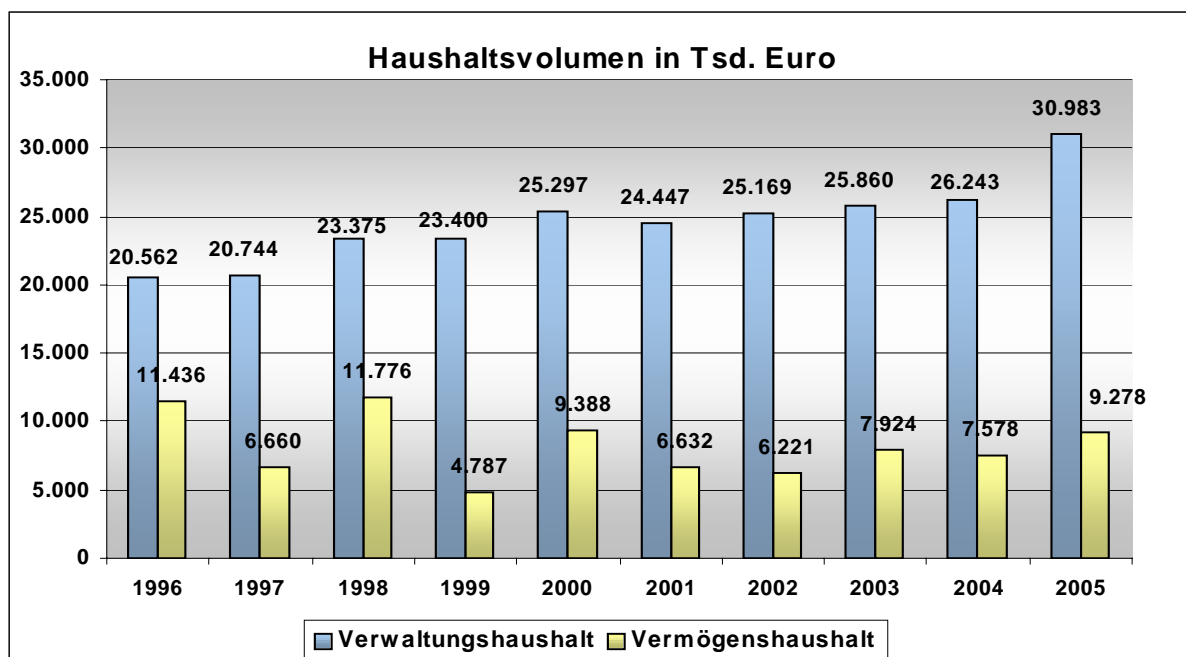
Der Haushalt wurde im aktuellen Entwurf aufgrund dieser Gesetzesänderung und der daraus resultierenden veränderten Haushaltssystematik bzw. der veränderten Finanzstatistik im Bereich des Budgets 40 „Soziales“ angepasst. Neu eingerichtet wurde das Teilbudget 4250 „Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II“ mit entsprechenden Anteilbudgets. Das bisherige Teilbudget „Leistungen nach dem BSHG“ wurde aufgrund der Gesetzesänderungen in „Leistungen nach dem SGB XII“ und das Teilbudget 4700 in „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung SGB XII“ umbenannt. Auch einige Anteilbudgets erhalten eine neue Bezeichnung. Darüber hinaus wurden verschiedene neue Haushaltsstellen mit entsprechenden Ansätzen gebildet und Ansätze bereits vorhandener Haushaltsstellen korrigiert. Eine Übersicht über die Neustrukturierung der Teil- bzw. Anteilbudgets im Budget 40 „Soziales“ und eine Liste mit den neu aufgenommenen bzw. geänderten Ansätzen ist dieser Vorlage als Anlage 9 beigefügt.

Durch die Heranziehung zur Aufgabenerfüllung erhöht sich das Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt von 25.468.300 Euro auf 30.982.600 Euro. Das zusätzliche Ausgabevolumen ist durch entsprechende Einnahmen bzw. Erstattungen des ‚Sozialhilfeträgers‘ gedeckt. Somit ist weiterhin ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt gegeben.

Weitere Ansätze wurden im Verwaltungshaushalt nicht verändert. Auch eine Anpassung der Ansätze im Bereich der allgemeinen Deckungsmittel war im Hinblick auf die Ergebnisse der Steuerschätzung November 2004 und der vorläufigen Berechnungsgrundlagen für den kommunalen Finanzausgleich 2005 nicht erforderlich.

Vermögenshaushalt

Für den Ankauf einer Erweiterungsfläche für das Gewerbegebiet Brombeerweg wurde im Anteilsbudgets 8700 „Kommunalmarketing“ unter der Haushaltsstelle 7910.932000 „Erwerb von Grundstücken – Förderung der Wirtschaft“ ein Ansatz i. H. v. 307.000 Euro aufgenommen. Siehe hierzu auch Sitzungsvorlage 2004/324. Dem zur Folge wurde der Ansatz bei den Kreditmitteln vom Kreditmarkt entsprechend erhöht, so dass sich ein aktualisierter Ansatz bei Haushaltsstelle 9100.377000 i. H. v. 2.177.300 Euro ergibt.



Investitionsprogramm

Im Investitionsprogramm der Jahre 2004 bis 2008 wurden folgende Änderungen bzw. Ergänzungen aufgenommen:

Glied.-Ziffer	Grupp.-Ziffer	Aufgabenbereich	2004	2005	2006	2007	2008
			Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
2		Schulen					
210		Grundschulen					
2107	940009	Sonnenschutzanlage im Erdgeschoss	0	15.000	15.000	15.000	15.000
2107	940010	Verbesserung der Raumakustik in Klassenräumen	0	15.000	15.000	15.000	15.000
5		Gesundheit,Sport,Erholung					
5606	950003	Sportzentrum Hahn - Neuanlage	0	0	200.000	150.000	100.000
6		Bau-u. Wohnungswesen,Verkehr					
63		Gemeindestraßen - Allgemein					
6300	950000	Gemeindestraßen - Deckenprogramm	0	120.000	150.000	150.000	150.000
6310		Erschließungsmaßnahmen					
6310	950013	BBPl. 81 ehem. Sportplatz Hahn-Lehmden	0	0	0	160.000	200.000
7		Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung					
7910	932000	Erwerb Gewerbeflächen	0	307.000	200.000	280.000	1.000.000

Siehe hierzu auch Anlage 2.

Finanzplan

Der Finanzplan ist hinsichtlich der oben genannten Ausführungen geändert und fortgeschrieben worden. Siehe hierzu Anlage 3.

Hinsichtlich der bisherigen Beratung zum Haushalt 2005 wird verwiesen auf die Sitzungsvorlagen 2004/254, 2004/254A und 2004/254B.

Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen sind der Sach- und Rechtslage und den Anlagen zu entnehmen.

Anlagen:

1. Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2005
2. Investitionsprogramm der Jahre 2004 bis 2008
3. Finanzplan der Jahre 2004 bis 2008
4. Ausgabebedarf aus Verpflichtungsermächtigungen
5. Erläuterungen zum Stellenplan
6. Stellenübersicht und Stellenplan
7. Nachwuchskräfte
8. Sonderübersicht
9. Änderung der Haushaltssystematik 2005 – Budget 40 „Soziales“
 - Übersicht über Teilbudgets und Anteilbudgets
 - Änderung der Ansätze

Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2005

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 wird

im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	30.982.600 Euro
in der Ausgabe auf	30.982.600 Euro

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	9.277.500 Euro
in der Ausgabe auf	9.277.500 Euro

festgesetzt.

Der Wirtschaftsplan des Optimierten Regiebetriebes des Bauhofes der Gemeinde Rastede für das Wirtschaftsjahr 2005 wird

im Erfolgsplan

in der Einnahme auf	1.140.700 Euro
in der Ausgabe auf	1.140.700 Euro

im Vermögensplan

in der Einnahme auf	215.400 Euro
in der Ausgabe auf	215.400 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 2.711.900 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen im Vermögensplan des Optimierte Regiebetriebes des Bauhofes der Gemeinde Rastede wird auf 75.400 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 2.190.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 2005 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.500.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2005 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- | | |
|---|----------|
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 280 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 300 v.H. |

2. Gewerbesteuer	310 v.H.
------------------	----------

Gemeinde Rastede, den 14.12.2004

Decker
- Bürgermeister -

INVESTITIONSPROGRAMM 2004 - 2008

Anlage 2 zu Vorlage 2004/254C

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2004	2005	2006	2007	2008
0		Allgemeine Verwaltung					
200	935000	Bewegliches Vermögen	5.400	27.000	18.000	18.000	18.000
200	940001	Sanierung Rathaus	105.000	0	60.000	75.000	75.000
200	940002	Sanierung Fenster Rathaus (3. Bauabschnitt)	0	140.000	0	0	0
200	940003	Einbau Schließanlage Rathaus	0	3.500	0	0	0
500		Standesamt					
500	935000	Erwerb von beweglichen Sachen (Mobiliar - Palais)	0	4.500	0	0	0
Summe Einzelplan 0			110.400	175.000	78.000	93.000	93.000
1		Öffentliche Sicherheit u. Ordnung					
1300	935000	Bewegliches Vermögen - Feuerschutz	120.000	25.000	160.000	20.000	190.000
1300	940000	Neuanlage von Zäunen an Löschwasserstellen	1.000	3.000	1.000	1.000	1.000
1300	950100	Neuanlage v. Löschwasseranlagen	5.000	1.500	5.000	5.000	5.000
Summe UA 130			126.000	29.500	166.000	26.000	196.000
Summe Einzelplan 1			126.000	29.500	166.000	26.000	196.000
2		Schulen					
2070	982000	Kreisschulbaukasse	0	68.900	68.900	68.900	68.900
Summe UA 207			0	68.900	68.900	68.900	68.900
210		Grundschulen					
2102	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget); Kleibrok	3.500	1.000	1.000	1.000	1.000
2102	935001	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	0	2.000	0	0	0
2102	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget); Kleibrok	600	600	600	600	600
2102	935200	Neuanschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	4.500	0	0	0	0
2102	940001	Sanierungsmaßnahmen	0	28.500	0	0	0
2103	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget); Hahn-Lehmden	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2103	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget); Hahn-Lehmden	600	600	600	600	600
2103	935400	Ersatzbeschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	0	1.200	0	0	0
2103	940000	Sanierungsmaßnahmen	0	4.000	0	0	0
2104	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget); Wahnbek	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2104	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget); Wahnbek	600	600	600	600	600
2104	935300	Ansch. Aufsitzkehrmaschine (außerh. Schulbudget); Wahnbek	5.000	500	0	0	0
2104	940001	Elastische Verfungung 2-geschossiger Gebäudeteil	12.500	0	0	0	0
2104	940002	Brandschutzmassnahmen	0	80.000	0	0	0

INVESTITIONSPROGRAMM 2004 - 2008

Anlage 2 zu Vorlage 2004/254C

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2004	2005	2006	2007	2008
2104	940003	Sanierungsmassnahmen	0	20.000	0	0	0
2105	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget); Loy	500	500	500	500	500
2105	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget); Loy	1.000	800	800	800	800
2106	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget); Leuchtenburg	500	500	500	500	500
2106	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget); Leuchtenburg	800	800	800	800	800
2106	935400	Ersatzbeschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	0	2.000	0	0	0
2106	940001	Sanierungsmaßnahmen	19.500	3.500	0	0	0
2107	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget); Feldbreite	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2107	935001	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	0	1.000	0	0	0
2107	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget); Feldbreite	600	600	600	600	600
2107	935400	Instandsetzung Spielgerät (Neuanlage Fallschutz)	0	2.300	0	0	0
2107	940002	Sanierung Schulhof	2.900	0	0	0	0
2107	940004	Planungskosten - Umbau Verwaltung und Pausenhalle	0	10.000	0	0	0
2107	940005	Betonsanierung Seitenfass	0	7.500	0	0	0
2107	940006	Sanierung Fussböden (Kl. 6-8, Stahlzargen u. Türblätter	0	27.500	0	0	0
2107	940007	Einbau Brandschutztüren	0	12.500	0	0	0
2107	940008	Sanierungsmaßnahmen	0	16.000	0	0	0
2107	940009	Sonnenschutzanlage im Erdgeschoss	0	15.000	15.000	15.000	15.000
2107	940010	Verbesserung der Raumakustik in Klassenräumen	0	15.000	15.000	15.000	15.000
Summe UA 210			56.100	257.500	39.000	39.000	39.000
2140		Schule für Lernhilfe					
2140	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2140	935001	Neuansch. von bewegl. Vermögen (außerh. d. Schulbudg.)	7.000	0	0	0	0
2140	935100	Neuanschaffung Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	600	600	600	600	600
2140	935200	Neuanschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	8.500	0	0	0	0
2140	935400	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	0	4.300	0	0	0
2140	940005	Erneuerung der Fenster Küche, Essraum	0	12.500	35.000	0	0
2140	940006	Zaunanlage Schulprojekt Teich	0	5.000	0	0	0
2140	940007	Sanierungsmaßnahmen	0	24.000	0	0	0
2140	982000	Erstattung Schulbeteiligung/Landkreis	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
2140	982100	Erstattung Schulbeteiligung/Gemeinde Wiefelstede	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
Summe UA 214			20.100	50.400	39.600	4.600	4.600

INVESTITIONSPROGRAMM 2004 - 2008

Anlage 2 zu Vorlage 2004/254C

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2004	2005	2006	2007	2008
2810		KGS					
2810	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
2810	935003	Neueinrichtung Schulküchen im Raum 156 u. 157 (außerh. Sch.)	0	70.000	0	0	0
2810	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	6.000	6.000	2.600	2.600	2.600
2810	940002	Renovierung der Flure im musisch-technischen Bereich	25.000	0	0	0	0
2810	940006	Erneuerung der Fenster im Altbau (außerhalb Schulb.)	70.000	0	0	0	0
2810	940007	Sanierung/Renovierung von 2 Lehrküchen	0	30.000	0	0	0
2810	940008	San. Fenstervergl. mus.-techn. Bereich - Fassade Wilhelmstraße	0	10.000	0	0	0
2810	982000	Erstattung Schulbeteiligung/Landkreis	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
2810	982100	Erstattung Schulbeteiligung/Gemeinde Wiefelstede	2.000	5.000	2.000	2.000	2.000
Summe UA 281			112.000	130.000	13.600	13.600	13.600
2811		Gebäude Feldbreite					
2811	935000	Inventar für 2 naturwissenschaftlich Räume	0	36.000	0	0	0
2811	935001	Neuanschaffung bewegl. Vermögen	0	5.000	0	0	0
2811	940000	Renovierung von 2 naturwissenschaftl. Räumen	0	60.000	0	0	0
2811	940001	Einbau Brandschutztüren	0	12.500	0	0	0
2811	940002	Erneuerung Zäune und Rundholzeinfassungen	5.000	0	0	0	0
2811	940009	Erneuerung Zäune und Rundholzeinfassungen	0	7.500	0	0	0
Summe UA 216			5.000	121.000	0	0	0
Summe Einzelplan 2			193.200	627.800	161.100	126.100	126.100
3		Kulturpflege,Landschaftspflege					
3000	988100	Zuschüsse Palais und Kunst- und Kulturkreis	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
3210	935000	Bewegliches Vermögen; Archiv	500	500	500	500	500
3520	935000	Neuanschaffung bewegliches Vermögen; Bücherei	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
3520	940000	Sanierungsmaßnahmen	2.000	0	0	0	0
3520	940001	Sanierung der Beleuchtung	0	7.000	0	0	0
3660	987001	Zuw. U. Zuschüsse f. Investitionen - Brücken im Palaisgarten	4.000	0	0	0	0
Summe Einzelplan 3			28.500	29.500	22.500	22.500	22.500

INVESTITIONSPROGRAMM 2004 - 2008

Anlage 2 zu Vorlage 2004/254C

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2004	2005	2006	2007	2008
4		Soziale Sicherung					
4350	940001	Einrichtung für Wohnungslose - Sanierungsmaßnahmen	0	15.000	0	0	0
4600	935000	Neuanschaffung von Spielgeräten	15.000	20.000	20.000	15.000	10.000
4605	935000	Neuanschaffung bewegl. Vermögen - Jugendtreff Villa Hartmann	1.000	2.500	1.000	1.000	1.000
4605	940000	Erneuerung der Fenster	30.000	0	0	0	0
4640	935000	Neuansch. bewegl. Vermögen KiGa Mühlenstraße	2.000	2.300	1.500	1.500	1.500
4640	935001	Neuanschaffung Spielgerät	3.500	0	0	4.500	4.500
4640	935400	Instandsetzung Spielgerät (Neuanlage Fallschutz)	0	3.800	0	0	0
4640	940002	Sanierungsmaßnahmen	0	6.000	0	0	0
4641	935000	Bewegliches Vermögen KiGa Voßbarg	1.300	1.800	1.500	1.500	1.500
4641	935200	Ersatzbeschaffung Spielgerät	0	1.000	0	0	0
4641	940000	Erneuerung Fenster Gruppenräume	38.000	0	0	0	0
4642	935000	Bewegliches Vermögen KiGa Neusüdende	800	1.500	1.500	1.500	1.500
4642	940002	Sanierung der Personaltoilette	0	0	12.500	0	0
4643	935000	Bewegliches Vermögen KiGa Loy	1.000	1.500	1.500	1.500	1.500
4643	935400	Instandsetzung Spielgeräte (Neuanlage Fallschutz)	0	2.500	0	0	0
4644	935000	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen	0	1.100	1.500	1.500	1.500
4648	940000	Ersatzbeschaffung Spielgerät Spielkreis Delfsh./Südbäke e.V.	0	4.000	0	0	0
Summe Einzelplan 4			92.600	63.000	41.000	28.000	23.000
5		Gesundheit,Sport,Erholung					
5100	982000	Kreiskrankenhaus	0	306.400	102.400	0	0
5500	935000	Bewegl. Vermögen, Vereine allgemein	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300
5500	988100	Zuschüsse f. Invest. an übrige Bereiche (Verbände u. Vereine)	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
5500	988200	Investive Zuschüsse im Rahmen der Sportförderung	0	4.600	0	0	0
5500	988300	Investive Zuschüsse an übrige Bereiche (Turn- u. Sportvereine)	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
5600	940001	Erneuerung Duschen und Regler auf diversen Sportplätzen	3.000	0	0	0	0
5606	950003	Sportzentrum Hahn - Neuanlage	0	0	200.000	150.000	100.000
5607	940003	Flutlicht Rennplatz	42.000	0	0	0	0
5607	960001	Rennplatz - Schlosskurve, Planungskosten	0	10.000	0	0	0
5651	940000	San. Dusch- u. Umkleideräume, WC-Räume (Sporth.GS Kleibrok)	40.000	0	0	0	0
5651	940001	Sanierung Glasbausteinfassade (Sporth.GS Kleibrok)	0	130.000	0	0	0
5656	940000	San. Flachd. Verbindungsgang zur Mehrzweckhalle Feldbreite	25.000	0	0	0	0
5656	940001	San. Mehrzweckhalle Feldbreite nach Brandschaden	55.000	0	0	0	0
5656	940002	Erneuerung v. 2 Heizkesseln inkl. Regelung Pumpen u. Stellantrieben	115.000	0	0	0	0

INVESTITIONSPROGRAMM 2004 - 2008

Anlage 2 zu Vorlage 2004/254C

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2004	2005	2006	2007	2008
5700	935000	Bewegl. Verm. Freibad Rastede	2.000	3.800	2.000	2.000	2.000
5700	935001	Teilerneuerung der Sitzbänke im Freibad Rastede	0	5.000	3.000	2.000	0
5700	940002	Sanierung Beckenkopf III. BA, Schwimmerbecken	0	100.000	0	0	0
5700	940004	Sanierung Bekenkopf II. BA, Sprungbecken, Startblöcke	40.000	0	0	0	0
5700	940005	San. Flachdach Umkleidegebäude	20.000	0	0	0	0
5700	940006	Erneuerung Absaug- u. Einspritzpumpen	9.000	0	0	0	0
5700	940007	Sanierung Wasseraufbereitung	9.500	0	0	0	0
5700	940009	Deckenvertäfelung	5.000	0	0	0	0
5700	940010	Erneuerung von Differenzdruckmanometern	2.500	0	0	0	0
5700	940012	Sanierung Steuerung Filtertechnik	0	27.000	0	0	0
5700	940013	Sanierungsmaßnahmen - Freibad Rastede	0	16.500	0	0	0
5710	987100	Zusch. f. Investitionen an private Unternehmen - Freib. Hahn	0	0	2.000	2.000	2.000
5720	935000	Bewegl. Verm. Hallenbad	3.000	6.000	3.000	3.000	3.000
5720	940008	Sanierung Flachdach II. BA	95.000	0	0	0	0
5720	940011	Sauna, Erneuerung Stahlzargen und Türblätter	15.000	0	0	0	0
5720	940014	Sauna, Erneuerung Garderoben in den Umkleiden	11.000	0	0	0	0
5720	940015	Sauna, Erneuerung Verfliesung	42.700	0	0	0	0
5720	940016	Sauna, Ruheraum - Fliesen und Bodenheizung	12.500	0	0	0	0
5720	940017	Sanierungsmaßnahmen - Hallenbad	0	8.000	0	0	0
5720	940018	Attraktivitätssteigerung; Anbau Wintergarten mit Einb. (Whirlpool)	0	270.000	0	0	0
Summen Abschnitte 55,56,57			554.000	894.100	319.200	165.800	113.800
5800	950000	Begrünungsmaßnahmen - Anlegung Kompensationsflächen	5.000	21.600	39.900	16.800	21.000
Summe Abschnitt 58			5.000	21.600	39.900	16.800	21.000
Summe Einzelplan 5			559.000	915.700	359.100	182.600	134.800
6	Bau-u. Wohnungswesen, Verkehr						
63	Gemeindestraßen - Allgemein						
6300	932000	Erwerb von Grundstücken	12.000	2.000	2.000	2.000	2.000
6300	950000	Gemeindestraßen - Deckenprogramm	0	120.000	150.000	150.000	150.000
Summe Abschnitt 63			12.000	122.000	152.000	152.000	152.000
6310	Erschließungsmaßnahmen						
6310	950001	BBPl. 80, Loy, Fünfhäuserweg	0	66.000	50.000	0	0
6310	950010	BBPl. 75 - Göhlen - II Bauabschnitt	0	90.000	90.000	0	0
6310	950011	BBPl. 21 D - Südende	0	10.000	0	75.000	0
6310	950013	BBPl. 81 ehem. Sportplatz Hahn-Lehmnden	0	0	0	160.000	200.000

INVESTITIONSPROGRAMM 2004 - 2008

Anlage 2 zu Vorlage 2004/254C

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2004	2005	2006	2007	2008
6310	950014	BBPl. 78 b - Ostermoor	0	0	30.000	100.000	100.000
6310	950016	BBPl. 78 a - Ostermoor	0	100.000	100.000	0	0
6310	950036	Gewerbegebiet Schafjückenweg	0	75.000	0	0	0
6310	950041	BBPl. 63, Wahnbek II (Marktplatz)	70.000	0	0	0	0
6310	950042	Dorfplatz Wahnbek	131.000	0	0	0	0
6310	950049	Wohngebiet Rastede	760.000	150.000	0	0	0
6310	950050	Wohnbau Wahnbek III (BBPl. 63 c/Hohe Brink)	100.000	0	0	0	0
6310	950052	Wohnbau Loy	85.000	0	0	0	0
6310	950055	Sportplatz Neusüdende, Schoolkamp	65.000	70.000	0	0	0
6310	950058	BBPl. 63 e - Hohe Brink	450.000	225.000	635.000	0	0
6310	950059	Gelände Buschweg	0	0	391.000	0	0
6310	950060	BBPl. 75 - Göhlen - III Bauabschnitt	0	400.000	560.000	0	0
6310	950061	BBPl. 79 - südlich Schloßpark	0	30.000	0	0	0
Summe UA 631			1.661.000	1.216.000	1.856.000	335.000	300.000
6320		Straßenausbaumaßnahmen					
6320	950000	Bushaltestelle Oldenburger Str. (Hoting)	0	7.500	0	0	0
6320	950002	Ausbau Schützenhofstraße (I. BA)	0	0	0	500.000	403.000
6320	950003	Ausbau Schützenhofstraße (II. BA)	0	0	0	0	1.365.000
6320	950004	Ausbau Peterstraße	0	0	0	0	420.000
6320	950006	Ausbau Voßbarg	0	0	0	1.000.000	750.000
6320	950024	Erneuerung Bushaltestelle Marktplatz	7.500	0	0	0	0
6320	950025	Umbau Bushaltestelle Hahn (Sparmarkt)	6.000	0	0	0	0
6320	950026	Umbau Oldenburger Straße (Teilstück)	120.000	0	120.000	0	0
6320	950027	Lichtsignalanlage Dorfplatz	5.000	0	0	0	0
6320	950030	Ausbau des Meenheitsweges	150.000	0	150.000	110.000	0
6320	950031	Ausbau Logemanns Damm	635.000	535.000	0	0	0
6320	950032	Ausbau Alter Lehmder Weg	0	95.000	0	0	0
6320	950034	Ausbau Loyer Weg, 3 BA	0	0	570.000	0	0
6320	950041	SAB Eichendorffstraße	0	500.000	110.000	0	0
Summe UA 632			923.500	1.137.500	950.000	1.610.000	2.938.000
61,62,67		Wohnungsbauförderung, Beleuchtung					
6200	932000	Erwerb v. Wohnbauflächen	1.166.000	1.882.500	825.000	750.000	137.500
6700	940000	Sanierung Straßenbeleuchtung	67.000	55.000	5.000	5.000	5.000
6700	940001	Schaltschränke Marktplatz	5.000	0	0	0	0
Summe Abschnitte 61,62,67			1.238.000	1.937.500	830.000	755.000	142.500
Summe Einzelplan 6			3.834.500	4.413.000	3.788.000	2.852.000	3.532.500

INVESTITIONSPROGRAMM 2004 - 2008

Anlage 2 zu Vorlage 2004/254C

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2004	2005	2006	2007	2008
7		Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung					
7000		Abwasserbeseitigung - Schmutzwasser					
7000	935000	Bewegliches Vermögen	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
7000	950100	Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen)	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
		Summe UA 700	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000
7010		Baumaßnahmen Klärwerk					
7010	940000	Sanierung Fenster Nebengebäude	0	10.000	0	0	0
7010	940001	Sanierung Heizung Nebengebäude	0	7.000	0	0	0
7010	940002	Erneuerung Wände Rechengebäude	0	0	100.000	0	0
7010	950000	Erneuerung Räumschildträger Nachklärbecken 2	0	7.000	0	0	0
7010	950001	Teilsanierung Schlammleitungen	0	20.000	0	0	0
7010	950004	Sanierung Belüftung Belebung 1	50.000	0	0	0	0
7010	950007	Schlamm entwässerung Zentrifuge	250.000	0	0	0	0
		Summe UA 701	300.000	44.000	100.000	0	0
7011		Baumaßnahme SW-Kanäle					
7011	950001	BBPl. 80 Loy, Fünfhäuserweg	0	64.000	0	0	0
7011	950010	BBPl. 75 Göhlen, II. Bauabschnitt	0	55.000	0	0	0
7011	950011	BBPl. 21 D - Südende	0	0	0	27.000	0
7011	950013	BBPl. 81 ehem. Sportplatz Hahn-Lehmden	0	0	145.000	0	0
7011	950014	BBPl. 78 b - Ostermoor	0	0	20.000	130.000	0
7011	950016	BBPl. 78 a - Ostermoor	0	130.000	0	0	0
7011	950049	Wohngebiet Rastede	30.000	0	0	0	0
7011	950055	Sportplatz Neusüdende	60.000	0	0	0	0
7011	950058	BBPl. 63 e, Hohe Brink	190.000	10.000	140.000	0	0
7011	950060	BBPl. 75 Göhlen, III. Bauabschnitt	0	515.000	0	0	0
7011	950061	BBPl. 79 - südlich Schloßpark	0	20.000	0	0	0
		Summe UA 7011	280.000	794.000	305.000	157.000	0

INVESTITIONSPROGRAMM 2004 - 2008

Anlage 2 zu Vorlage 2004/254C

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2004	2005	2006	2007	2008
7020		Baumaßnahmen Abwasserkanäle					
7020	950007	Erneuerung SW-Kanal SAB Eichendorffstraße	0	105.000	0	0	0
7020	950030	SWK-Ausbau Meenheitsweg	30.000	0	30.000	0	0
7020	950036	Gewerbegebiet Schafjückenweg	0	25.000	0	0	0
		Summe UA 7020	30.000	130.000	30.000	0	0
7030		Sanierungsmaßnahmen Abwasserkanäle					
7030	950001	Sanierungsmaßnahmen	50.000	80.000	50.000	50.000	50.000
		Summe UA 7030	50.000	80.000	50.000	50.000	50.000
7040		Sanierungsmaßnahmen Pumpwerke					
7040	950006	Sanierung von Pumpwerken	25.000	33.000	25.000	25.000	25.000
		Summe UA 7040	25.000	33.000	25.000	25.000	25.000
7100		Abwasserbeseitigung - Regenwasser					
7100	950100	Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen)	15.000	20.000	30.000	30.000	30.000
		Summe UA 7100	15.000	20.000	30.000	30.000	30.000
7110		Baumaßnahmen RW-Kanäle					
7110	950001	BBPl. 80 Loy, Fünfhäuserweg	0	60.000	0	0	0
7110	950010	BBPl. 75 Göhlen (II. Bauabschnitt)	0	70.000	0	0	0
7110	950011	BBPl. 21 D - Südende	0	0	0	25.000	0
7110	950013	BBPl. 81 ehem. Sportplatz Hahn-Lehmden	0	0	150.000	0	0
7110	950014	BBPl. 78 b - Ostermoor	0	0	20.000	135.000	0
7110	950016	BBPl. 78 a - Ostermoor	0	135.000	0	0	0
7110	950049	BBPl. 75 - Göhlen	310.000	0	0	0	0
7110	950055	Sportplatz Neusüdende	60.000	0	0	0	0
7110	950058	BBPl. 63 e - Hohe Brink	200.000	10.000	145.000	0	0
7110	950060	BBPl. 75 Göhlen (III. Bauabschnitt)	0	390.000	0	0	0
7110	950061	BBPl. 79 - südlich Schlosspark	0	20.000	0	0	0
		Summe UA 7110	570.000	685.000	315.000	160.000	0

INVESTITIONSPROGRAMM 2004 - 2008

Anlage 2 zu Vorlage 2004/254C

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2004	2005	2006	2007	2008
7120		Baumaßnahmen Abwasserkanäle RW					
7120	950030	RWK SAB Meenheitsweg	40.000	0	40.000	0	0
7120	950036	Gewerbegebiet Schafjückenweg	0	25.000	0	0	0
7120	950041	Erneuerung RWK Eichendorffstraße	0	100.000	0	0	0
		Summe UA 7120	40.000	125.000	40.000	0	0
7130		RW-Sanierungsmaßnahme					
7130	950001	Sanierungsmaßnahmen	100.000	30.000	100.000	100.000	100.000
		Summe UA 7130	100.000	30.000	100.000	100.000	100.000
76,77,79							
7601	935000	Bewegl. Vermögen, Dorfgemeinschaftshäuser	500	500	500	500	500
7601	940000	DGH Nethen, Sanierung Heizung	5.000	0	0	0	0
		Investitionszuschuss, DGH Südbäke/Behindertenrampe u.					
7601	988000	Pflasterung Auffahrt	3.500	0	0	0	0
7800	988000	Zuschuss zur Förderung des ländlichen Raumes	0	0	49.000	50.000	50.000
7910	932000	Erwerb Gewerbeflächen	0	307.000	200.000	280.000	1.000.000
7910	935000	Neuansch. bewegl. Vermögen (Beschild. f. Gewerbegeb.)	3.000	0	0	0	0
7910	987000	Zuschuss zu Schmutzwasserbeitrag	21.800	108.000	30.000	30.000	150.000
		Summe Abschnitt 76,77,79	33.800	415.500	279.500	360.500	1.200.500
		Summe Einzelplan 7	1.485.800	2.398.500	1.316.500	924.500	1.447.500

INVESTITIONSPROGRAMM 2004 - 2008

Anlage 2 zu Vorlage 2004/254C

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2004	2005	2006	2007	2008
8		Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grundvermögen					
88		Allgemeines Grundvermögen					
8800	932000	Allgemeiner Grunderwerb	0	0	5.000	5.000	5.000
8800	940000	Außenanstrich Wohnanlage	20.000	0	0	0	0
8800	940001	Erneuerung der Fenster Wohnhaus Mühlenstraße 58	0	6.000	0	0	0
8800	940002	Sanierungsmaßnahmen	0	4.000	0	0	0
		Summe Abschnitt 88	20.000	10.000	5.000	5.000	5.000
		Summe Einzelplan 8	20.000	10.000	5.000	5.000	5.000
		Investitionen insgesamt	6.450.000	8.662.000	5.937.200	4.259.700	5.580.400

Finanzplan 2004-2008

Anlage 3 zu Vorlage 2004/254C

Gruppierung	Einnahmeart	2004	2005	2006	2007	2008
	Einnahmen des Verwaltungshaushalts					
000, 001	Grundsteuer A und B	2.021	2.045	2.054	2.059	2.065
003	Gewerbesteuer	2.905	3.790	3.830	3.890	3.920
010	Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer	4.187	3.913	4.015	4.130	4.325
012	und Beteiligung an der Umsatzsteuer	321	330	338	348	358
02, 03	sonstige Gemeindesteuern	71	71	71	72	73
00 - 03	Steuern zusammen	9.505	10.149	10.308	10.499	10.741
04-06	Allgemeine Zuweisungen					
041, 051, 061	vom Land	3.013	1.753	1.740	1.676	1.577
062	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	220	220	219	221	221
0	Steuern, Allgem. Zuweis. u. Umlagen zusammen	12.738	12.122	12.267	12.396	12.539
10, 11, 12	Gebühren u. ähnl. Entgelte, zweckgeb. Abgaben	3.351	3.252	3.266	3.271	3.286
13, 14, 15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, Sonst.	326	311	287	285	280
16, 17	Zuweis./Zuschüsse f. lfd. Zwecke, Erstattungen					
161, 171	vom Land	722	440	456	451	451
162, 163, 172	von Gemeinden u. Gemeindeverbänden,	3.681	9.566	9.575	9.585	9.600
173	von Zweckverbänden u. dgl.					
164-169	von übrigen Bereichen	3.549	3.491	3.499	3.495	3.494
1	Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb zusammen	11.629	17.060	17.083	17.087	17.111
20	Zinseinnahmen	33	35	35	34	34
21, 22, 24-28	übrige Finanzeinnahmen	1.844	1.766	1.780	1.815	1.850
2	sonstige Finanzeinnahmen zusammen	1.877	1.801	1.815	1.849	1.884
0 - 2	Einnahmen des Verwaltungshaushalts zusammen:	26.244	30.983	31.165	31.332	31.534
	Einnahmen des Vermögenshaushalts					
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	593	540	505	519	539
31	Entnahmen aus Rücklagen	23	0	0	0	0
32, 33, 34	Rückfl. v. Darl. u. Kapitaleinlagen, Einnahmen a. Veräuß. v. Beiteiligungen u. v. Sachen d. Anlagevermögens	1.265	2.534	2.752	2.290	2.450
35	Beiträge und ähnl. Entgelte	1.456	2.512	2.246	2.268	2.406
36	Zuw./Zusch.f. Invest./Inv.-Förderungsmaßnahmen					
361	vom Land	778	739	180	200	210
362, 363	v. Gemeinden, Gemeindeverb., Zweckverb. u. dgl.	243	241	185	150	180
364-368	von übrigen Bereichen	0	0	0	0	0
37	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen					
372, 373	von Gemeinden, Gemeindeverbänden von Zweckverbänden und dgl.	177	535	200	150	160
374-378	vom sonstigen öffentlichen Bereich u. Kreditmarkt	2.545	2.177	424	0	224
378	Umschuldungen	498	0	0	0	0
3	Einnahmen des Vermögenshaushalts zusammen	7.578	9.278	6.492	5.577	6.169
0 - 3	Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen	33.822	40.261	37.657	36.909	37.703

Finanzplan 2004-2008

Gruppierung	Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008
	Ausgaben des Verwaltungshaushalts					
4	Personalausgaben	5.960	6.037	6.098	6.159	6.220
50 - 66	Sächl. Verw.-/ Betr.-Aufwand (ohne Gr. 67/68)	5.478	5.055	5.254	5.261	5.265
670-678	Erstattungen v. Ausgaben d. Verw.-Haushaltes	661	411	401	401	400
679	Innere Verrechnungen	2.875	2.841	2.850	2.850	2.850
68	Kalkulatorische Kosten	1.377	1.478	1.501	1.533	1.565
5/6	Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand zusammen	10.391	9.785	10.006	10.045	10.080
71,72	Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke, Schuldendiensthilfen					
715,716,725	kommunale Sonderrechnungen und sonstige	38	34	34	33	33
726	öffentliche Sonderrechnungen					
714,717,718		0	0	0	0	0
724,727,728	an übrige Bereiche	782	907	803	810	854
73 - 79	Leistungen d. Sozialhilfe u. ä.	3.168	8.266	8.275	8.285	8.300
7	Zuweisungen und Zuschüsse zusammen (nicht für Investitionen)	3.988	9.207	9.112	9.128	9.187
80, 877	Zinsausgaben	490	416	395	383	378
810	Gewerbesteuerumlage u. ä.	1.106	990	1.032	1.071	1.097
82, 83	Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	3.709	4.000	4.010	4.020	4.025
84, 85	Übrige Finanzausgaben	7	8	7	7	8
86	Zuführung zum Verm.-Haush.(Pflichtzuführung)	593	540	505	519	539
86	Zuführung zum Verm.-Haush.(Nettozuführung)	0	0	0	0	0
893	Deckung von Soll-Fehlbeträgen	0	0	0	0	0
8	Sonstige Finanzausgaben zusammen	5.905	5.954	5.949	6.000	6.047
4-8	Ausgaben des Verwaltungshaushaltes zusammen	26.244	30.983	31.165	31.332	31.534
	Ausgaben des Vermögenshaushalts					
90	Zuführung zum Verwaltungshaushalt	0	0	0	0	0
91	Zuführung zur Rücklage	0	0	0	0	0
92	Gewährung von Darlehen					
925	an kommunale Sonderrechnungen	37	76	50	75	50
98	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen					
982	an Gemeinden/Gemeindeverbände	7	385	178	76	76
987	an private Unternehmen	26	107	32	32	152
988	an übrige Bereiche	29	30	75	75	75
93	Vermögenserwerb					
932	Erwerb von Grundstücken	1.178	2.192	1.032	1.037	1.144
935	Erwerb v. bewegl. Sachen d. Anlagevermögens	226	274	251	110	273
94, 95, 96	Baumaßnahmen	4.985	5.674	4.369	2.930	3.860
98,93,94-96	Invest./Invest.-Förderungsmaßnahmen gesamt	6.451	8.662	5.937	4.260	5.580
97	Tilgung v. Krediten, Rückzahl. Innerer Darlehen					
970	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	0	0	0	0	0
971	an Land	2	0	0	0	0
972,973	an Gemeinden, Gemeinde-/Zweckverb. u. dgl.	202	199	223	228	236
974-978	an übrige Bereiche, Kreditmarkt	388	341	282	291	303
971	Umschuldungen/außerordentl. Tilgungen	498	0	0	723	0
92	Deckung von Soll-Fehlbeträgen	0	0	0	0	0
9	Ausgaben des Vermögenshaushaltes zusammen	7.578	9.278	6.492	5.577	6.169
4 - 9	Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen	33.822	40.261	37.657	36.909	37.703

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (Einzeldarstellung)

Haushaltsstelle

voraussichtlich fällig werdende Ausgaben

Nummer	Bezeichnung	Gesamt	2006	2007	2008	2009
6310 Erschließungsmaßnahmen						
950001.7	Tiefbaumaßnahme; BBPl. 80 Loy, Fünfhäuserweg	50.000	50.000	0	0	0
950010.6	Tiefbaumaßnahme; BBPl. Nr. 75 - Göhlen (2. BA)	90.000	90.000	0	0	0
950014.4	Tiefbaumaßnahme; BBPl. Nr. 78 b - Ostermoor	230.000	30.000	100.000	100.000	0
950016.3	Tiefbaumaßnahme, BBPl. 78 a Ostermoor	100.000	100.000	0	0	0
950058.7	Tiefbaumaßnahme; Wahnbeek BBPl. 63 e, Hohe Brink	275.000	275.000	0	0	0
	Summe	745.000	545.000	100.000	100.000	0
6320 Straßenausbaumaßnahmen						
950026.2	Umbau Oldenburger Str. (T eilstück)	120.000	120.000	0	0	0
950030.9	Ausbau des Meenheits- weges	260.000	150.000	110.000	0	0
950034.7	Ausbau Loyer Weg. 3. BA	285.000	285.000	0	0	0
950041.7	Tiefbaumaßnahme; SAB Eichendorffstraße	110.000	110.000	0	0	0
	Summe	775.000	665.000	110.000	0	0
7011 SW-Kanäle in Baugebieten						
950013.6	Tiefbaumaßnahme; BBPl. Nr. 81 ehem. Sportp latz Hahn-Lemden	145.000	145.000	0	0	0
950014.0	Tiefbaumaßnahme; BBPl. Nr. 78 b - Ostermoor	150.000	20.000	130.000	0	0
	Summe	295.000	165.000	130.000	0	0
7020 SW-Kanäle (SAB)						
950030.9	SWK - Ausbau Meenheits- weg	30.000	30.000	0	0	0
	Summe	30.000	30.000	0	0	0
7110 RW-Kanäle in Baugebieten						
950013.4	Tiefbaumaßnahme; BBPl. Nr. 81 ehem. Sportp latz Hahn-Lemden	150.000	150.000	0	0	0
950014.9	Tiefbaumaßnahme; BBPl. Nr. 78 b - Ostermoor	155.000	20.000	135.000	0	0
	Summe	305.000	170.000	135.000	0	0

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (Einzeldarstellung)

Haushaltsstelle

voraussichtlich fällig werdende Ausgaben

Nummer	Bezeichnung	Gesamt	2006	2007	2008	2009
7120	RW-Kanäle (SAB)					
950030.3	RWK - Ausbau Meenheitsweg	40.000	40.000	0	0	0
	Summe	40.000	40.000	0	0	0
	Gesamtsumme	2.190.000	1.615.000	475.000	100.000	0

Erläuterungen zum Stellenplan

Im Stellenplan 2005 wurden strukturelle Veränderungen berücksichtigt. Die nachfolgend aufgelisteten Veränderungen sind in der Reihenfolge der Gliederungsnummern der Anlage 8 aufgeführt und in der Stellenübersicht durch Schattierung gekennzeichnet.

Im nachstehenden Text nicht im Einzelnen erläutert werden folgende Änderungen:

- Geringfügig Beschäftigte haben seit längerem einen Vergütungs- bzw. Lohnanspruch auf der Grundlage des für die auszuübende Tätigkeit entsprechenden tariflichen Entgelts. Die Arbeitsverträge wurden diesbezüglich bereits vor längerer Zeit geändert, aber bisher nicht im Stellenplan berücksichtigt. In den anliegenden Tabellen siehe graufarbige Markierung mit „x“ in der Spalte Gliederungsnummer.
- Da im Stellenplan Bewährungsaufstiege nicht mit berücksichtigt werden, teilweise jedoch noch enthalten waren, wurden die Stellen entsprechend der Bewertung korrigiert. In den anliegenden Tabellen siehe graufarbige Markierung mit „o“ in der Spalte Gliederungsnummer.
- Organisatorische Veränderungen haben durch Verschiebung zu Änderungen der Anzahl der jeweiligen Stellen bzw. Stundenanteile geführt, wobei der Stundenumfang insgesamt jedoch unverändert geblieben ist. In den anliegenden Tabellen siehe graufarbige Markierung mit „△“ in der Spalte Gliederungsnummer.

Stellenplan Beamte

Gliederungsnummer 0000

Nach § 1 Abs. 1 der Nds. Kommunalbesoldungsverordnung wird das Amt des Bürgermeisters bei einer Einwohnerzahl von 20.001 bis 30.000 in Besoldungsgruppe B 3 eingestuft. Das Landesamt für Statistik hat festgestellt, dass die maßgebliche Einwohnerzahl der Gemeinde Rastede am Stichtag (30.06.2003) bei 20.053 Einwohnern lag. Aus diesem Grunde wurde die Besoldungsgruppe von B 2 in B 3 abgeändert.

Da die Einwohnerzahl per 30.06.2003 vom Landesamt für Statistik erst im Dezember 2003 vorlag, konnte diese Änderung nicht mehr im Stellenplan für 2004 berücksichtigt werden. Da gemäß § 1 Abs. 4 S. 1 der Nds. Kommunalbesoldungsverordnung die Änderung der Einstufung mit Wirkung vom 1. Januar des auf den Stichtag folgenden Jahres erfolgen muss, wurde die Höherstufung bereits zum 01.01.2004 durchgeführt.

Gliederungsnummer 0202

Die Besoldung des ersten Gemeinderats ist ebenfalls abhängig von der Einwohnerzahl. Aufgrund der gestiegenen Einwohnerzahl wurde auch hier die Besoldungsgruppe von A 16 auf B 2 geändert.

Stellenplan Angestellte

Geschäftsbereich 2

Gliederungsnummer 0500

Die Stelle der/s Standesbeamten/in wurde bereits vor geraumer Zeit neu bewertet. Dabei wurde festgestellt, dass die Stelle nach Vergütungsgruppe VI b BAT (bisher V b) zu bewerten ist. Die Stelle wurde jetzt, bei einer Nachfolgebesetzung, entsprechend umgewandelt.

Gliederungsnummer 2150

Die Schülerzahl der KGS ist auf 1781 gestiegen. Aufgrund einer daraufhin durchgeführten Stellenbemessung bei den Schulsekretärinnen der KGS wurden die Stunden bei einer Mitarbeiterin um 7,5 Stunden aufgestockt

Gliederungsnummer 4642

Wegen der Umwandlung einer Regelgruppe in eine integrative Gruppe ist die max. und die tatsächliche Durchschnittsbelegung zurückgegangen, so dass die stellvertretende Leiterin nach dem Tarifvertrag von Vergütungsgruppe V b nach V c BAT herabzugruppieren war.

Stellenplan Arbeiter

Geschäftsbereich 2

Gliederungsnummer 0200

Wie zu Beginn des Jahres im VA berichtet, wurden als Maßnahme der Haushaltskonsolidierung im Rathaus zehn Reinigungsstunden abgezogen und durch die Neubesetzung in der Villa Hartmann (Gliederungsnummer 4605) kompensiert.

Finanzielle Auswirkungen:

Gliederungsnummer 0000

Die höhere Einstufung hat keine Auswirkungen, da wie der Stelleninhaber, wie bereits erläutert, bereits seit dem 01.01.2004 einen Anspruch auf die höhere Besoldung hat.

Gliederungsnummer 0202

Die höhere Einstufung hat keine Auswirkungen, da der Stelleninhaber aufgrund der Rechtsstandswahrung nach § 1 Abs. 4 der Niedersächsischen Kommunalbesoldungsverordnung, bisher ebenfalls die Besoldung nach B 2 erhalten hat.

Gliederungsnummer 0500

Durch die Umwandlung reduzieren sich die jährlichen Ausgaben um ca. 5.100 EUR.

Gliederungsnummer 2150

Die Aufstockung der Stundenanteile um 7,5 Stunden wöchentlich führt zu jährlichen Mehrausgaben in Höhe von ca. 7.400 EUR.

Gliederungsnummer 4642

Durch die Umwandlung der V b Stelle in eine V c Stelle vermindern sich die jährlichen Ausgaben um ca. 2.300 EUR.

Gliederungsnummer 0200

Die Reduzierung der Stundenanteile für die Raumpflegerinnen um wöchentlich 10 Stunden führt zu einer Minderausgabe in Höhe von ca. 8.000 EUR jährlich.

II. Angestellte und Arbeiter

[illegible]

II. Angestellte und Arbeiter

[illegible]

II. Angestellte und Arbeiter

Glieder. Nr.	Organisationseinheit	BAT									BMT-G										Pauschale	Bemerkungen
		III	IVa	IVb	Vb	Vc	VIb	VII	VIII	IX	6a	6	5a	5	4a	4	3	2	1a	1		
	Leiterin			1																	1x32Std.	
△	stv. Leiterin				1																1x32 Std.	
	Erzieherin						4														2x24 Std., 1x27,5 Std., 1x14,5 Std.	
△	Kinderpfleger								4												1x24,5, 1x26,5, 1x24, 1x6 Std.	
	Küchenhilfe																	1			1x10 Std.	
4642	Kindergarten Neusüdende																					
	Leiterin			1																	1x24 Std.	
	stv. Leiterin					1															1x24 Std.	
	Erzieherin						2														1x31,5 Std., 1x20 Std.	
	Kinderpfleger								3												1x31,5 Std., 2x24 Std.	
△	Küchenhilfe																	1			1x10 Std.	
△	Gartenanlagen																	1			1x4 Std.	
4643	Kindergarten Loy																					
	Leiterin				1																1x34 Std.	
	Heilpädagogin					1															1x33 Std.	
	Erzieherin						2														2x31,5 Std.	
	Kinderpfleger								2												1x10 Std., 1x29 Std.	
	Küchenhilfe																	1			1x10 Std.	
o	Hausmeister																	1				
4644	Kindergarten Marienstr.																					
	Leiterin				1																	
	Heilpädagogin u.stv. Leiterin					1															1 x 32 Std.	
	Erzieherin						2														1x 32 Std., 1x 24 Std.	
	Kinderpfleger								3												1x 33,5 Std., 1x 24 Std., 1x31,5 Std.	
	Küchenhilfe																	1			1x10 Std.	
	Hausmeister																			1		
5700	Freibad Rastede																					
	Schwimmmeister						1															
	Schwimmmeistergh.								1												1x30 Std.	
5720	Hallenbad																					
	Schwimmmeister						1															
	Schwimmmeistergh.								2												1x19,25 Std.	
o, △	Gartenanlagen														1						1x4,5 Std.	
△	Gartenanlagen															1					1x4 Std.	
7600	Toilettenanlagen																					
x	Schließdienste																	1			1x2,5 Std.	
7601	Dorfgemeinschaftshäuser																					
x	Hausmeister																	3			1x 5,5 Std., 1x1,5 Std., 1x4 Std.	
Geschäftsbereich 3																						
6000	Bauamt																					
	TA	1																				
	TA			3																		
	TA				1																	
	TA					1																
	VA						1															
	VA							1														
o	VA								1													
o, △	VA								2												1x18 Std.	

II. Angestellte und Arbeiter

[illegible]

Stellenplan 2005

Teil B: BEAMTE

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnung	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haus- haltsjahr 2005		Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2004				Vermerke Erläuterungen
			insges.	dav.ausd.Ber.d. Stellenant.herausgen. Paragr.26 BBesG	insges.	tatsächl. mit Beamten	besetzt mit Angest.	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Beamte auf Zeit								
1	Bürgermeister	B3	1		1	1			
2	Bürgermeister	B2	0		0	0			
3	Erster Gemeinderat	B2	1		1	1			
4	Erster Gemeinderat	A16	0		0	0			
	Gehobener Dienst								
5	Oberamtsrat	A 13	1		1	1			z. Zt 2x A 10
6	Amtmann	A11	3		3	3			
7	Gemeindeinspektor	A 9	1		1	1			
	Mittlerer Dienst								
8	Amtsinspektor	A 9 m.Z.	1		1	1			1x20Std., z.Zt. 1x A6
9	Obersekretär/in	A 7	2		2	2			

Stellenplan 2005
Teil B: Angestellte

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Verg.Gr.	Zahl der Stellen HH.Jahr 2005	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2004 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	Bauingenieur	III	1	1	1	-	
2	Verwaltungsangestellte	III	1	1	1	-	
3	Verwaltungsangestellte	IV a	1	1	1	-	
4	Systemadministrator	IVb	1	1	1	-	
5	Bauingenieur	IVb	3	3	3	-	1x befristet bis 30.06.2006
6	Kindergartenleiterin	IVb	3	3	3	-	1x32, 1x24 Std.
7	Bibliothekarin	IVb	1	1	1	-	
8	Jugendpfleger/in	IVb	1	1	1	-	1x30 Std. befristet bis zum 30.09.2005
9	stv. Kindergartenleiterin	IVb	1	1	1	-	1x24 Std.
10	Frauenbeauftragte	IVb	1	-	-	-	
11	Kindergartenleiterin	Vb	2	2	2	-	1x 34 Std.
12	Verwaltungsangestellte	Vb	0	1	1	-	1x20 Std.
13	Jugendpfleger/in	Vb	1	1	1	-	
14	TA	Vb	2	2	2	-	
15	stv. Kindergartenleiterin	Vb	1	2	2	-	1x32 Std.
16	Leiter der Kläranlage	Vb	1	1	1	-	
17	Heilpädagogin und stv. Kindergartenleiterin	Vc	1	1	1	-	1x32 Std.
18	stv. Kindergartenleiterin	Vc	1	-	-	-	1x 24 Std.
19	Verwaltungsangestellte	Vc	7	7	7	-	1x30 Std.
20	TA	Vc	1	1	1	-	
21	Heilpädagogin	V c	1	1	1	-	1x33 Std.
22	Verwaltungsangestellte	VIb	11	10	10	-	2x19,25, 3x25, 1x9,5, 1x20,5, 1x30
23	Bibliotheksassistentin	VIb	2	2	2	-	2x19,25 Std.
24	Hausmeister	VIb	2	2	2	-	

Stellenplan 2005
Teil B: Angestellte

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Verg.Gr.	Zahl der Stellen HH.Jahr 2005	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2004 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
25	Erzieherinnen	VIb	19	19	19	-	8x24, 2x31,5, 1x32, 1x27,5, 1x27, 1x21, 1x14,5, 1x36,5 Std.
26	Schwimmmeister	VI b	2	2	2		
27	Verwaltungsangestellte/ Schulsekretärin	VII	15	17	17	-	4x19,25, 1x30, 1x8,5, 1x 29, 1x 1,25 Std.
28	Hausmeister	VII	0	3	3	-	
29	Verwaltungsangestellte/ Schulsekretärin	VIII	2	1	1		1 x 18Std.
		VIII	11	11	11	-	2x12,5, 3x12, 1x26,7, 1x 27,5 , 2x 5, 1 x 13 Std.
30	Kinderpflegerin	VIII	16	17	17	-	6x24, 2x31,5, 1x33,5, 1x10, 1x24,5, 1 x 26,5, 1 x 6, 1 x 29 Std.
31	Hausmeister	VIII	4	1	1		
32	Schwimmmeister/gehilfe	VIII	3	3	3	-	1x30, 1x19,25 Std.
33	Büchereiverwaltung	IX	4	-	-	-	4x6 Std.
34	Freistellung Personalrat		1	1	1	-	4 Std.

Stellenplan 2005

Teil B: Arbeiter

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Lohngruppe Sondertarif BMT-G	Zahl der Stellen im HH.Jahr 2005	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insges.	davon am tatsächl. besetzt	30.06.2004 nicht besetzt	
1	Gemeindearbeiter	6a	0	1	1	-	
2	Gemeindearbeiter	6	0	1	1	-	
3	Gemeindearbeiter	5a	0	5	5	-	
4	Gemeindearbeiter	5	6	2	2	-	1x35 Std.
5	Gemeindearbeiter	4a	0	4	4	-	
6	Gemeindearbeiter	4	13	7	7	-	1x34, 1x4,5 Std.
7	Gemeindearbeiter	3	5	3	3	-	1x34,5, 2x30, 1x 8,5 Std., 1x4 Std.
8	Platzwart	2	2	0	0	-	1x 1 Std., 1x 7 Std.
9	Raumpflegerinnen	1a	0	3	3	-	
10	Hausmeistergehilfen	1a	0	1	1	-	
11	Hausmeistergehilfen Küchenhilfen Kindg.	1	23	7	7	-	2x18,67 Std., 1x19,17 Std., 3x3,33 Std., 1x20 Std., 1x1,5 Std., 1x2,5 Std., 2x4 Std., 3x5 Std., 1x5,5 Std., 1x7,5 Std., 1x8 Std., 4x10 Std., 1x13 Std., 1x15 Std.
12	Hausmeister	Pauschale	3	15	15	-	
13	Büchereiverwaltung	Pauschale	0	4	4	-	

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

<i>Lfd. Nr.</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>Art der Vergütung</i>	<i>Vorgesehen im HH.Jahr 2005</i>	<i>beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2004</i>	<i>Erläuterungen</i>
<i>1</i>	<i>2</i>	<i>3</i>	<i>4</i>	<i>5</i>	<i>6</i>
1	Verwaltung Auszubildende zum Verwaltungsfachangest.	Aus- bildungs- vergütung	6	4	
2	Bäder Auszubildende zum Schwimmmeistergeh./ Fachangestell. f. Bäderbetriebe		2	2	
3	Kläranlagen Auszubildende zur Fachkraft für Abwassertechnik		1	0	

1. Anteil der Planstellen für Beförderungsmänter (oberhalb des ersten Beförderungsmantes) an der Gesamtzahl der Planstellen im Bereich der den Obergrenzenregelungen unterliegenden Laufbahnbeamten *)

1. Gesamtzahl der Planstellen der den Obergrenzenregelungen unterliegenden Laufbahnangestellter

im höheren Dienst	2 Stellen (davon besetzt mit Angestellten	-	nicht besetzt)
im gehobenen Dienst	5 Stellen (davon besetzt mit Angestellten	0	nicht besetzt)
im mittleren Dienst	3 Stellen (davon besetzt mit Angestellten	0	nicht besetzt)

2. Von den Stellen zu 1. sind

a) als Funktionsgruppen nach VO zu § 5 BBesG a. f. herausgenommen:

im höheren Dienst	0	Stellen
im gehobenen Dienst	0	Stellen
im mittleren Dienst	0	Stellen

b) mithin im Rahmen der allgemeinen Obergrenzen (§ 26 Abs.2 BBesG) zu bewerten

im höheren Dienst	2	Stellen
im gehobenen Dienst	5	Stellen
im mittleren Dienst	3	Stellen

3. An Beförderungsmäntern oberhalb des ersten Beförderungsmantes sind

a) zulässig						b) in Anspruch genommen von den Stellen					
in Bes.-Gr.	im Bereich der Funktionsgruppen	im Bereich der allgemeinen Obergrenzen	Zwischen-summe (Sp 2 +Sp3)	nach der NStOV-Kom abzüglich der Stellen in Spalte 4	insgesamt Summe der Sp 4 und Sp 5)	nach Spalte 2	in Spalt 7 ggf. zu Lasten der Stellen in Spalte 3 und Spalte 5	nach Spalte 3	nach Spalte 5	Nach Spalte 6 (Summe der Sp. 7. 9 und 10.)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 9	<u>mittl. Dienst</u>	0	0	2	2	-	-	0	1	1	mit Zulage
A 8	-	1	1	-	1	-	-	-	-	-	
	<u>geh. Dienst</u>										
A 13	-	0	0	2	2	-	-	0	1	1	2 x z.Zt. A10
A 12	-	1	1	2	3	-	-	0	0	0	
A 11	-	1	1	-	1	-	-	3*	-	3	
	<u>höherer Dienst</u>										
B 3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	§ 3 NStOV-Kom § 1 I NKBesVO
B 2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

* § 2 III 2. HS NStOV-Kom

Änderung der Haushaltssystematik 2005 - Budget 40 "Soziales"

Anlage 9 zu Vorlage 2004/254C

Übersicht über Teilbudgets und Anteilbudgets
(Änderungen sind blau bzw. grau hinterlegt.)

Teilbudget		Anteilsbudget	
4100	allgem. Sozialverw.	4101	Allgemeine Sozialverwaltung
4200	Leistungen nach dem SGB XII	4202	Hilfe zum Lebensunterhalt
		4204	Hilfe zur Arbeit - örtlicher Träger
		4206	Hilfe zur Pflege
		4207	Hilfen zur Gesundheit
		4210	Hilfe zur Überwindung bes. soz. Schwierigkeiten
4250	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	4251	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende
		4252	Grundsicherung nach dem SGB II-originäre Aufgaben
		4253	Grundsicherung nach dem SGB II - Aufgaben i.R. der Optior
4300	Leistungen nach dem AsylbLG	4301	Leistungen nach § 2 - nicht abrechnungsfähig
		4302	Leistungen nach § 2 - abrechnungsfähig
		4303	Grundleistungen nach § 3 - nicht abrechnungsfähig
		4304	Grundleistungen nach § 3 - abrechnungsfähig
		4305	Krankenhilfe nach § 4 - nicht abrechnungsfähig
		4306	Krankenhilfe nach § 4 - abrechnungsfähig
		4308	Arbeitsgelegenheiten nach § 5 - abrechnungsfähig
		4309	Sonstige Leistungen nach § 6 - nicht abrechnungsfähig
		4310	Sonstige Leistungen nach § 6 - abrechnungsfähig
4400	Sozialstation		
4500	Kindertagesstätten	4501	KiGa Mühlenstraße
		4502	KiGa Voßbarg
		4503	KiGa Neusüdende
		4504	KiGa Loy
		4505	KiGa Marienstraße
		4507	Förderung von Kindertagesstätten
4600	Renten		
4700	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung SGB XI		
4800	Obdachlosen-angelegenheiten	4801	Einrichtungen für Wohnungslosen
		4802	Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer
4900	Sonstige Sozialleistungen		

Änderung der Haushaltssystematik 2005 - Budget 40 "Soziales"

Änderung der Ansätze

(Änderungen sind in der Spalte "Ansatz neu" blau bzw. grau hinterlegt)

					2005	
Teilbudget	Anteilsbudget	Gliederung	Gruppierung	Bezeichnung	Ansatz bisher	Ansatz neu
4100	Allgemeine Sozialverwaltung					
4100	4101	Allgemeine Sozialverwaltung				
		Einnahmen				
		4000	171000	Zuweisungen u. Zuschüsse (Hartz IV)	390.000	0
		Ausgaben				
		4000	410000	Beamtenbezüge	0	0
		4000	411000	Zuführung an die Versorgungsrücklage	0	0
		4000	414000	Angestelltenvergütung	250.500	113.300
		4000	430000	AG-Anteil Zusatzv. Beamte	0	0
		4000	434000	AG-Anteil Zusatzv. Angestellte	17.300	7.800
		4000	440000	Umlage GUV	0	0
		4000	444000	Beiträge Soz. Vers. Angest.	42.000	18.900
		4000	450000	Beihilfen	100	100
		4000	460000	Personalnebensausgaben	100	100
		4000	562000	Fortbildung Amt 50	2.500	200
		4000	636000	Kosten der EDV	11.900	2.900
		4000	651200	Bücher und Zeitschriften - Abonnements	1.000	0
		4000	654000	Dienstreisen	2.500	500
		4000	655000	Gerichts- und ähnliche Kosten	500	100
4200	Leistungen nach dem SGB XII					
4200	4202	Hilfe zum Lebensunterhalt				
		Einnahmen				
		4100	162000	Erstattung vom Landkreis	1.805.000	515.000
		4100	162200	Erstattung anderer Sozialhilfeträger	70.000	70.000
		4100	241000	Kostenbeiträge, Aufwendungs- und Kostenersatz	2.000	400
		4100	241200	Erstattung vom Hilfeempfänger/Drittempfänger	46.000	6.000
		4100	243000	Leistungen Dritter Unterhaltsanprüche	17.000	2.000
		4100	245000	Leistungen von Sozialleistungsträgern	20.000	2.000
		4100	247000	Sonstige Ersatzleistungen	1.000	400
		4100	249000	Rückzahlung gewährter Hilfen	20.000	20.000
		Ausgaben				
		4100	672000	Einnahmeabführung an den Landkreis	176.000	100.800
		4100	672200	Erstattung an Gemeinden u. Gemeindeverbände	90.000	90.000
		4100	730000	Lfd. Leistungen (o. Hilfe zur Arbeit)	1.320.000	320.000
		4100	730110	Hilfe nach 15 a BSHG	10.000	10.000
		4100	732000	Einm. Leistungen an Empf. Lfd. Leistungen	330.000	40.000
		4100	733000	Einm. Leistungen an sonstige Empf.	30.000	30.000
		4100	739000	Darlehensweise gewährte HzL	25.000	25.000

4200	4204	Hilfe zur Arbeit - örtlicher Träger				
		Einnahmen				
		4105	162000	Erstattung vom Landkreis	150.000	0
		4105	162200	Erstattung anderer Sozialhilfeträger HzA	0	0
		Ausgaben				
		4105	672200	Erstattung an andere Sozialhilfeträger	0	0
		4105	731000	Lfd. Leistungen in Form v. Hilfe zur Arbeit	130.000	0
		4105	731200	Lfd. Leistungen in Form von HzA (Restkosten)	20.000	0
4200	4207	Hilfen zur Gesundheit				
		Einnahmen				
		4130	162000	Erstattung vom Landkreis	115.500	12.000
		4130	241000	Kostenbeitrag, Aufwendungsersatz	100	100
		4130	245000	Leistungen von Sozialleistungsträgern	100	100
		4130	247000	Sonstige Ersatzleistungen	400	400
		Ausgaben				
		4130	672000	Einnahmeabführung an den Landkreis	600	600
		4130	730000	Krankenhilfe a.v.E.	60.000	5.000
		4130	730200	Krankentransportkosten a.v.E.	2.000	500
		4130	732000	Hilfe zur Familienplanung a.v.E.	1.000	1.000
		4130	740000	Krankenhilfe i.E.	50.000	5.000
		4130	740200	Krankentransportkosten i.E.	2.500	500
4250	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II					
4250	4251	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende				
		Einnahmen				
		4050	162000	Erstattung vom Landkreis	ohne	390.000
		Ausgaben				
		4050	410000	Beamtenbezüge	ohne	0
		4050	411000	Zuführung an die Versorgungsrücklage	ohne	0
		4050	414000	Angestelltenvergütung	ohne	137.000
		4050	430000	AG-Anteil Zusatzv. Beamte	ohne	0
		4050	434000	AG-Anteil Zusatzv. Angestellte	ohne	9.500
		4050	440000	Umlage GUV	ohne	0
		4050	444000	Beiträge Soz. Vers. Angest.	ohne	23.100
		4050	450000	Beihilfen	ohne	100
		4050	460000	Personalnebenausgaben	ohne	100
		4050	562000	Fortbildung Amt 50	ohne	2.300
		4050	636000	Kosten der EDV	ohne	9.000
		4050	651200	Bücher und Zeitschriften - Abonnements	ohne	1.000
		4050	654000	Dienstreisen	ohne	2.000
		4050	655000	Gerichts- und ähnliche Kosten	ohne	400

4250	4252	Grundsicherung nach dem SGB II - originäre Aufgaben				
		Einnahmen				
		4820	162000	Erstattung vom Landkreis	ohne	2.682.000
		4820	241000	übergeleitete Ansprüche § 33	ohne	10.000
		4820	241100	Ersatzansprüche §§ 34,35	ohne	20.000
		4820	245000	sonstige Erstattungen	ohne	10.000
		4820	249000	Tilgung und Zinsen von Darlehen § 22 Abs. 5	ohne	5.000
		Ausgaben				
		4820	672000	Einnahmeabführung an den Landkreis	ohne	45.000
		4820	783000	Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 22 Abs. 1)	ohne	2.600.000
		4820	783100	Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkautionen, Umzugskosten (§ 22 Abs. 3)	ohne	50.000
		4820	783200	darlehensweise Übernahme von Mietschulden (§ 22 Abs. 5)	ohne	20.000
		4820	785000	Erstausstattungen und mehrtägige Klassenfahrten (§ 23 Abs. 3)	ohne	12.000
4250	4253	Grundsicherung nach dem SGB II - Aufg. i.R. der Option				
		Einnahmen				
		4821	162000	Erstattung vom Landkreis für Lebensunterhalt und Mehrbedarf	ohne	4.200.000
		4821	162100	Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen	ohne	100.000
		4821	162200	Erstattung von Eingliederungsleistungen	ohne	60.000
		4821	241000	übergeleitete Ansprüche § 33	ohne	10.000
		4821	241100	Ersatzansprüche §§ 34,35	ohne	20.000
		4821	245000	Erstattung von Sozialleistungsträgern	ohne	10.000
		4821	245100	sonstige Erstattungen	ohne	1.000
		4821	249000	Tilgung und Zinsen von Darlehen § 23 Abs. 1	ohne	5.000
		Ausgaben				
		4821	672000	Einnahmeabführung an den Landkreis	ohne	46.000
		4821	783000	Darlehen nach § 23 Abs.1 (unabweisbare Bedarfe)	ohne	20.000
		4821	786000	Leistungen zum Lebensunterhalt (ALG II u. Sozialgeld)	ohne	4.000.000
		4821	786100	Mehrbedarfe § 21	ohne	100.000
		4821	786200	Leistungen zum Lebensunterhalt, Zuschlag zum Alg II §24	ohne	40.000
		4821	786300	Leistungen zum Lebensunterhalt, Einstiegsgeld § 29	ohne	40.000
		4821	786400	Leistungen zur Renten-, Kranken-, Pflegeversicherung	ohne	100.000
		4821	78700	Leistungen zur Eingliederung; Mehraufwandsaentschädigung § 16 III	ohne	60.000